

Georg Arendt

**DER EUROPÄISCHE WÄHRUNGSBLOCK
ZIELSETZUNGEN UND PRAKTISCHE ERGEBNISSE**

1979



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555408_0016

Der Europäische Währungsblock -
Zielsetzungen und praktische
Ergebnisse

I n a u g u r a l d i s s e r t a t i o n

zur

Erlangung des akademischen Grades eines
Doktors der Wirtschaftswissenschaft

durch

den Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von

Georg Arendt
aus Goslar
im Jahr 1979



Erster Berichterstatter : Prof. Dr. Seidenfus
Zweiter Berichterstatter : Prof. Dr. Borchert
Dekan : Prof. Dr. Wagner
Tag der mündlichen Prüfung: 9. Mai 1979

Einleitung	31
Teil I : Entstehungsgeschichte und Funktionsweise des Europäischen Währungsblocks	34
1. Die Entstehungsgeschichte des EWB	34
2. Die Funktionsweise des EWB	42
2.1. Funktionsweise des Blocks vom 24. April 1972 bis zur Freigabe des Dollars am 19. März 1973 ('Schlange im Tunnel')	42
2.2. Funktionsweise des EWB nach Freigabe des Dollarkurses ('Schlange')	47
2.2.1. Das Interventionssystem	48
2.2.2. Das Finanzierungssystem	50
2.2.3. Der Saldenausgleich	53
Teil II : Ableitung und Darstellung der Zielsetzungen des Europäischen Währungsblocks	55
1. Grundsätzliche Möglichkeiten der Entwicklung von Zielsystemen	55
1.1. Die National Goal Analysis	55
1.2. Die problemorientierte Zielanalyse	56
2. Ableitung einer Zielhierarchie für den EWB mittels der National Goal Analysis	57
2.1. Die Content-Analysis als Instrument der Nationalen Zielanalyse	58
2.2. Das Untersuchungsmaterial	59
2.3. Feststellung der Zielaussagen und ihrer Häufigkeit	63
2.4. Gewichtung der Zielaussagen und Bildung von Kategorien	66
2.5. Analyse der Zielbeziehungen	68
3. Darstellung des erhofften Beitrags des Europäischen Währungsblocks zur Verwirklichung der Zielsetzungen	72
3.1. Stabilisierung der Wechselkurse zur Überwindung und Verhinderung von Währungskrisen	72

3.1.1.	Die Abwehr kurzfristiger destabilisierender Kapitalbewegungen	74
3.1.1.1.	Blockfloating zur Abwehr spekulativer Kapitalbewegungen zwischen Block- und Drittstaaten	80
3.1.1.2.	Die Abschreckung der Intra-Block-Spekulation	80
3.1.2.	Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung durch den Harmonisierungszwang fester Wechselkurse	84
3.2.	Sicherung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs	86
3.2.1.	Förderung des internationalen Handels durch die Reduzierung des Kurssicherungsbedarfs	87
3.2.2.	Gewährleistung eines ausreichenden Wachstums zur Sicherung von Arbeitsplätzen	92
3.2.3.	Die Sicherung des Gemeinsamen Agrarmarktes	94
3.3.	Erleichterung der Stabilitätspolitik in den Mitgliedsländern des EWB	96
3.3.1.	Die Erweiterung des geldpolitischen Handlungsspielraums durch Freigabe des Dollarkurses	98
3.3.2.	Die Auslösung von Stabilisierungszwängen durch Einengung der Schwankungsbreiten	102
3.4.	Bewahrung und Förderung der Integration	106
3.4.1.	Die Rolle der Wechselkurse im europäischen Integrationsprozeß	108
3.4.2.	Der EWB als 'Integrationsmotor'	111
4.	Zusammenfassung	114
Teil III :	Überprüfung der Zielerreichungsgrade	117
1.	Das Ausmaß der erreichten Wechselkursstabilisierung	117
1.1.	Wechselkursbewegungen im Zeitablauf	117
1.2.	Die Bedeutung des kurzfristigen Kapitalverkehrs	128
1.3.	Interventionen im Europäischen Währungsblock	134

1.4.	Die Bedeutung unterschiedlicher Preissteigerungsraten	136
1.5.	Ergebnisse	140
2.	Die Bedeutung fester Wechselkurse für den internationalen Handel und mögliche Auswirkungen auf wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung	142
2.1.	Vorbemerkungen	142
2.2.	Die Bedeutung fester Wechsel- kurse für den internationalen Handel	143
2.3.	Der Außenhandel als ein Bestim- mungsgrund wirtschaftlichen Wachstums	149
2.4.	Die Exportabhängigkeit der Be- schäftigung	153
2.5.	Ergebnisse	155
3.	Die Auswirkungen des EWB auf die Stabilitätspolitik der Mitglieds- länder	157
3.1.	Vorbemerkungen	157
3.2.	Die Erhöhung des geldpolitischen Handlungsspielraums durch die Frei- gabe des Dollarkurses	158
3.3.	Förderung der Preisstabilität durch das System fester Wechsel- kurse im EWB	166
3.3.1.	Der Stabilisierungszwang fester Wechselkurse	167
3.3.2.	Verhinderung einer abwertungsbeding- ten Inflationierung	169
3.4.	Ergebnisse	171
4.	Der Beitrag des EWB zur europäischen Integration	173
4.1.	Vorbemerkungen	173
4.2.	Die Schaffung eines eigenständigen europäischen Währungsraums	174
4.3.	Koordinierung und Harmonisierung wirtschaftspolitischer Ziele und Instrumente	176
4.4.	Die wirtschaftliche Entwicklung in den EG-Staaten	179
4.5.	Wirtschaftspolitik auf EG-Ebene	181
4.6.	Ein gemeinschaftliches Zentralbank- system	182
4.7.	Ergebnisse	188
5.	Zusammenfassung und Ausblick	187

Verzeichnis der Tabellen		Seite
Tabelle 1	Chronik des Europäischen Währungsblocks	41
Tabelle 2	Liste der ausgewerteten Dokumente	61
Tabelle 3	Katalog der Zielaussagen	64
Tabelle 4	Häufigkeit und Gewicht der Zielkategorien des Währungsblocks	69
Tabelle 5	Änderungen der Mitgliedschaft im EWB	119
Tabelle 6	Änderung der Paritäten im EWB	120
Tabelle 7	Entwicklung des Außenwerts wichtiger Währungen gegenüber 22 Ländern	122
Tabelle 8	Mittelwert und Streuungsmaße der Kurse von Block- und Drittwährungen	124
Tabelle 9	Maßzahlen der Kursentwicklung innerhalb des EWB	125
Tabelle 10	Maßzahlen der Kursentwicklung ausgewählter Währungen	126
Tabelle 11	Entwicklung des Außenwerts der DM gegenüber drei Währungsgruppen	127
Tabelle 12	Kurzfristiger Kapitalverkehr der Kreditinstitute und Wirtschaftsunternehmen in der BRD	130
Tabelle 13	Veränderungen der Nettoauslandsposition der Deutschen Bundesbank durch Interventionen im EWB und sonstige Devisenbewegungen	135
Tabelle 14	Änderungen der Verbraucherpreise in neun europäischen Ländern	137
Tabelle 15	Durchschnittliche Geschäftsdauersabwicklungsdauer im deutschen Außenhandel	144
Tabelle 16	Absicherungsverhalten der Fremdwährungsex- bzw. -importeure	145
Tabelle 17	Außenhandelsverflechtung der EWB-Staaten untereinander und mit Drittstaaten	148
Tabelle 18	Die Bedeutung der Ausfuhr für die Produktion in der BRD	151
Tabelle 19	Exportquoten der westeuropäischen Industrieländer	152

Tabelle 20	Die ausfuhrinduzierte Beschäftigung in der BRD	153
Tabelle 21	Einflüsse auf die Bankliquidität in der EWG	159
Tabelle 22	Bestimmungsgründe der Zentralbankgeldmenge	162
Tabelle 23	Entwicklung des Außenwerts der D-Mark gegenüber verschiedenen Währungen	175

<u>Verzeichnis der Schaubilder</u>	Seite
Schaubild 1 Die 'Schlange im Tunnel'	36
Schaubild 2 Auswirkungen der Interventionen im EWB auf die Wechselkursentwicklung	75
Schaubild 3 Mögliche Folgen restriktiver(er) Geldpolitik bei festen Wechselkursen	100
Schaubild 4 Mögliche Folgen einer Währungsabwertung bei flexiblen und festen Wechselkursen	103
Schaubild 5 Folgen gleicher/unterschiedlicher Wirtschaftsentwicklung bei festen und flexiblen Wechselkursen	109
Schaubild 6 Der EWB als Integrationsmotor	112
Schaubild 7 Entwicklung des Außenwerts wichtiger Währungen gegenüber 22 Ländern	123
Schaubild 8 Änderung der Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern gegenüber dem Vorjahreszeitraum	139
Schaubild 9 Die Interdependenz zwischen Veränderungen effektiver Wechselkurse und ausgewählter Preise	170

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

EG	Europäische Gemeinschaften
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWB	Europäischer Währungsblock
EFwZ	Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (=FECOM)
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
IMF	International Monetary Fund
IWF	Internationaler Währungsfonds
DBBk	Deutsche Bundesbank
FECOM	Fonds Européen de Coopération Monétaire (=EFwZ)
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich
BIP	Bruttoinlandsprodukt
OPEC	Organization of Petrol Exporting Countries
AKA	Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes
BWS	Bretton-Woods-System
USA, US	Vereinigte Staaten von Amerika
SZR	Sonderziehungsrechte
Wä-RE/RE	Europäische Währungs-Recheneinheit
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
EWGV	EWG-Vertrag
SVR	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
DM	Deutsche Mark
FF	Französischer Franken
sfr	Schweizer Franken
hfl	Holländischer Gulden
bfr	Belgischer Franken
lfr	Luxemburgischer Franken
skr	Schwedische Krone
nkr	Norwegische Krone
dkr	Dänische Krone
Lit	Italienische Lira

US-\$	Amerikanischer Dollar
£ St	Pfund Sterling
WISU	Wirtschaftsstudium
WiST	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
Art.	Artikel
Tz	Textziffer
D	Bundesrepublik Deutschland
B	Belgien
NL	Niederlande
DK	Dänemark
N	Norwegen
S	Schweden
F	Frankreich
GB	Großbritannien
I	Italien
CH	Schweiz
Irl	Irland

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

I. Bücher und Aufsätze

- APEL, HANS: Euro-Schlange bleibt 'Hort der Stabilität', in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 55, vom 2. September 1977
- APEL-HANS und KLASSEN, KARL: Pressekonferenz der DBBk am 18. Oktober 1976, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 68 vom 21. Oktober 1976
- ASCHINGER, FRANZ / BINSWANGER, HANS-CHRISTOPH / MAYRZEDT, HANS / von PLATEN, OTTO: Der Europäische Währungsblock, Bern 1973
- BALASSA, BELA: Integration. Theorie und Praxis wirtschaftlicher Integration, Ökonomie Band II, in: Marxismus und Systemvergleich, Hrsg. C. D. KERNIG, Freiburg 1973
- The Theory of Economic Integration, London 1962
- BARRE, RAYMOND: Flexible Wechselkurse sind kein Allheilmittel, in: "Wirtschaftsdienst", 51. Jg., Heft 7, Hamburg 1971, S. 347 - 349
- BERG, HARTMUT: Export bei floatender DM. Alternativen unternehmerischer Anpassung, in: "Wirtschaftsdienst", 57. Jg., Heft 10, Hamburg 1977, S. 531 - 533
- BERNHOLZ, PETER: Währungskrise und Währungsordnung, Hamburg 1974
- BINSWANGER, HANS-CHRISTOPH: Das Deviseninterventions-system der EWG und Kooperationsperspektiven für die Schweiz, in: Der Europäische Währungsblock aus schweizerischer Sicht, Bern und Stuttgart, 1973, S. 45 - 59
- BOCHUD, FRANCOIS: Zahlungsbilanz und Währungsreserven, Veröffentlichungen der List-Gesellschaft, Band 60, Basel 1970
- BOECK, KLAUS und GEHRMANN, DIETER: Probleme einer zunehmenden Diversifizierung der Währungsreserven, in: Zur Neuordnung des internationalen Währungssystems, Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 20, Berlin 1973, S. 99 - 114
- BÖHRET, CARL: Entscheidungshilfen für die Regierung, Opladen 1970
- BORCHERT, MANFRED: Außenwirtschaftslehre, Opladen 1977

BROWN, BERNICE und HELMER, OLAF: Improving the Reliability of Estimates obtained from a Consensus of Experts (= The RAND Corporation, P-2986), Santa Monica 1964

BROWN, SEYOM: Scenarios in Systems Analysis, in: Systems Analysis and Policy Planning, Applications in Defense, Ed. E.S.QUADE and W.I.BOUCHER, New York 1968

BRUNNER, KARL: Die Schweizerische Nationalbank auf Inflationskurs?, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 72 vom 29. September 1978

CAESAR, ROLF: Monetäre Wirkungen eines Multiwährungs-Interventionssystems mit Saldenausgleich. Untersucht am Beispiel der europäischen Währungsschlangelange, in: "Kredit und Kapital", 8. Jg., Berlin 1975

CHEVALLAZ, GEORGES-ANDRÉ: Betrachtungen zur schweizerischen Währungspolitik, in: "Außenwirtschaft", 19. Jg., Zürich und St. Gallen 1974, S. 119-130

CLAASEN, EMIL-MARIA: Europäische Währungsunion: Einige Anmerkungen zum Konzept der Parallelwährung, in: Kompendium der Währungstheorie, Hrsg. E.M.CLAASEN, München 1977, S. 201 - 204

COLM, GERHARD: National Goal Analysis and Marginal Utility Economies, in: "Finanzarchiv", N.F., Band 24, Tübingen 1965

CRAMER, PETER: Der direkte internationale Preiszusammenhang. Ein Beitrag zur Theorie der importierten Inflation, Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Band 20, Köln 1971

DERTINGER, CLAUS: Aus dem Leben einer Schlange, in: "EG-Magazin", Nr. 6, Bonn 1976

EMMINGER, OTMAR: Aktuelle wirtschaftspolitische Probleme, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 72 vom 25. Oktober 1977

- Die Rolle der Währungspolitik in der europäischen Integration, in: Integration durch Währungsunion?, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Symposium Juni 1970, Hrsg. H. GIERSCHE, Tübingen 1971, S. 67 - 77
- Deutsche Geld- und Währungspolitik im Spannungsfeld zwischen innerem und äußerem Gleichgewicht (1948 - 1975), in: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Hrsg. Deutsche Bundesbank, Frankfurt 1976, S. 485 - 506
- Pro und Contra zur Währungsschlange, "Handelsblatt" Nr. 157 vom 26. August 1976, S. 4

EMMINGER, OTMAR: 30 Jahre Deutsche Mark, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 45 vom 20. Juni 1978

ERLENBACH, ERICH: Woher Verluste bei Devisen-Termingeschäften stammen können, "FAZ", Nr. 150 vom 3. Juli 1974

d'ESTAING, GISCARD: Wir werden die Wirtschaft ankurbeln, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 54 vom 18. Juli 1978

- Kein zurück des Franc in die Währungsschlange, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 51 vom 4. Juli 1978

FELS, GERHAD: Der internationale Preiszusammenhang, Stuttgart 1969

FENDT, FRANZ: Fehlkonstruktion 'Grüner Dollar', in: "Wirtschaftsdienst", 50. Jg., Heft 2, Hamburg 1970, S. 136 - 139

FOURCADE, JEAN-PIERRE: Franc-Abwertung ein absurdes Gerücht, "FAZ", Nr. 20, 24. Januar 1976

- Schlange wird überleben, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 20 vom 23. März 1976

FRANZMEYER, FRITZ: Neue Wege zur währungspolitischen Integration in der Europäischen Gemeinschaft?, in: DIW, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Berlin 1976

FRANZMEYER, FRITZ und SEIDEL, BERNHARD: Wirtschaftspolitische Prioritätsunterschiede in der EG als Hemmnisse für die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion und Instrumente zu ihrer Überwindung, DIW, Sonderheft 96, Berlin 1973

FRAUENFELDER, A.: Erschwerung des internationalen Güteraustauschs, "NZZ", Nr. 259 vom 21. September 1974, S. 17

FRICKHÖFFER, WOLFGANG: Kursfreigabe fördert die Integration, in: "Wirtschaftsdienst", 51. Jg., Heft 7, Hamburg 1971, S. 341 - 346

GEHRMANN, DIETER und HARMSSEN, SABINE: Monetäre Integration in der EWG, Dokumente und Bibliographie, Hamburg 1972

GIERSCH, HERBERT: The Case für a European Parallel Currency, in: Report of the Study Group 'Economic and Monetary Union 1980', Individual Contributions, Brüssel, March 1975

GLESKE, LEONHARD: Nationale Geldpolitik auf dem Wege zur europäischen Währungsunion, in: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Hrsg. DBBk, Frankfurt 1976, S. 745-789

- Währungspolitik und Agrarmarkt in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Veröffentlichungen der CEA, Heft 45, Brugg 1972, S. 5-11
- Möglichkeiten und Grenzen einer europäischen Währungsintegration, in: "Europa-Archiv", 23. Jg., Folg 9, Teil I, Bonn 1968, S. 333-344
- Wechselkursverbund braucht Mindestmaß an Stabilität, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 20 vom 4. April 1977

GORDON, T.J. und HELMER, OLAF: Report on a Long-Range Forecasting Study (=The RAND Corporation, P-2982), Santa Monica 1964

GRASSMANN, SVEN: Currency Distribution and Forward Cover in Foreign Trade - Sweden Revisited 1973, in: Journal of International Economics, Vol. 6 (1976)

GUTOWSKI, ARMIN: Chancen für die Stabilität bei unterschiedlichen Währungssystemen, in: "Ordo", 25. Band, Düsseldorf und München 1974, S. 11-30

HABERLER, GOTTFRIED: Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 55 vom 2. September 1977

- Die Wirtschaftsintegration Europas, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Hrsg. E. von BECKERATH / FRITZ W. MEYER / ALFRED MÜLLER-ARMACK, Frankfurt 1957, S. 521 - 530

HAGELSTEIN, BERT: Kurz und schmerzlos, "Handelsblatt", Nr. 66 vom 4. April 1977, S. 3

HEIDHUES, FRANZ: Zur Theorie der internationalen Kapitalbewegungen, Tübingen 1969

HELLMANN, RAINER: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion - eine Dokumentation. Schriftenreihe Europäische Wirtschaft, Hrsg. RUDOLF REGUL

HELLMANN, RAINER und MOLITOR, BERNHARD: Textsammlung zur Wirtschafts- und Währungsunion der EG, Baden-Baden 1973

HELMER, OLAF: Systematic Use of Expert Opinion, (= The RAND Corporation, P-3721), Santa Monica 1967

HESSE, HELMUT: Bestimmungsfaktoren für unterschiedliches Exportwachstum, in: "Wirtschaftsdienst", 48. Jg., Heft 2, Hamburg 1968, S. 80-84

- HITCH, CHARLES J.: On the Choice of Objectives-System Studies, (=The RAND Corporation, P-1955), Santa Monica 1960
- HOCHGESAND, HELMUT: Theorie der Devisenspekulation, Berlin 1974
- ISSING, OTMAR: Die Theorie des direkten internationalen Preiszusammenhangs, in: "Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik", Band 180, Stuttgart 1967, S. 289-305
- JARCHOW, HANS-JOACHIM, Wechselkursarithmetik, Wechselkursgestaltung und Interventionspolitik, in: "WISU", 3. Jg., Heft 1 und 2, Tübingen und Düsseldorf 1974, S. 19-23 und 68-70
- JENKINS, ROY: Jean-Monnet-Vorlesung in Florenz am 27. Oktober 1977, in: "Europa-Archiv", 33. Jg., Sonderdruck aus Folge 1, Bonn 1978, S. D 1 - D 11
- Die Integration der Europäischen Gemeinschaft angesichts der Erweiterung, in: "Europa-Archiv", 33. Jg., Sonderdruck aus Folge 1, Bonn 1978, S. 1-10
- JOHNSON, HARRY G.: Economic and International Trade, in: Expansion of World Trade and the Growth of National Economies, Hrsg. R.S. WECKSTEIN, New York and London 1968, S. 156-180
- KEBSCHULL, DIETRICH: Der Außenhandelsspielraum der Bundesrepublik wird enger, in: "Wirtschaftsdienst" 58. Jg. (1978), S. 411
- KEMP, DONALD S.: The U.S. Dollar in International Markets: Mid-1970 to Mid-1976, in: Federal Reserve Bank of St. Louis, August 1976
- KINDLEBERGER, CHARLES P.: Foreign Trade and the National Economy, New Haven and London 1962
- KLASEN, KARL: Probleme der Währungspolitik an der Jahreswende 1975/76, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 1 vom 5. Januar 1976
- KÖHLER, KLAUS: Start zur Europäischen Währungsunion, Geldstromanalyse für das 2. Vierteljahr 1972, in: "WSI-Mitteilungen", 25. Jg., Heft 9, Köln 1972, S. 276-281
- Hat die Geldpolitik versagt? in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 72 vom 29. September 1978
- KRÄMER, HANS R.: Formen und Methoden der internationalen wirtschaftlichen Integration. Versuch einer Systematik, Kieler Studien, Band 95, Tübingen 1964

- KROMPHARDT, JÜRGEN: Wachstum und Konjunktur,
Göttingen 1972
- KRUBER, KLAUS-PETER: Realisierungsprobleme einer
Wirtschafts- und Währungsintegration in der EWG,
in: "WISU", 1. Jg., Heft 9, Tübingen und Düs-
seldorf 1972, S. 423-427
- LEFELDT, MATHIAS und WARNECKE, JENS: Handelsinten-
sitäten im EWG-Raum, in: "Wirtschaftsdienst",
54. Jg., Heft 8, Hamburg 1974, S. 408-412
- LEFELDT, MATHIAS und SCHNEIDER, ALBERT: Entwicklung
der Handelsintensitäten in der EG, in: "Wirt-
schaftsdienst", 57. Jg., Heft 11, Hamburg 1977,
S. 575-581
- LIPFERT, HELMUT: Der Geldmarkt mit Euro-Geldmarkt,
Frankfurt 1975
- LUTZ, CHRISTIAN: Die Europäische Währungsschlange,
in: "Außenwirtschaft", 29. Jg., Zürich und
St. Gallen 1974, S. 63-71
- LUTZ, FRIEDRICH A.: Eurowährungsmärkte, in: "Zeit-
schrift für die gesamte Staatswissenschaft",
o. Jg., Band 130, Tübingen 1974, S. 193-224
- Wechselkursänderungen und Agrarordnung der EWG,
in: "Ordo", o.Jg., Band 21, Düsseldorf und Mün-
chen 1970, S. 85-92
- MACHLUP, FRITZ: Der Außenwert des Dollars, Kieler
Vorträge, N.F. Band 79, Hrsg. H. GIERSCHE,
Tübingen 1974
- Capital Movements and Trade Balance, in:
International Monetary Economics, London, o.Jg.,
S. 447 - 464
 - Die Theorie des Devisenmarktes, in: Theorie der
internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Hrsg.
KLAUS ROSE, Köln und Berlin 1965, S. 170-213
- MAIER, N.R.F.: Problem Solving, Discussions and
Conferences -Leadership Methods and Skills,
New York 1963
- MAJER, HELGE und WAGNER, ADOLF: Der internationale
Konjunkturzusammenhang, Gutachten im Auftrag des
BMW, Tübingen 1974
- MATTHÖFER, HANS: Ansprache bei der Jahresversamm-
lung des IWF und der Weltbank am 25. September
1978 in Washington, in: DBBK, Auszüge aus
Presseartikeln, Nr. 74 vom 4. Oktober 1978

MAYRZEDT, HANS: Die wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit in der EWG, in: Der Europäische Währungsblock aus schweizerischer Sicht, Hrsg.: F.E.ASCHINGER u.a., Bern und Stuttgart 1973, S. 19-44

- Der Zusammenhang zwischen Zahlungsbilanz und Wechselkurs am Beispiel der BRD, in: "Außenwirtschaft", 31. Jg., Zürich und St. Gallen 1976, S. 341-356
- Formen und Grade der westeuropäischen Wirtschaftsintegration, Dissertation Wien 1967
- Einige allgemeine tatsächliche Bestimmungsgründe für den Grad der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik, in: "Außenwirtschaft", 23. Jg., Heft 4, Zürich und St. Gallen 1968, S. 381-415

MAYRZEDT, HANS und von PLATEN, OTTO: Die Bedeutung der Termindevisenkurse für das Außenhandelsgeschäft, in: "Außenwirtschaft", 30. Jg., Zürich und St. Gallen 1975, S. 137-144

- Unkontrollierte Wechselkurse und EFTA-Freihandel - Vernachlässigte Zusammenhänge zwischen Währungs- und Integrationspolitik-, in: "Außenwirtschaft", 29. Jg., Zürich und St. Gallen 1974, S. 184-191
- Unternehmensbefragung über die praktische Tragweite der Wechselkursschwankungen für das Außenhandelsgeschäft der Schweiz im Jahre 1973, in: "Außenwirtschaft", 29. Jg., Zürich und St. Gallen 1974, S. 192-204

MAYRZEDT, HANS, von PLATEN, OTTO und RÖLLI, A.: Die Stellung der Schweiz im internationalen Zinsgefüge unter dem Gesichtspunkt der Wechselkursbildung in: "Außenwirtschaft", 31. Jg. (1976), S. 21 f.

MEADE, JAMES EDWARD: The Theory of International Economic Policy, Vol. I, The Balance of Payments, London, New York, Toronto 1955

- Die Zukunft des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs, in: "Konjunkturpolitik", 7. Jg., Berlin 1961, S. 355-373
- Probleme der Wirtschaftsunion souveräner Staaten, in: Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung, Tübingen und Zürich 1955

MEISNER, HANS-GÜNTHER: Exportpolitik vom Standpunkt der Unternehmensführung, Herne und Berlin 1974

MERRIT, RICHARD L.: Computerforschung in der amerikanischen Politischen Wissenschaft, in: PVS/VIII/4/1967

MICHALSKI, WOLFGANG: Export und Wirtschaftswachstum, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1970

- Außenhandel - Träger des wirtschaftlichen Wachstums, in: "Wirtschaftsdienst", 50. Jg., Heft 1, Hamburg 1970, S. 11-13

MÖLLER, ALEX: Der Franc-Rückzug ist so dramatisch
nicht, "Handelsblatt", Nr. 63 vom 30. März 1976,
S. 3

MOHR, ELSKE: Was wird aus dem EG-Agrarmarkt?, in:
"Wirtschaftskonjunktur", Heft 3, München 1974,
S. 23-32

NAGEL, ALBRECHT: Das nationale Zielsystem der Bun-
desrepublik Deutschland 1957-1969, in: "analysen
und prognosen über die welt von morgen", Heft 6,
Berlin 1969, S. 18-27

NIEHANS, JÜRG: Geldbeschaffung und Kreditvermitt-
lung im Eurodollarmarkt, in: Verstehen und Ge-
stalten der Wirtschaft, Festgabe für F.A. Lutz,
Tübingen 1971, S. 279-294

NURKSE, R.: International Currency Experience.
Lessons of the Inter-War-Period (Series of League
of Nations Publications, II. Economic and Financial,
1944, II.A.4), (Geneva) 1944

PENTZEK, DIETER: Der freie Wechselkurs, Berlin o.J.
(1963)

PFLEIDERER, KURT: Währungsausgleich für die Landwirt-
schaft, in: "Sparkasse", 89. Jg., Heft 11,
Bonn 1972, S. 327-330

PÖHL, KARL OTTO: Aktuelle Fragen der Währungspolitik,
Vortrag am 11. Mai 1976 vor der Mitgliederversamm-
lung des Hessischen Bankenverbandes in Frankfurt,
in: BMF, Finanznachrichten, Nr. 30 vom 14. Mai 1976

- Zur künftigen Ordnung des internationalen Wäh-
rungssystems, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln,
Nr. 40 vom 10. Juni 1976

PORADA, DIETER: Der Beitrag der Wissenschaft zur Be-
stimmung gesellschaftspolitischer Ziele unter be-
sonderer Berücksichtigung der Regionalpolitik,
Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur
Raumplanung, Hrsg. W.ERNST und R.THOSS, Band 20,
Münster 1976

PREDÖHL, ANDREAS: Außenwirtschaft, 2. Auflage,
Göttingen 1971

ROMETSCH, SIEGHARDT: Monetäre Integration - das Pro-
blem einer Währungsunion im Gemeinsamen Markt,
Frankfurt 1968

ROSE, KLAUS: Theorie der Außenwirtschaft, 6. Auflage,
München 1976

- ROSE, KLAUS und BENDER, DIETER: Flexible Wechselkurse und Inflationsimport, in: "Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik", Band 87, Stuttgart 1972/73, S. 481-506
- RÜRUP, B.: Die Programmfunktion des Bundeshaushaltsplans. Die deutsche Haushaltsreform im Lichte der amerikanischen Erfahrungen mit dem Planning-Programming-Budgeting-System, Berlin 1971
- SALIN, PASCAL: Die Theorie des optimalen Währungsgebietes, in: Kompendium der Währungstheorie, Hrsg. E.M.CLAASEN, München 1977, S. 177-200
- SAMUELSON, PAUL A.: Volkswirtschaftslehre, Band II, 6. Auflage, Köln 1975
- SIEBERT, HORST: Flexible Wechselkurse und importierte Inflation, in: "Wirtschaftsdienst", 57. Jg., Heft 2, Hamburg 1977, S. 385-403
- Außenhandelstheorie, 2. Auflage, Stuttgart und New York 1977
- SIEBKE, JÜRGEN und ZUMPFORT, WOLF-DIETER: Weltinflation und Inflationstheorien, in: "Wirtschaftsdienst", 55. Jg., Heft 10, Hamburg 1975, S. 524-528
- SIMONIS, UDO ERNST: Quantitatives Wirtschaftswachstum und internationale Handelsverflechtung der Bundesrepublik Deutschland, in: Krise des Wirtschaftswachstums, Hrsg. KARL HAX und WILLY KRAUS, Tübingen und Basel 1975, S. 65-118
- SCHARRER, HANS-ECKART: Perspektiven für die Mini-Schlange, in: "Wirtschaftsdienst", 56. Jg., Heft 4, Hamburg 1976, S. 164-165
- Währungsrisiko und Währungsverhalten deutscher Unternehmen, in: "Wirtschaftsdienst", 57. Jg., Heft 11, Hamburg 1977, S. 582-588
 - Erfahrungen mit dem Floating, in: "Wirtschaftsdienst", 55. Jg., Heft 5, Hamburg 1975, S. 244-247
- SCHARRER, HANS-ECKART / GEHRMANN, DIETER / WETTER, WOLFGANG: Sicherung gegen Wechselkursrisiken unter den Bedingungen einer floatenden D-Mark, -Empirische Analyse der Verhaltensweisen deutscher Exporteure und Importeure-, Untersuchung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg im Auftrag des BMWi, Hamburg 1977

SCHLESINGER, HELMUT: Chancen der Geldpolitik, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 25 vom 12. April 1976, S. 1-4

- Gefahren und Chancen für die Erholung der Weltwirtschaft, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 72 vom 29. September 1978

SCHMIDT, HELMUT: Ansprache anlässlich des für den scheidenden Bundesbankpräsidenten Dr. Karl Klasen gegebenen Abendessens in Bonn-Bad Godesberg am 11. Mai 1977, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 31 vom 20. Mai 1977

- Auszüge aus dem Bericht des Bundesministers der Finanzen vor dem Deutschen Bundestag am 23. Januar 1974 über Beratungen des Kabinetts zur aktuellen Problemen der Währungspolitik, in: Europa-Archiv", 29. Jg., Folge 8, Teil II, Bonn 1974, S. 180-182

- Gemeinsamer Markt hat sich seit 1972 zurückentwickelt, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 65 vom 31. August 1978

SCHMIDT, SUSANNE: Kapitalverkehrskontrollen und ihre Wirkung, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts, Hamburg 1977

SCHNEIDER, HANS-KARL: Plankoordinierung in der Regionalpolitik, in: Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, Hrsg. E.SCHNEIDER, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 45, Berlin 1967, S. 239-275

STEINMANN, GUNTER: Theorie der Spekulation, Kieler Studien Band 106, Hrsg. H.GIERSCH, Tübingen 1970

STEUER, WERNER: Einengung der Bandbreiten - ein gefährliches Experiment, in: "ZfgK", 24. Jg., Heft 8, Frankfurt 1971, S. 302-305

STOBBE, ALFRED: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, Berlin-Heidelberg-New York 1966

STOLPER, WOLFGANG: Stand und ungelöste Probleme der Theorie des Außenhandelsmultiplikators, in: Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Hrsg. KLAUS ROSE, Köln und Berlin 1965, S. 248-266

STORBECK, DIETRICH: Zielkonflikt-Systeme als Ansatz zur rationalen Gesellschaftspolitik, in: Zur Theorie der allgemeinen und regionalen Planung, Beiträge zur Raumplanung, Band 1, Gütersloh 1969, S. 61-84

STORBECK, DIETRICH: Zur Operationalisierung der Raumordnungsziele, in: "Kyklos", Vol. 23, o.O. 1970, S. 98-116

STÜTZEL, WOLFGANG: Währung in weltoffener Wirtschaft, Frankfurt 1973

- Ist die schleichende Inflation durch monetäre Maßnahmen zu beeinflussen?, in: Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 7, Berlin 1960, S. 10-43

TAYLOR, C.W.: Creativity, Progress and Potential, New York 1964

TIEDTKE, JOCHEN: Alternative Interpretationen des Zahlungsbilanzausgleichs - Darstellung und wirtschaftliche Implikationen der einzelnen Konzepte-, in: "Außenwirtschaft", 29. Jg., Zürich und St. Gallen 1974, S. 58-78

- Zahlungsbilanzausgleich. Mikroökonomische Absorptionstheorie, direkter internationaler Preiszusammenhang und Zahlungsbilanz, Berlin und New York 1972
- Der direkte internationale Preiszusammenhang. Bemerkungen zu Aufsätzen von O. Issing und K. Rose, in: "Zeitschrift für Nationalökonomie", Band 32, Wien und New York 1972, S. 317-328

TINBERGEN, IAN: International Economic Integration, Amsterdam-London-New York 1965

TINDEMANN, LEO: Differenziertes Fortschreiten zur Währungsunion, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 3 vom 13. Januar 1976

TORRITZHOFFER, EDGAR und MOSER, REINHARD: Wechselkursrisiko und Kurssicherung aus unternehmerischer Sicht, in: "WiST", 6. Jg., Heft 9, München und Frankfurt 1977, S. 412-419

TUCHTFELDT, E.: Zielprobleme in der modernen Wirtschaftspolitik, in: Walter Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze Nr. 34, Tübingen 1971

den UYL, JOOP: Ein unterträglicher Gedanke, "Die Zeit", Nr. 15 vom 2. April 1976, S. 20

VOGEL, OTTO: Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft in: "Wirtschaftsdienst", 58. Jg. (1978), S. 63-66

WAGENER, FRIDO: Ziele der Stadtentwicklung nach Plänen der Länder, Schriften zur Städtebau- und Wohnungspolitik, Band 1, Göttingen 1971

WALTER, NORBERT: Europäische Währungsintegration und die Reform des Weltwährungssystems, in: Zur Neuordnung des internationalen Währungssystems, "Beihefte zur Konjunkturpolitik", Heft 20, Berlin 1973, S. 115-136

WESTPHAL, UWE: Die importierte Inflation bei festem und flexiblem Wechselkurs, Kieler Studien, Band 87, Tübingen 1968

WILLGERODT, HANS: 14 Thesen zur europäischen Währungsintegration, in: Integration durch Währungsunion?, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Symposium Juni 1970, Hrsg. H.GIERSCH, Tübingen 1971, S. 141-148

- Europa und das Währungsproblem - Von der Pseudo-integration führt kein Weg zur Währungseinheit-, in: "Wirtschaftspolitische Chronik", Heft 1, Köln 1974, S. 57-67
- Wirtschaftsraum und Währungsraum, in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 35, Berlin 1965

WILLMS, MANFRED, Das Angebot an Euro-Währungen, in: Kompendium der Währungstheorie, Hrsg. E.M.CLAASEN, München 1977, S. 42-74

- Sind 8 % Geldmengenwachstum adäquat?, in: "Wirtschaftsdienst", 56. Jg., Heft 2, Hamburg 1976, S. 71-74

WITTELSBERGER, HELMUT: Wachstumsfördernde Aspekte des Außenhandels, in: "Wirtschaftspolitische Chronik", Heft 1/2, Köln 1968, S. 77-94

WITTGEN, ROBERT: Währungsrisiko und Devisenkurssicherung, Frankfurt 1975

WITTICH, GÜNTER und SHIRATORI, MASAKI: Die Schlange im Tunnel, in: "Finanzierung und Entwicklung". 10. Jg., Heft 2, Hamburg 1973

YEAGER, LEALAND B.: International Monetary Relations. Theory, History and Policy, 2nd. Print, New York 1968

ZIJLSTRA, J.: Ansprache des Vorsitzenden der BIZ auf der Generalversammlung vom 14. Juni 1976 in Basel, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 41 vom 15. Juni 1976

II. Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Geschäftsberichte für das Jahr 1971 - 1977

Monatsberichte	März	1973
	Juni	1973
	Januar	1976
	Juni	1976
	September	1976
	März	1977
	April	1977
	April	1978
	September	1978

Statistische Angaben der Monatsberichte 1974-1978

Auszüge aus Presseartikeln	Nr. 19 vom 19. März 1976
	Nr. 68 vom 21. Oktober 1976
	Nr. 85 vom 16. Dezember 1977
	Nr. 33 vom 21. April 1978
	Nr. 45 vom 20. Juni 1978
	Nr. 57 vom 25. Juli 1978

Internationale Organisationen und Abkommen im Bereich von Wirtschaft und Währung, Sonderdruck der DBBk, Frankfurt 1978

III. Sonstige

Jahresgutachten des SVR zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1969/70	Stuttgart und Mainz	1969
1971/72	Stuttgart und Mainz	1971
1972/73	Deutscher Bundestag,	Drucksache 7/1273
1973/74	Stuttgart und Mainz	1973
1974/75	Stuttgart und Mainz	1974
1976/77	Deutscher Bundestag,	Drucksache 7/5902
1977/78	Deutscher Bundestag,	Drucksache 8/1221

Jahresberichte der BIZ

Nr. 43	1. April 1972 - 31. März 1973
Nr. 45	1. April 1974 - 31. März 1975
Nr. 46	1. April 1975 - 31. März 1976
Nr. 47	1. April 1976 - 31. März 1977

Wirtschaftsberichte der OECD, Juli 1977

OECD, Main Economic Indicators, November 1977

IWF, Direction of Trade, Annual 1970-1976

Jahresbericht des EWF 1978

Geschäftsbericht der Daimler Benz AG von 1972

"FAZ" Nr. 110 vom 12. Mai 1979, S. 15

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg,
Außenhandel scheut das Währungsrisiko, in:
DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 6 vom
13. Januar 1978

DIW, Wochenbericht 16/70, 37. Jg., Berlin 16. April 1970
Wochenbericht 22/76, 43. Jg., Berlin 3. Juni 1976
Wochenbericht 42/78, 45. Jg., Berlin 19. Okt. 1978

ifo-Schnelldienst, 29. Jg., Heft 2, München 1976
29. Jg., Heft 13, München 1976
29. Jg., Heft 24, München 1976
31. Jg., Heft 28, München 1978

ifo-Wirtschaftskonjunktur, 29. Jg., Heft 2,
München 1977

"NZZ" Nr. 152 vom 1. April 1973

EWG-Vertrag vom 25. März 1957, Bundesgesetzblatt
1957, II

Kommuniqué der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedsstaaten in Den Haag am 1. und 2. Dezember 1969, in: DIETER GEHRMANN und SABINE HARMSSEN, Monetäre Integration in der EWG, Dokumente und Bibliographie, Hamburg 1972, S. 82-84

Abkommen der Zentralbanken der Gemeinschaft vom 9. Februar 1970, in: RAINER HELLMANN, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, -eine Dokumentation, Schriftenreihe Europäische Wirtschaft, Band 63, Baden-Baden 1972, S. 226

Mitteilung der Kommission an den Rat über die Ausarbeitung eines Stufenplans für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion vom 4. März 1970, in: DIETER GEHRMANN und SABINE HARMSSEN, Monetäre Integration in der EWG, Hamburg 1972, S. 91-100

Bericht an Rat und Kommission über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft vom 8. Oktober 1970 (Werner-Bericht), in: D. GEHRMANN und S. HARMSSEN, Monetäre Integration in der EWG, Hamburg 1972, S. 120-140

EntschlieÙung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten vom 22. März 1971 über die stufenweise Verwirklichung der WWU in der Gemeinschaft, in: R. HELLMANN und B. MOLITOR, Textsammlung zur WWU der EG, Baden-Baden 1973, S. 44 ff.

- Erklärung des deutschen Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen, Karl Schiller, auf der Sondersitzung des Rates der EG am 8. Mai 1971, in: "Europa-Archiv", 26. Jg., Teil II, Folge 8, Bonn 1971, S. 418
- EntschlieÙung der EG vom 19. August 1971 zur monetären Situation, in: "Europa-Archiv", 26. Jg., Teil II, Folge 18, Bonn 1971, S. 433 f.
- Erklärung des deutschen Bundesministers der Wirtschaft und Finanzen, Karl Schiller, am 25. August 1971 zur Entwicklung an den internationalen Devisenbörsen, in: "Europa-Archiv", 26. Jg., Teil II, Folge 18, Bonn 1971, S. 435
- Presseverlautbarung über die 164. Tagung des Rates der EG am 13. September 1971, in: "Europa-Archiv", 27. Jg., Teil II, Folge 1, Bonn 1972, S. 4
- EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 22. September 1971 zur wirtschafts- und währungspolitischen Lage, in: "Europa-Archiv", 27. Jg., Teil II, Folge 1, Bonn 1972, S. 8
- Rede des Vizepräsidenten der Kommission der EG, Raymond Barre, vor dem Europäischen Parlament am 19. Oktober 1971, in: "Europa-Archiv", 27. Jg., Teil II, Folge 1, Bonn 1972, S. 4
- Rede von Bundeskanzler Willy Brandt in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 1971, in: "Europa-Archiv", 27. Jg., Teil II, Folge 1, Bonn 1972, S. 16 ff
- Kommuniqué des Ministertreffens der Zehnergruppe vom 17. und 18. Dezember 1971, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 105 vom 22. Dezember 1971, S. 43 f.
- Mitteilung der Kommission an den Rat über die Gestaltung der Währungs- und Finanzbeziehungen in der Gemeinschaft vom 12. Januar 1972, in: RAINER HELLMANN, Europäische WWU, Baden-Baden 1972, S. 336 ff.
- Dokumente zur internationalen Währungskrise, in: "Europa-Archiv", 26. Jg., Teil II, Folge 18, Bonn 1971, S. 415 ff.
- Dokumente zur Krise der internationalen Währungs- und Handelspolitik, in: "Europa-Archiv", 27. Jg., Teil II, Folge 1, Bonn 1972, S. 1 f.

Arbeitsdokument der Dienststelle der Kommission der EG, Wechselkurssystem für die Gemeinschaftswährung und Probleme der Rechnungseinheit, insbesondere für die Gemeinsame Agrarpolitik, Brüssel 1972

Rede des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Raymond Barre, vor dem Europäischen Parlament am 4. Juli 1972, in: "Europa-Archiv", 27. Jg., Teil II, Folge 19, Bonn 1972, S. 463 f.

Entschließung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten vom 21. März 1972 betreffend die Anwendung der Entschließung vom 22. März 1971, in: R.HELLMANN und B.MOLITOR, Textsammlung zur WWU der EG, Baden-Baden 1973, S. 53-57

Abkommen zwischen den Zentralbanken der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft vom 10. April 1972 über die Verringerung der Bandbreiten zwischen den Währungen der Gemeinschaft, in: Europäische Gemeinschaften, Währungsausschuß, Kompendium von Gemeinschaftstexten im Bereich der Währungspolitik, o.O. (Luxemburg) 1974, S. 58-60

Abkommen über die Änderung der Bestimmungen des Abkommens vom 10. April 1972 vom 8. Juli 1975, in: EG, Währungsausschuß, Kompendium von Gemeinschaftstexten im Bereich der Währungspolitik, Nachtrag, S. 18

Rede des britischen Premierministers, Edward Heath, vor dem Institut of European Business Administration in London am 27. Juni 1972, in: "Europa-Archiv", 27. Jg., Teil II, Folge 19, Bonn 1972, S. 460 - 462

Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten, Georges Pompidou, am 21. September 1972, in: "Europa-Archiv", 27. Jg., Teil II, Folge 19, Bonn 1972, S. 472-474

Schlußerklärung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der erweiterten Gemeinschaft vom 19., 20. und 21. Oktober 1972 in Paris, in: EG, Währungsausschuß, Kompendium von Gemeinschaftstexten im Bereich der Währungspolitik, o.O. (Luxemburg) 1974, S. 24-32

Danmarks Nationalbank, Report and Account for the Year 1972, S. 30 und 1974, S. 32

Fernsehinterview des französischen Wirtschafts- und Finanzministers, Valéry Giscard d'Estaing, am 13. Februar 1973 zur währungspolitischen Situation, in: "Europa-Archiv", 28. Jg., Teil II, Folge 7, Bonn 1973, S. 164-166

Rede des Präsidenten der Kommission der EG, Francois Xavier Ortoli, vor dem Europäischen Parlament am 13. Februar 1973, in: "Europa-Archiv", 28. Jg., Teil II, Folge 6, Bonn 1973, S. 131

Erklärung des Rates der EG vom 4. März 1973 über die Währungskrise, Mitteilungen des Rates der EG, Generalsekretariat, Nr. 251/73 (Presse 28) vom 24. März 1973

Die Dollarkrisen im Februar und März 1973, in: "Europa-Archiv", 23. Jg., Teil II, Folge 7, Bonn 1973, S. 157 f.

Rede des britischen Schatzkanzlers, Anthony Barber, zur Einbringung des Haushalts im Unterhaus am 6. März 1973, in: "Europa-Archiv", 28. Jg., Teil II, Folge 7, Bonn 1973, S. 173

Erklärung des Ministerrats der EG vom 11./12. März 1973, in: Monatsberichte der DBBk, März 1973, S. 7

Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der deutschen Bundesregierung vom 14. März 1973 über die Aufwertung der DM und andere währungspolitische Maßnahmen, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes, Nr. 30 vom 15. März 1973

Verordnung (EWG) Nr. 907/73 des Rates vom 3. April 1973 zur Errichtung eines Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit, in: R.HELLMANN und B.MOLITOR, Textsammlung zur WWU in der EG, Baden-Baden 1972, S. 90 ff.

14. Jahresbericht über die Tätigkeit des Währungsausschusses, Brüssel 12. April 1973, in: Amtsblatt der EG, Nr. C 94 vom 9. November 1973, S. 4

Bericht der EG-Kommission vom 30. April 1973, in: Bulletin der EG, Beilage 5/73, S. 6 ff.

Bericht der Kommission an den Rat über die Umgestaltung des kurzfristigen Währungsbeistands und die Bedingungen einer Vergemeinschaftung der Reserven vom 28. Juni 1973, Bulletin der EG, Beilage Nr. 12/73 vom 28. Juni 1973

Presseverlautbarung Nr. 74/34 des IWF vom 1. Juli 1974

Meeting of the Central-Bank-Governors at the Bank for International Settlements in Basle on 9th July 1973, Press Communiqué, in: DBBK, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 51 vom 11. Juli 1973

7. Gesamtbericht über die Tätigkeit der EG 1973, Brüssel-Luxemburg Februar 1974

Bericht des deutschen Bundesministers der Finanzen, Helmut Schmidt, vor dem Deutschen Bundestag über Kabinettsberatungen über währungspolitische Probleme vom 31. Januar 1974, in: "Europa-Archiv", 29. Jg., Teil II, Folge 8, S. D 180 f.

Entschließung des Europäischen Parlaments zum 7. Gesamtbericht der Kommission der EG über die Tätigkeit der Gemeinschaft im Jahre 1973, in: Amtsblatt der EG, Nr. C 62 vom 30. Mai 1974, S. 15

Mitteilung der Kommission der EG an den Rat vom 7. November 1973 betr. den Übergang zur zweiten Stufe der WWu, in: "Europa-Archiv", 29. Jg., Teil II, Folge 2, Bonn 1974, S. 30-34

Katalog der Möglichkeiten zur Abdeckung des Währungsrisikos bei Außenhandelsgeschäften, in: "Außenwirtschaft", 29. Jg., Zürich und St. Gallen 1974, S. 222 f.

Bericht der Studiengruppe 'Wirtschafts- und Währungsunion 1980', EG-Kommission, Brüssel März 1975

Bulletin der EG, 8. Jg., Nr. 1, Brüssel 1975

Bulletin der EG, 8. Jg., Nr. 4, Brüssel 1975

Bulletin der EG, 8. Jg., Nr. 6, Brüssel 1975

8. Gesamtbericht über die Tätigkeit der EG 1974, Brüssel-Luxemburg 1974

9. Gesamtbericht über die Tätigkeit der EG 1975, Brüssel-Luxemburg 1975

Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses über die derzeitige Wirtschaftslage in der Gemeinschaft und die angezeigte Konjunkturpolitik in: Amtsblatt der EG, Nr. C 197 vom 23. August 1976, S. 43

Press Communiqué on the Interim Committee of the Board of Governors of the Internationale Monetary System on October 2nd, 1976, in: DBBK, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 64 vom 5. Oktober 1976

Pressemitteilung des Rates der EG, Basel 8. November 1976, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 72 vom 12. November 1976

Bulletin der EG, 9. Jg., Nr. 11/76, Brüssel 1976

Bulletin der EG, 10. Jg., Nr. 5/77, Brüssel 1977

10. Gesamtbericht über die Tätigkeit der EG 1977, Brüssel-Luxemburg 1977

Bericht der Gruppe 'Kurzfristige Kapitalbewegungen' an den Währungsausschuß und an den Ausschuß der Zentralbankpräsidenten über den Euro-Geldmarkt und die Regulierung der internationalen Finanzströme, in: Amtsblatt der EG, Nr. C 195 vom 15. August 1977, Anlage IV, S. 17-24

18. Jahresbericht über die Tätigkeit des Währungsausschusses 1976, in: Amtsblatt der EG, Nr. C 195 vom 15. August 1977, Anlage II, S. 11 ff.

Rede des Präsidenten der Kommission der EG, Roy Jenkins, in Florenz am 27. Oktober 1977, in: "Europa-Archiv", Sonderdruck aus Folge 1, Bonn 1978, S. D 4

Mitteilung der Kommission der EG über die Aussichten der WWU vom 17. November 1977, in: "Europa-Archiv", Sonderdruck aus Folge 1, Bonn 1978, S. D 12

Schlußfolgerungen der Präsidentschaft des Europäischen Rates, Tagung am 6. und 7. Juli 1978 in Bremen, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 53 vom 11. Juli 1978

Treffen der Staats- und Regierungschefs am 16. und 17. Juli 1978 in Bonn, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 56 vom 20. Juli 1978

Committee of the Board of Governors of the IMF on September 24, 1978, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 73 vom 2. Oktober 1978

Schweizerisches Institut für Außenwirtschafts-, Struktur- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Abdeckung der Wechselkursrisiken beim Außenhandelsgeschäft, Zürich 1975

Einleitung

"Die Illusion, daß die Schlange als Vehikel für eine spätere Währungs- und Wirtschaftsunion in der EWG dienen könnte, haben wir inzwischen sowieso begraben müssen."¹⁾

"Man solle sich nur vorstellen, was dem Europa-Gedanken für ein Schaden zugefügt würde, wenn die 'Schlange' aufgegeben würde."²⁾

Wie erklärt sich die unterschiedliche Einschätzung der Bedeutung des Blocks und welche ist die eher zutreffende?

Zur Beantwortung dieser Fragen soll diese Arbeit beitragen, indem Zielsetzungen und Zielerreichungsgrade des EWB gegenübergestellt werden.

Der Europäische Währungsblock ist im März 1972 als Element der ersten Stufe des Werner-Plans zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa gegründet worden. Die Bewahrung und Förderung der Integration war aber nicht einziges, wenn auch wichtigstes Ziel. Es bestand Einigkeit darüber, daß von einem Festkurssystem (mit schwankenden Wechselkursen gegenüber Dritten seit dem Frühjahr 1973 weitere positive Auswirkungen für die im Laufe der Zeit stetig enger miteinander verflochtenen Volkswirtschaften Europas zu erwarten seien.

So versprechen sich jene, die von der Devisenspekulation eine destabilisierende Wirkung befürchten, eine deutliche 'Beruhigung' der Devisenmärkte, wenn es gelinge, eben diese Spekulation abzuschrecken. Dieses soll durch die risikoerhöhende Freigabe des Dollarkurses einerseits und durch eine gemeinsame Währungs-

1 O. Emminger, Pro und Contra zur Währungsschlange, "Handelsblatt" Nr. 157 vom 26. August 1976, S. 4

2) Karl Klasen, Pressekonferenz in der Deutschen Bundesbank am 18. Oktober 1976, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 68 vom 21. Oktober 1976, S. 2

strategie im Innern andererseits geschehen. Spekulationsfreie Märkte werden als eine Voraussetzung für die Vermeidung von Währungskrisen und dauerhaft stabile Wechselkurse angesehen. Von größerer Bedeutung noch erschien den politischen Entscheidungsträgern der festen Wechselkursen inhärente Harmonisierungszwang. Die dadurch herbeigeführte Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik fördere nicht nur die Integration, sondern beseitige auch die Divergenzen der volkswirtschaftlichen Entwicklung als eigentlicher Ursache unerwünschter Paritätsverschiebungen. In diesem Sinne seien feste Wechselkurse Ziel und Instrument zugleich.

Von der Stabilisierung der Austauschrelationen sollten darüber hinaus der internationale Handel, damit Wachstum und Beschäftigung, und die Regierungen der Mitgliedsländer durch eine Erleichterung der stabilitätspolitischen Bemühungen profitieren. Nach Auffassung der Befürworter fester Wechselkurse ergibt sich die Realisierung dieser anspruchsvollen Zielsetzungen aus der Minderung des Kurssicherungsbedarfs und einer größeren Sicherheit der Kalkulationsbasis einerseits, sowie aus dem Zwang zur Ergreifung restriktiver Maßnahmen, deren Durchsetzbarkeit infolge der internationalen Verpflichtung zur Aufrechterhaltung fester Paritäten steige, andererseits. Zudem schütze die Kursstabilität weniger stabile Länder vor abwertungsbedingten Importkostensteigerungen.

Gegnern des Währungsblocks erscheint gerade das Nebeneinander von festen und flexiblen Kursen widersinnig. Das Ziel der Wechselkursfreigabe sei es gewesen, die außenwirtschaftliche Absicherung restriktiver Geldpolitik durch Beendigung der Devisenzuflüsse zu erhöhen. Dieser Effekt, der in der Tat eingetreten sei, werde durch die Beibehaltung der Interventionspflicht im Innern zunichte gemacht. Das Ergebnis werde nicht ein EWB als Stabilitätsinsel, sondern eine Inflationsgemeinschaft sein.

Zu beidem ist es nicht gekommen. Die einzelnen Resultate sind allerdings zu unterschiedlich, als daß abweichende Beurteilungen des gesamtwirtschaftlichen und politischen Nutzens des Europäischen Währungsblocks ausgeschlossen wären. Eine eingehende Betrachtung der Zielerreichungsgrade zeigt, daß Erfolgen bei der Stabilisierung der Wechselkurse und positiven Auswirkungen für Wachstum und Beschäftigung durch die gestiegene Sicherheit der Kalkulationsbasis bei geringerem Kurssicherungsbedarf ein völliger Mißerfolg der Integrationsbemühungen und nur partielle Fortschritte in der Inflationsbekämpfung gegenüberstehen. Die auf deutsch-französische Initiative zustande gekommenen neuen Integrationsimpulse durch Erweiterung und Modifizierung der Währungsschlange werden zeigen, ob der Europäische Währungsblock längerfristig Integrationsvehikel sein kann, oder als bloße Episode in die Geschichte europäischer Einigungsversuche eingehen wird.

Der Aufbau dieser Arbeit ergibt sich aus der im Teil II erstellten Zielhierarchie des EWB. Zuvor werden in Teil I die Entstehungsgeschichte sowie die Funktionsweise des Interventions-, Finanzierungs- und Saldenausgleichsmechanismus dargestellt. In Teil II werden zuerst die Möglichkeiten zur Ableitung eines Zielsystems skizziert. Daran anschließend werden die theoretischen Wirkungszusammenhänge erörtert, die die Realisierung der mittels der National Goal Analysis ermittelten und gewichteten Zielsetzungen gewährleisten sollen. Teil III dient der Überprüfung der Zielerreichungsgrade. Die Reihenfolge der Erörterungen in Teil II und III weicht von der Rangfolge der Zielsetzungen ab, die sich auf Grund der Zielanalyse ergeben hat. Dies erschien sinnvoll, weil die Beurteilung der erzielten Integrationsfortschritte die Erreichungsgrade der Teilziele als bekannt voraussetzt. Die Zusammenfassung der Ergebnisse und ein kurzer Ausblick auf die neuen Entwicklungen beschließen die Arbeit.

Teil I : Entstehungsgeschichte und Funktionsweise des Europäischen Währungsblocks

1. Die Entstehungsgeschichte des EWB

Nach Ende der zwölfjährigen Übergangszeit am 31. Dezember 1969 und Vollendung der Zollunion wurden in der EG Forderungen nach einer Wirtschaftspolitik auf Gemeinschaftsebene laut, die der verstärkten Interdependenz der nationalen Wirtschaftsentwicklungen als Folge der anwachsenden wirtschaftlichen Verflechtung Rechnung trage.¹ Eine solchermaßen auf supranationaler Politik beruhende Wirtschaftsunion sollte zur Vermeidung von Währungskrisen, Paritätsänderungen und Wechselkursfreigaben² durch eine Währungsunion mit festen Paritäten oder, als Endziel, mit einer Gemeinschaftswährung ergänzt werden.³

Da der am 1. Januar 1958 in Kraft getretene EWG-Vertrag lediglich vage Bestimmungen über die Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik enthält⁴, keinesfalls aber eine Rechtsgrundlage für die Schaf-

-
- 1 vgl. Bericht an Rat und Kommission über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft vom 8. Oktober 1970, in: Dieter Gehrmann und Sabine Harmsen, Monetäre Integration in der EWG, Dokumente und Bibliographie, Hamburg 1972, S. 120-140 (im folgenden zitiert als Werner-Bericht); Klaus-Peter Kruber, Realisierungsprobleme einer Wirtschafts- und Währungsunion in der EWG, "Wirtschaftsstudium" (WISU), (1972) S. 423 ff.
 - 2 Mai 1968: FF-Krise 11.8.1969 Abwertung des FF 29.9.1968 Kursfreigabe der DM 27.10.1969 Aufwertung der DM
 - 3 vgl. Hans Mayrzedt, Die wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit in der EWG, in: Franz E. Aschinger, Hans Christoph Binswanger, Hans M. Mayrzedt, Otto von Platen, Der Europäische Währungsblock aus schweizerischer Sicht, Bern 1973, S. 37 ff.
 - 4 vgl. EWG-Vertrag (EWGV) vom 25. März 1957, Art. 103 ff und 145, Bundesgesetzblatt, 1957, II, S. 766 ff.

fung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), waren neue Entschlüsse, neue Regelungen erforderlich.

Der entscheidende Impuls für die weitere monetäre und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in der EG ging von der auf französische Anregung zustandekommenen Gipfelkonferenz vom 1./2. Dezember 1969 in Den Haag aus, auf der man sich darüber einigte, "daß im Rat ... im Laufe des Jahres 1970 ein Stufenplan für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion ausgearbeitet wird. Die Entwicklung der Zusammenarbeit in Währungsfragen sollte sich auf die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik stützen."¹

Der Europäische Ministerrat beauftragte am 6. März 1970 eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des luxemburgischen Ministerpräsidenten P. Werner, "die Grundauffassungen für eine schrittweise Herbeiführung der Wirtschafts- und Währungsunion der Gemeinschaft auszuarbeiten."² In dem am 8. Oktober 1970 vorgelegten Schlußbericht dieser Gruppe werden die Elemente einer WWU sowie detaillierte Grundsätze für die Verwirklichung eines Stufenplans dargelegt (Werner Plan).³ Bereits für die erste Stufe, für die der Zeitraum von 1971 bis 1973 vorgesehen war, wurde eine "Intensivierung der Zusammenarbeit in der externen Währungspoli-

1 'Kommunique' der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten in Den Haag am 1. und 2. Dezember 1969, in: Dieter Gehrmann und Sabine Harmsen, a.a.O., S. 83

2 Rainer Hellmann, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, - eine Dokumentation -, Baden-Baden 1972, S. 19

3 vgl. Werner-Bericht, a.a.O., S. 122 f.

tik"¹ gefordert.

Nach Vorstellung der Werner-Gruppe sollte eine Einengung der Bandbreite für Wechselkursschwankungen in der ersten Stufe als Versuch dienen, die als unabdingbar angesehenen Bestandteile einer WWU (unwiderruflich festgelegte Paritäten, eliminierte Bandbreiten und eine vollständige, irreversible Konvertibilität der Währungen) zu verwirklichen. Sollte dieser Versuch erfolgversprechend sein, könne man von einem de facto zu einem de jure System übergehen.

In der zweiten Stufe, für die allerdings kein fester Zeitplan vorgesehen war, sollte es zu einer schrittweisen Beseitigung der Kursschwankungen zwischen den Gemeinschaftswährungen kommen².

Den Vorschlägen des Werner-Plans schloß sich der Ministerrat in einer EntschlieÙung vom 22. März 1971 an.³ In ihr werden die Zentralbanken ersucht, "durch eine abgestimmte Aktion gegenüber dem Dollar die Wechselkursschwankungen zwischen Währungen der Mitgliedstaaten schon zu Beginn der ersten Stufe versuchsweise innerhalb engerer Bandbreiten zu halten als sie sich aus der Anwendung der für den US-Dollar geltenden Bandbreiten ergeben."⁴ Die durch Dollarinterventionen gesicherte Bandbreite betrug $\pm 0,75$ %, d.h. die maximale Abweichung zwischen EG-Währungen zu einem Zeitpunkt konnte 1,5 %, im Zeitablauf bei völliger Umkehr der Positionen 3 % betragen.⁵ Die

1 Werner-Bericht, a.a.O., S. 133

2 vgl. Ebenda, S. 134 ff.; Mitteilung der Kommission an den Rat über die Ausarbeitung eines Stufenplans für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion vom 4. März 1970, in: Dieter Gehrman und Sabine Harmsen, a.a.O., S. 91 ff.

3 vgl. EntschlieÙung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 22. März 1971 über die stufenweise Verwirklichung der WWU in der Gemeinschaft, in: Rainer Helmann und Bernhard Molitor, Textsammlung zur Wirtschafts- und Währungsunion der EG, Baden-Baden 1973, S. 44-53

4 Ebenda, S. 50

5 vgl. Monatsberichte der DBBk, Januar 1976, S. 23 ff.

Schwankungsbreite von $\pm 1,5$ % sollte nach Planung der Notenbanken bereits zum 15. Juni 1971 auf $\pm 1,2$ % reduziert werden. Diese Absicht konnte jedoch wegen der Währungskrisen vom Frühjahr und August 1971 nicht verwirklicht werden.¹

Zunehmende Zahlungsbilanzungleichgewichte zwischen den USA einerseits und der EG sowie Japan andererseits führten im Mai 1971 zu einer Dollarkrise mit hohen Geldabflüssen aus den USA. Zur Abwehr der unerwünschten Kapitalströme wurde der Schweizer Franken (sfr) aufgewertet, der Kurs der DM und des holländischen Gulden (hfl) wurden freigegeben, Frankreich führte Restriktionen im Kapitalverkehr ein. Obwohl diese Maßnahmen im Widerspruch zum Integrationspostulat fester Paritäten und verringerter Bandbreiten standen, wurden sie durch eine Ratsentschließung vom Mai 1971 geduldet.

Auch das von Nixon angekündigte innen- und außenpolitische Programm zur Überwindung der Dollarkrise konnte nichts an der Schwäche des amerikanischen Dollars ändern, es kam weiter zu starken Kapitalströmen aus dem Dollar in aufwertungsverdächtige Währungen.

Am 15. August 1971 erfolgte die Aufhebung der Goldkonvertibilität des Dollars, aus dem Gold-Dollar-Standard des Bretton-Woods-Systems wurde ein reiner Dollar-Standard.² Erst Ende 1971 setzte sich die Einsicht durch, daß die Anpassung der unhaltbar gewordenen Paritäten an die wirtschaftlichen Gegebenheiten unumgänglich sei. Die Verhandlungen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der zehn Hauptindustrieländer in Washington führten am 17./18. Dezember 1971 zum sogenannten 'Smithsonian Agreement'³, in dem

1 Eine zusammenfassende Beschreibung dieser Krisen findet sich in Dokumenten zur internationalen Währungskrise, in: "Europa-Archiv", (1971), S. 415 ff. in Dokumente zur Krise der internationalen Währungs- und Handelspolitik, in: "Europa-Archiv", (1972), S. 1 ff. sowie im Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1971, S. 30-32 und 38-41

2 vgl. Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1971, S. 40

3 vgl. Communiqué über die Vereinbarungen der Zehnergruppenländer vom 17./18. Dezember 1971 in Washington, in: DBBk, Monatsbericht Februar 1972, S. 43 f.

man sich darauf verständigte, den Dollar abzuwerten und die Paritäten der anderen Währungen entweder beizubehalten (FF, ~~St.~~), aufzuwerten (Yen, sfr, bfr, hfl, DM) oder die Folgen der Dollarabwertung durch eine Abwertung der eigenen Währung zu mildern (skr, nkr, dkr, Lit). Die Bandbreiten der neuen Paritäten wurde auf $\pm 2,25$ % erweitert, was Kursschwankungen zwischen EG-Währungen von 4,5 bzw. 9 % im Zeitablauf ermöglichte.¹

Eine derartige Schwankungsbreite war nicht mit den Regelungen des Gemeinsamen Agrarmarktes, dem Ziel einer Intensivierung des Handels und mit dem Programm zur Errichtung einer WWU vereinbar. Deshalb legte die Kommission am 12. Januar 1972 Vorschläge für die Gestaltung der Währungs- und Finanzbeziehungen in der Gemeinschaft vor, auf deren Basis der Ministerrat am 21. März 1972 beschloß, die Bandbreiten zwischen den Wechselkursen der Währungen der Mitgliedstaaten auf $\pm 2,25$ % zu begrenzen. Die Schwankungsbreite der durch Interventionen in Gemeinschaftswährungen zu garantierenden Paritäten betrug somit die Hälfte der seit Dezember 1971 möglichen Marge. Mit dieser Maßnahme soll ein erster "Schritt in Richtung auf die Bildung eines eigenständigen Währungsraumes"² getan werden.

1 Bei einer angenommenen Parität von 1 g = 2 DM = 4 FF und einer Schwankungsbreite von $\pm 2,25$ % ergeben sich die Relationen 1 g = 2,045 DM = 4,09 FF bzw. 1 g = 1,955 DM = 3,91 FF. Ist der Dollar zu einem Zeitpunkt in Frankfurt schwach (= 1,995 DM) und in Paris stark (= 4,09 FF), ergibt sich aus der cross-rate für eine DM ein um 4,6 % höherer Franc-Betrag (2,092). Verkehrt sich die Dollarposition an den beiden Börsen zu einem zweiten Zeitpunkt in ihr Gegenteil, errechnet sich für eine DM ein Gegenwert von FF 1,912 (- 4,4 %). Diese Spanne von 0,18 FF entspricht 9 % des angenommenen Ausgangswerts der DM (2 FF). Vgl. dazu auch Günter Wittich und Masaki Shiratori, Die Schlange im Tunnel, in: "Finanzierung und Entwicklung", Heft 2, (1973), S. 10 f.

2 Entschließung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der EG vom 21. März 1972 betreffend die Anwendung der Entschließung vom 22. März 1971 über die stufenweise Verwirklichung der WWU in der Gemeinschaft, in: Rainer Hellmann und Bruno Molitor, a.a.O., S. 55

Dieser Entschließung folgte am 10. April 1972 das Basler-Abkommen zwischen den Zentralbanken der EG-Staaten, die das System am 14. April 1972 in Kraft setzten.¹

Im Mai 1972 traten Großbritannien und Dänemark dem EWB bei, Norwegen wurde assoziiert.

Wenn anfangs auch die Währungen der Blockstaaten ohne bedeutende Interventionen konvergierten, so zeigte sich bereits im Juni an den Austritten Großbritanniens und Dänemarks, daß eine Wechselkursfixierung ohne ausreichende wirtschaftliche Homogenität der beteiligten Länder nicht möglich war und ist.²

Zu Beginn des Jahres 1973 kam es infolge einer neuerlichen Dollarkrise zu den ersten öffentlichen Diskussionen über eine Freigabe des Dollarkurses seitens der verbliebenen Blockstaaten.³ Am 12. März 1973 wurde in einer Erklärung des Rates der Gemeinschaft zur Überwindung der internationalen Währungskrise bei Beibehaltung der innergemeinschaftlichen Bandbreite die Interventionsverpflichtung gegenüber dem US-Dollar aufgehoben.⁴ Am 19. März 1973 erfolgte der Übergang zum gemeinsamen Floaten.

-
- 1 vgl. Abkommen zwischen den Zentralbanken der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft vom 10. April 1972 über die Verringerung der Bandbreiten zwischen den Währungen der Gemeinschaft, in: EG, Währungsausschuß, Kompendium von Gemeinschaftstexten im Bereich der Währungspolitik, o.O. 1974, S. 58 ff. (im folgenden zitiert als Basler Abkommen).
 - 2 vgl. Monatsberichte der DBBk, Januar 1976, S. 25.
 - 3 vgl. Die Dollarkrisen im Februar und März 1973, in: "Europa-Archiv", (1973), S. 157 f.
 - 4 vgl. Erklärung des Rates über die Überwindung der internationalen Währungskrise zu treffenden Maßnahmen vom 12. März 1973, in: Rainer Hellmann und Bernhard Molitor, Textsammlung, a.a.O., S. 89 f.

Die weitere Entwicklung des Wechselkursverbundes, dessen Funktionsweise anschließend dargestellt werden soll, ist nachfolgender Übersicht zu entnehmen.

Tabelle 1 - Chronik des Europäischen Währungsblocks

1972

- 21. März Entschluß des Ministerrats zur Halbierung der Schwankungsbreite auf nun 2,25 %
- 24. April Basler Abkommen (zwischen den Zentralbanken Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande) tritt in Kraft
- 1. Mai Beitritt Großbritanniens und Dänemarks
- 23. Mai Assoziierung Norwegens
- 23. Juni Austritt Großbritanniens wegen Kursverfalls des Pfund sterling
- 27. Juni Austritt Dänemarks
- 10. Oktober Rückkehr Dänemarks

1973

- 13. Februar Austritt Italiens und isoliert floatende Lira
- 19. März Gruppenfloaten gegenüber Drittwährungen
Aufwertung der DM um 3 %
Assoziierung Schwedens
- 3. April Errichtung eines Europäischen Fonds für währungs-
politische Zusammenarbeit (EFwZ)
- 29. Juni Aufwertung der DM um 5,5 %
- 17. September Aufwertung des hfl um 5 %
- 16. November Aufwertung der nkr um 5 %

1974

- 19. Januar Austritts Frankreichs und Freigabe des FF
- 1. Juli Einführung einer EG-Rechnungseinheit auf Basis eines EG-spezifischen Währungskorbes

1975

- 10. Juli Rückkehr Frankreichs zu den alten Interventionskursen

1976

- 15. März Austritt Frankreichs
Aufgabe der verengten Bandbreite von 1,5 % zwischen den Benelux-Staaten
- 18. Oktober Differenzierte Aufwertung der DM um

2 %	gegenüber	bfr und hfl
3 %	gegenüber	nkr und skr
6 %	gegenüber	dkr

1974

- 1. April Abwertung des skr um 6 %, der dkr und nkr um je 3 %
- 18. August Abwertung der dkr und nkr um je 5 %
Austritt Schwedens

1978

- 11. Februar Abwertung der nkr um 8 %
- 16. Oktober Aufwertung der DM gegen dkr und nkr um je 4 %, gegen hfl und bfr um je 2 %

2. Die Funktionsweise des Europäischen Währungsblocks¹

2.1. Funktionsweise des Blocks vom 24. April 1972 bis zur Freigabe des Dollars am 19. März 1973 ("Schlange im Tunnel")

Der EWB beruht auf einem System komplizierter Vorschriften zur Regelung der von den Notenbanken der Mitgliedsländer vorzunehmenden Interventionen, der Finanzierung dieser Interventionen und des Ausgleichs der sich daraus ergebenden Salden, um die Einengung der Bandbreiten auf die Hälfte der seit dem 18. Dezember 1971 zulässigen Marge von $\pm 2,25\%$ der jeweiligen Dollarparität zu erreichen.

Eine Änderung erfuhr dieses System am 19. März 1973 durch die Freigabe des Dollarkurses seitens der Blockstaaten, was gleichbedeutend mit einer Einstellung der (Zwangs-)Interventionen zugunsten des Dollars war, die anderen Vorschriften blieben davon aber unberührt.

Zur Verdeutlichung des diffizilen Verbundsystems wurden die beiden Phasen des Verbundes mit den sehr bildhaften, aber treffenden Bezeichnungen "Schlange im Tunnel" (24. April 1972 - 19. März 1973) und "Schlange" oder "Schlange in der Gemeinschaftsröhre" (ab 19. März 1973) umschrieben.²

Zur Erzielung der beabsichtigten Bandbreiteneinengung zwischen den europäischen Währungen hatten die Notenbanken bereits 1971 geplant, eine maximale Abweichung des jeweiligen Wechselkurses in Höhe von $\pm 1,125\%$ gegenüber einer in Dollar ausgedrückten Gemeinschafts-parität zuzulassen. Zur Sicherung dieser Schwankungsbreite sollten abgestimmte Dollarinterventionen die-

1 vgl. zu den folgenden Ausführungen vor allem Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1976, S. 24-29

2 Der 'Vater' dieser Bezeichnungen ist nicht bekannt

nen. Da es aber weder "brauchbare und objektive Kriterien für die Festlegung eines solchen Gemeinschaftsniveaus"¹ gab, noch die Sonderrolle des Dollars als einziger Interventionswährung aufrechterhalten werden sollte², sah man von dem ursprünglichen Plan ab und einigte sich früher als vorgesehen auf Interventionen in Mitgliedswährungen.

Seit dem 18. Dezember 1971 betrug die IMF-Bandbreite 4,5 %, d.h. es bestanden feste Wechselkurse mit einer Schwankungsbreite gegenüber der jeweiligen Dollarparität³ von 2,25 % nach oben und unten. In diesem "Tunnel", dessen Breite 4,5 % beträgt, bewegt sich die maximal halb so breite "Schlange", als bildliche Darstellung der Auf- und Abwertungssätze der europäischen Währungen gegenüber der jeweiligen Dollarparität⁴.

Die tatsächliche Breite der Schlange ist abhängig von den Positionen der Währungen gegenüber dem Dollar: sind die Auf- oder Abwertungssätze aller Blockwährungen gleich hoch, wird die "Schlange" zu einem Punkt im "Tunnel", erreicht die Differenz zwischen höchst- und niedrigstbewerteter Währung ihr Maximum, hat auch die "Schlange" ihre maximale Breite in eben dieser Höhe, 2,25 %, erreicht. Die Lage der "Schlange" im "Tunnel" wird durch den Saldo der gemeinsamen Zah-

1 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1976, S. 24

2 vgl. Günter Wittich und Masaki Shiratori, a.a.O., S. 10

3 Parität definiert als von der Regierung festgelegtes Austauschverhältnis zwischen inländischer Währung und einem anderen Wertträger, z.B. Gold, Dollar, SZR. Die Dollarparität der DM ergibt sich in Preisnotierung als $1 \text{ §} : p_{\text{DM/§}}^{\text{DM}}$. vgl. hierzu insbesondere Hans-Joachim Jarchow, Wechselkursarithmetik, Wechselkursgestaltung und Interventionspolitik, Teil I, in: "Wirtschaftsstudium", (1974), S. 20 ff.

4 vgl. Hans-Joachim Jarchow, Wechselkursarithmetik, Wechselkursgestaltung und Interventionspolitik, Teil II, in: "Wirtschaftsstudium", (1974), S. 69

lungsbilanz der Blockländer gegenüber Drittstaaten bestimmt¹. Bei einem Zahlungsbilanzüberschuß wird der Saldo der Devisenbilanz größer, auf Grund des hohen Dollarangebots wird dessen Kurs fallen, die "Schlange" erreicht den oberen Rand des "Tunnels, gleichbedeutend mit dem unteren Interventionspunkt des Dollars, bei dessen Erreichen Dollars von der Zentralbank mit der stärksten EG-Währung zu dessen Kursstützung aufgekauft werden müssen. Entsprechend führt ein Defizit der Gesamtzahlungsbilanz zu einer höheren Dollarnachfrage und steigenden Dollarkursen, die europäischen Währungen werden faktisch "abgewertet", die "Schlange" sinkt auf den Boden des "Tunnels"; die Zentralbank des Landes mit der schwächsten Währung muß bei Erreichen des oberen Interventionspunktes² Dollars kaufen.

Die Positionen der einzelnen europäischen Währungen innerhalb der Schlange wird durch den Saldo der nationalen Zahlungsbilanz³ bestimmt. Ein Überschuß

1 vgl. Hans Christoph Binswanger, Das Deviseninterventionssystem der EWG und Kooperationsperspektiven für die Schweiz, in: Franz E. Aschinger, Hans Christoph Binswanger, Hans M. Mayrzedt, Otto von Platen, a.a.O., S. 48 ff.

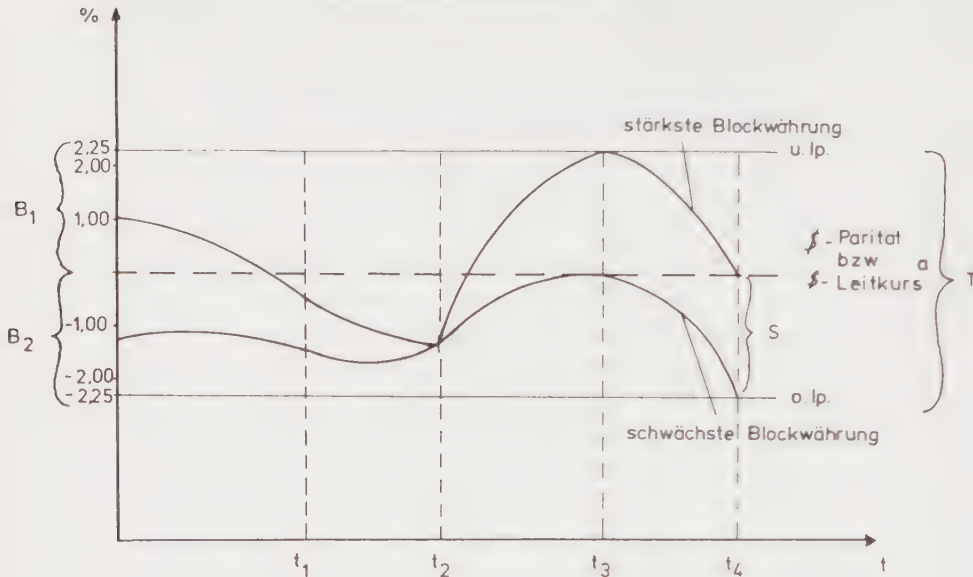
2 Die Bezeichnung "oben" und "unten" entspricht nicht der graphischen Anordnung, sondern der Wertigkeit des Dollars.

3 Eine Zahlungsbilanz ist definitionsgemäß immer ausgeglichen. Da auf die verschiedenen Zahlungsbilanztheorien hier nicht näher eingegangen werden kann, sei unter Saldo ein Devisenzu- oder -abfluß gemeint. vgl. Jochen Tiedtke, Alternative Interpretationen des Zahlungsbilanzausgleichs - Darstellung und wirtschaftliche Implikationen der einzelnen Konzepte -, in: "Außenwirtschaft", 29. Jg. (1974), S. 58-78; Derselbe, Zahlungsbilanzausgleich. Mikroökonomische Absorptionstheorie, direkter internationaler Preiszusammenhang und Zahlungsbilanz, Berlin und New York 1972, S. 25 ff.; Francois Bochud, Zahlungsbilanz und Währungsreserven, Veröffentlichungen der List-Gesellschaft, Band 60, Basel 1970

führt zu steigender Bewertung der Währung, sie liegt am oberen Rand der Schlange. Defizite bewirken fallende Notierungen, der Kurs bewegt sich auf dem 'Bauch' der Schlange. In dem folgenden Schaubild sollen diese Zusammenhänge skizziert werden¹.

1 Graphische Darstellungen des EWB finden sich in Monatsberichte der DBBk, Januar 1976, S. 24, Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Nr. 152 vom 1. April 1973; Hans-Christoph Binswanger, a.a.O., S. 49

Schaubild 1 - Die 'Schlange im Tunnel'



a Der Leitkurs gilt bis zur Festlegung eines Austauschverhältnisses durch den Gesetzgeber.
vgl. H.-J. Jarchow, a.a.O., S. 68

- t = Zeit
% = Auf- und Abwertungssätze der Kurse gegenüber der jeweiligen Parität
T = Tunnel
S = Schlange
u.Ip = unterer Interventionspunkt-Dollarankauf
o.Ip = oberer Interventionspunkt-Dollarverkauf
B₁ = Bereich möglicher Aufwertungssätze gegenüber dem $\mathcal{L}$
B₂ = Bereich möglicher Abwertungssätze gegenüber dem $\mathcal{L}$
t₁ = die Blockwährungen sind i.V.z. Dollar abgewertet. Die Differenz der Abwertungssätze beträgt 1 %.
t₂ = alle Blockwährungen verzeichnen den gleichen Abwertungssatz = minimale Schlangenbreite
t₃ = die Gesamtbilanz der Blockländer gegenüber Dritten ist positiv, der Dollar ist schwach, er muß angekauft werden. Im Lande mit der stärksten Währung kommt es zu Devisenzuflüssen. Maximale Schlangenbreite.
t₄ = es besteht ein Zahlungsbilanzdefizit des EWB als Ganzem, der Dollar erreicht seinen oberen Interventionspunkt, er wird zusätzlich angeboten. Maximale Schlangenbreite.

2.2. Funktionsweise des EWB nach Freigabe des Dollarkurses ('Schlange')

Die am 19. März 1973 nach Erklärung des Rates der EG vom 11./12. März 1973 in Kraft getretene Freigabe des Kurses des US-Dollars¹ beendete die Interventionspflicht der europäischen Zentralbanken in US-Dollar. Die Regelungen der 'Schlange' galten und gelten weiterhin, lediglich der 'Tunnel' war entfallen.

2.2.1. Das Interventionssystem

Die am EWB beteiligten Zentralbanken intervenieren gleichzeitig, unbegrenzt und in Teilnehmerwährungen zur Aufrechterhaltung der engeren Bandbreite zwischen ihren Währungen bei gemeinsamen Floaten nach außen (Blockfloaten). Die Notenbank des Landes mit der starken Währung, die Gläubigerzentralbank, kauft am Devisenmarkt die schwache Valuta, sobald diese den unteren Interventionspunkt erreicht hat. Dadurch erwirbt sie Forderungen gegen die Schuldnerzentralbank. Die Bank des Landes mit der schwachen Währung verkauft die starke Währung bei Erreichen des oberen Interventionspunktes. Das bedeutet, daß die Gläubigerbank Interventionswährung neu schöpft, während die Schuldnerbank diese Valuta ihren Reserven entnimmt oder sich auf dem Kreditwege beschafft.² Für jede Währungsein-

1 vgl. Erklärung des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 11./12. März 1973, in: Franz E. Aschinger, Hans Christoph Binswanger u.a., a.a.O., S. 17 f.

2 vgl. Rolf Caesar, Monetäre Wirkungen eines Multiwährungs-Interventionssystems mit Saldenausgleich. Untersucht am Beispiel der europäischen Währungsschlange, in: "Kredit und Kapital", 8. Jg. (1975), S. 94

heit ist eine SZR-Relation festgelegt¹, aus der sich Mittelwert, Höchstwert (Verkauf) und Niedrigstwert (Kauf) errechnen lassen. Die Gemeinschaftsröhre, innerhalb deren sich die Notierung einer Währung bewegen kann, ergibt sich aus der maximalen Abweichung des Kurses einer Währung gegenüber einer anderen Blockwährung, die nach oben nicht größer als rund 2,275 %, nach unten nicht größer als 2,225 % sein darf.² im Zeitverlauf ist so eine Schwankungsbreite von 4,5 % möglich, wenn sich die Positionen zweier Währungen in ihr Gegenteil verkehren. Zur Sicherung der Gleichzeitigkeit der Interventionen ist die Konsistenz zwischen allen Notierungspaaren Voraussetzung:

Die Vergleichswerte der Blockwährungen lassen sich sowohl direkt über die festgelegten SZR-Relationen³ als auch über den in verschiedenen Währungen ausgedrückten Wert der Europäischen Währungs-Rechnungseinheit errechnen. Entspricht z.B. 1 Wä-Re DM 3,21978 und dkr 7,578321⁴, so lassen sich die Mittelwerte für 100 dkr in DM und für 100 DM in dkr bestimmen⁵. Um eine gleichzeitige Intervention zweier Zentralbanken zu erreichen, dürfen die prozentualen Abweichungen nach oben und unten nicht identisch sein, "da der Aufschlag von 2,25 % für die Währung A gemessen in Währung B einem Abschlag von 2,20 % für die Währung B gemessen in Währung A entspricht, .. die Verantwortung zur Einhaltung des verengten Bandes

-
- 1 Für die DM erstmals am 19. März 1973, 1 DM = 0,294389 SZR; vgl. Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der deutschen Bundesregierung am 14. März 1973, Bulletin Nr. 30 vom 15. März 1973
 - 2 vgl. Christin Lutz, Die Europäische Währungsschlange, in: "Außenwirtschaft", 29 Jg. (1974), S. 71
 - 3 Beispielsweise ergibt sich bei 1 SZR = 3.15665 DM und 1 SZR = 3,35507 hfl ein Mittelwert von 100 hfl = 94,09 DM
 - 4 vgl. Monatsberichte der DBBk, Januar 1976, S. 28
 - 5 Ebenda, S. 27

[würde] allein der Zentralbank mit der schwächsten Währung zufallen."¹ Die Konsistenz der Werte ist bei einer Abweichung nach oben in Höhe von 2,275 % nach unten von 2,25 % gegeben².

Durch dieses System ist die bisher einzige Interventionswährung, der Dollar, durch eine Vielzahl von Währungen wenn auch nicht ersetzt, so doch ergänzt worden. Man spricht deshalb auch von einem Multi-Währungs-Interventionssystem³.

Neben den oben beschriebenen (Zwangs-)Interventionen bei Erreichen der Limitkurse gibt es die Möglichkeit 'freiwilliger' Interventionen in Gemeinschaftswährungen innerhalb der Bandbreite und in Drittwährungen⁴. Solche 'freiwilligen' Interventionen sind nur mit Zustimmung der Zentralbanken zulässig, deren Währungen direkt oder indirekt betroffen werden. Wenn beispielsweise eine Zentralbank in Schuldposition zur Einsparung von Zinskosten einen vorzeitigen Saldenausgleich wünscht,⁵ wird sie Gläubigerwährung gegen eigene Währung oder Drittwährung in Höhe ihrer Verpflichtung erwerben wollen⁶, wodurch der Kurs der

-
- 1 Günter Wittich und Masaki Shiratori, a.a.O., S. 10
 - 2 vgl. zu der Ableitung der exakten Werte Hans-Joachim Jarchow, Wechselkursarithmetik, Wechselkursgestaltung und Interventionspolitik, Teil I und II, a.a.O., S. 20 ff. und S. 68 f.
 - 3 vgl. Christian Lutz, a.a.O., S. 66 und Rolf Caesar, Monetäre Wirkungen eines Multiwährungs-Interventionssystems mit Saldenausgleich, a.a.O.
 - 4 vgl. Entschließung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 21. März 1972, in: Rainer Hellmann und Bernhard Molitor, a.a.O., S. 56
 - 5 vgl. hierzu die Kapitel 2.2.2. und 2.2.3.
 - 6 Der Aufbau einer Nettoposition in Gläubigerwährung ist auf die 'working balances', die Guthaben für den laufenden Geschäftsverkehr, beschränkt. vgl. Monatsberichte der DBBk, Januar 1976, S. 28

nachgefragten Valuta steigen wird.

Auf deutsche Initiative hin kam es am 8. Juli 1973 zu einem Beschluß der Notenbankgouverneure¹ über die Zulässigkeit von Dollarinterventionen, um in Zusammenarbeit mit den amerikanischen Behörden "orderly conditions" am Devisenmarkt zu sichern und 'erratische' Kursausschläge zu mildern oder ganz zu verhindern², indem man in Dollar und zu seinen Gunsten interveniert, sobald sein Kurs ein Prozent unter Vortagsniveau liegt³. Hierbei ist eine nachträgliche Zustimmung der Partnerstaaten ausreichend. Der Informationsaustausch und die erforderliche Konzertation zwischen den Zentralbanken geschieht mindestens dreimal täglich über das bereits 1971 installierte Telefonnetz⁴.

2.2.2. Das Finanzierungssystem

Die Verpflichtung der dem Europäischen Währungsblock angehörenden Zentralbanken, ihre Währungen durch abgestimmte Interventionen innerhalb einer Bandbreite von 2,25 % um den Leitkurs zu halten, erfordert ggf. beträchtliche Devisenreserven, um ein weiteres Ab-

-
- 1 vgl. Meeting of the Central-Bank-Governors at the Bank for International Settlements in Basle on 8th July 1973, Press Communiqué, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 51 vom 11. Juli 1973, S. 1: They agreed in principle that official intervention in exchange markets may be useful at appropriate times to facilitate the maintenance of orderly conditions, keeping in mind also the desirability of encouraging reflows of speculative movements of funds."
 - 2 Unter 'erratisch' wird rein temporär, nicht den wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechend verstanden.
 - 3 vgl. Hans-Eckart Scharrer, Perspektiven für die Mini-Schlange, in: "Wirtschaftsdienst", 56. Jg. (1976), S. 164 f.
 - 4 vgl. Claus Dertinger, Aus dem Leben einer 'Schlange', in: "Eg-Magazin", Nr. 6 (1976), S. 12 f.

sinken des Kurses der eigenen Währung durch Verkauf der nachgefragten Währung verhindern zu können. Da seit dem Basler Abkommen von 1972 Devisenreserven nur in einer Höhe gehalten werden dürfen, die die Abwicklung des laufenden Geschäftsverkehrs sicherstellt, müssen die benötigten Beträge auf dem Kreditweg besorgt und bereitgestellt werden.

Das am 9. Februar 1970 zwischen den Zentralbanken getroffene Abkommen über einen kurzfristigen Beistand¹ sieht im Falle von vorübergehenden Zahlungsbilanzdefiziten oder einer schwerwiegenden Verringerung der Währungsreserven auf drei Monate befristete Stützungsmaßnahmen vor, die auf Antrag um weitere drei Monate verlängert werden können. Die Höhe der Kredite richtet sich nach der Quote des betreffenden Landes, über die es an dem mit 5,45 Mrd. Rechnungseinheiten ausgestatteten Fonds verfügt².

Dieser selten in Anspruch genommene Kreditrahmen wurde durch das System der sehr kurzfristigen Finanzierung ergänzt, das vorsieht, daß jede Notenbank ihre Währung einer anderen Zentralbank zu Interventionszwecken zur Verfügung stellt, und zwar unbegrenzt und bis zum Ende des der Intervention folgenden Monats, es sei denn, die Gläubigerbank stimmt

1 Kurzfristiger Beistand, Abkommen der Zentralbanken der Mitgliedstaaten der EWG vom 9. Februar 1970, in: EG, Währungsausschuß, Kompendium von Gemeinschaftstexten, a.a.O., S. 65

2 Es galt: 1 Wä-Re = 0,88867088 g Feingold = 1,20635 g, mithin entsprachen 5,45 Mrd. RE etwa 6,6 Mrd. Dollar. Seit November 1977 besteht folgende Aufteilung (Gläubigerquoten):

Deutschland	
Frankreich	je 1200 Mio RE
England	
Italien	800 Mio RE
Belgien und	
Niederlande	je 400 Mio RE
Dänemark	180 Mio RE
Irland	70 Mio RE

vgl. zu den Kreditmodalitäten Sonderdrucke der DBBK, Internationale Organisationen und Akom-men im Bereich von Währung und Wirtschaft, Frankfurt 1978, S. 202 f.

einer Prolongation um drei Monate zu¹. Dieses Prolongationsverfahren wurde im Juli 1975 anlässlich der Rückkehr Frankreichs in den EWB vereinfacht. Zur Verlängerung des Interventionskredits genügt nun allein das entsprechende Verlangen der Schuldnerbank, vorausgesetzt der Kredit übersteigt nicht die Schuldnerquote im kurzfristigen Beistand².

Das Basler Abkommen, das kurzfristige bilaterale Kredite vorsah, und der kurzfristige Beistand wurden durch den am 3. April 1973 errichteten Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFwZ) zusammengefaßt. Dessen Aufgaben bestehen in einer Konzertation des Devisensystems, im Ausgleich der aus den Interventionen entstandenen Salden und in der Handhabung des Finanzierungsmechanismus³.

In Gemeinschaftswährungen bestehende Forderungen und Verbindlichkeiten werden über den Umrechnungskurs der Gläubigerwährung in RE ausgedrückt und können dann multilateral zur Verrechnung verwendet werden⁴. Salden werden mit einem Satz verzinst, "der dem auf 1/4 % abgerundeten arithmetischen Mittel der Diskontsätze der am Interventionssystem beteiligten EWG-Zentralbanken entspricht"⁵.

Durch die Tatsache, daß der Interventionskredit bis zum Zeitpunkt des Saldenausgleichs unbegrenzt zur

-
- 1 Zu den genauen Finanzierungsmodalitäten vgl. Basler-Abkommen, a.a.O., S. 158 ff. und Abkommen über die Änderung der Bestimmungen des Abkommens vom 10. April 1972 zur Errichtung eines Systems verringerter Schwankungsbreiten zwischen den Währungen der EWG vom 8. Juli 1975, in: EG, Währungsausschuß, Kompendium, a.a.O., Nachtrag
 - 2 Ein höherer Kredit (vgl. S. 51, Anm. 2) macht eine Kreditgewährung unmöglich.
 - 3 vgl. Verordnung (EWG) Nr. 907/73 des Rates vom 3. April 1973 zur Errichtung eines EFwZ, in: R. Hellmann u. B. Molitor, a.a.O., S. 91 ff.
 - 4 vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1976, S. 28
 - 5 vgl. Ebenda

Verfügung steht, sind weitere Kreditmechanismen entbehrlich, zumal es bei fortdauernder Schuldnerposition und Prolongationsersuchen eher zu einem Verlassen des EWB als zu einem stetigen und vollständigen Verlust der Währungsreserven des betreffenden Landes kommen wird.

2.2.3. Der Saldenausgleich

Die nach Verrechnung bei EFwZ bestehenden Salden müssen, wie bereits erwähnt, zum Ende des der Intervention folgenden Monats ausgeglichen werden, sofern es nicht auf Ersuchen der schuldenden Zentralbank zu einer Prolongation oder mit Zustimmung der Gläubigerzentralbank zu einer vorzeitigen Rückzahlung kommt.

Der Saldenausgleich geschieht mittels der die working balances (ausnahmsweise) übersteigenden Beträge an Gläubigerwährung und, wenn diese nicht ausreichen, anderer Reserven im Verhältnis der Zusammensetzung der Reservebestände. Zur Vereinfachung hat man die Reserven in zwei Kategorien unterteilt¹, wobei der Schuldner ein Wahlrecht zwischen beiden genießt, für den Gläubiger aber ein Annahmewang besteht. Die erforderliche Umrechnung von den in Rechnungseinheiten ausgedrückten Verbindlichkeiten beim EFwZ in IMF-Positionen und in SZR geschieht nach den Regeln des IMF², die Umrechnung in Dollar (in der Regel Hauptbestandteil der Reservekategorie II) nach dem Kurs, der dem arithmetischen Mittel der Dollarkurse auf den Devisenmärkten der Länder des EWB am Monatsende entspricht.

-
- | | | |
|---|--|--|
| 1 | <u>Kategorie_I</u>
(Gold bis zum August 1975)
SZR
Reserveposition im IMF
(= sofort mobilisierbare
Ansprüche an den Fonds) | <u>Kategorie_II</u>
alle Fremdwährungs-
bestände |
| 2 | vgl. Presseverlautbarung Nr. 74/34 des Internationalen Währungsfonds vom 1. Juli 1974 | |

Das assoziierte Norwegen (und Schweden bis zu seinem Ausscheiden am 28. August 1977), das nicht dem EFwZ angehört, rechnet Salden bilateral in Dollar ab und hat keinen Anspruch auf Prolongation¹.

¹ vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1976, S. 28 f.

Teil II: Ableitung und Darstellung der Zielsetzungen
des Europäischen Währungsblocks

1. Grundsätzliche Möglichkeiten der Entwicklung
von Zielsystemen

Die Aufrechterhaltung einer engen Bandbreite zwischen den europäischen Währungen mittels einer Vielzahl komplizierter Verfahrensvorschriften darf nicht als ein Ziel an sich gesehen werden¹. Die Verengung der Schwankungsbreiten hat vielmehr instrumentalen Charakter in Hinsicht auf übergeordnete Zielsetzungen.

Es gilt diese Ziele und die mit ihnen verbundenen Vorstellungen herauszuarbeiten, um anschließend den Beitrag des Währungsverbundes zu ihrer Realisierung beurteilen zu können.

Generell ist die Ableitung von Zielsystemen entweder über die National Goal Analysis als Verfahrensweise einer systemorientierten Gesellschaftspolitik oder über einen problemorientierten Ansatz möglich².

1.1. Die National Goal Analysis

Die National Goal Analysis³ dient der Gewinnung einer möglichst geschlossenen und in sich widerspruchsfreien

-
- 1 vgl. Entschließung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 22. März 1971, a.a.O., S. 45
 - 2 vgl. Dietrich Storbeck, Zielkonflikt-Systeme als Ansatz zur rationalen Gesellschaftspolitik, in: Zur Theorie der allgemeinen und regionalen Planung, Gütersloh 1969, S. 67 ff.
 - 3 vgl. dazu E. Tuchtfeld, Zielprobleme in der modernen Wirtschaftspolitik, in: Walter Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze, Nr. 34, Tübingen 1971, S. 17 ff. G. Colm, National Goal Analysis and Marginal Utility Economies, in: "Finanzarchiv", Band 24 (1965), S. 209 ff.; Carl Böhrer, Entscheidungshilfen für die Regierung, Opladen 1970, S. 83 ff.

Zielhierarchie. Sie versucht, auf deduktivem Wege ein Zielsystem aufzubauen, das aus der logischen Ableitung allgemein akzeptierter Ziele, deren Gewichtung und Entwicklung konkreter Zielsetzungen aus übergeordneten kulturspezifischen Wertvorstellungen der Entscheidungsträger entsteht¹. Die Feststellung, Operationalisierung² und Gewichtung der vom Entscheidungsträger gesetzten Ziele soll eine Aussage darüber ermöglichen, ob und in welchem Maße staatliche Aktivitäten zur Erreichung der gesetzten Ziele geeignet sind.

1.2. Die problemorientierte Zielanalyse

Anders als die Nationale Zielanalyse versucht der problemorientierte Ansatz zur Rationalisierung der Gesellschaftspolitik auf induktivem Wege Zugang zu einem Zielsystem zu finden³. Auch hier soll letzten Endes eine Gesamtlösung erreicht werden, wenn auch über Findung und Realisierung projektbezogener Einzelziele, da ein geschlossenes und in sich widerspruchsfreies Zielsystem aus einem Oberziel nicht ableitbar ist. Durch die Beschränkung auf Einzelprobleme erweist sich dieser Lösungsweg als besonders anpassungsfähig⁴. Er birgt allerdings auch die

1 vgl. Charles J. Hitch, On the Choice of Objectives-System Studies, The RAND Corporation, P-1955, Santa Monica 1960

2 Zu den Problemen der Operationalisierung von Zielen vgl. Dieter Porada, Der Beitrag der Wissenschaft zur Bestimmung gesellschaftspolitischer Ziele unter besonderer Berücksichtigung der Regionalpolitik, Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Hrsg. W. Ernst und R. Thoss, Band 20, Münster 1976, S. 27 ff. sowie Dietrich Storbeck, zur Operationalisierung der Raumordnungsziele, in: "Kyklos", Vol. 23 (1970), S. 98-116

3 vgl. Dietrich Storbeck, Zielkonflikt-Systeme ..., a.a.O., S. 70 ff.

4 vgl. Ebenda, S. 70

Gefahr unkoordinierten staatlichen Handelns in sich, weshalb der "Bezug auf ein außerhalb des Problems stehendes Ziel oder Zielbündel"¹ erforderlich ist. Die Gewinnung eines solchen kann wiederum durch die Nationale Zielanalyse erleichtert werden.

2. Ableitung einer Zielhierarchie für den EWB mittels der National Goal Analysis

Die National Goal Analysis bietet sich als Methode für die Aufstellung einer Hierarchie der Blockziele an. Ihre Techniken der Zielfeststellung und -gewichtung sind auf Einzelprobleme übertragbar. Das ist deshalb von Bedeutung, weil es nicht möglich ist, ein bis auf die untersten Ebenen geschlossenes und in sich widerspruchsfreies Zielsystem zu konstruieren. Da in der Praxis konkrete Zielsetzungen kaum einem bewußt und stufenweise durchgeführten Zielableitungsprozeß entstammen², ist es ausreichend, durch Feststellung, Präzisierung und Katalogisierung der von den Politikern ungeordnet vorgegebenen Ziele die Basis für eine Analyse der Zielbeziehungen zu schaffen. Eine solche ist erforderlich, "weil die Ziele die politischen Entscheidungen wesentlich orientieren, indem sie die Bewertung der alternativen Maßnahmen ermöglichen."³

1 Dietrich Storbeck, Zielkonflikt-Systeme, a.a.O., S. 71

2 vgl. Carl Böhret, a.a.O., S. 90

3 Dietrich Storbeck, Zielkonflikt-Systeme, a.a.O., S. 74

2.1. Die Content-Analysis als Instrument der Nationalen Zielanalyse

Techniken der Zielfeststellung und -ordnung sind neben der Inhaltsanalyse¹ Anhörverfahren und Umfragen sowie Expertenbefragungen in Form des Drehbuch-Schreibens², der Konferenz-³ und Delphi-Methoden⁴. Die Inhaltsanalyse ist das im Rahmen dieser Arbeit praktikabelste Verfahren der Zielfindung und Zielordnung, da die anderen Techniken einen ungleich höheren Aufwand an Informationskosten und -zeit erfordern.

Die Inhaltsanalyse ist zu verstehen als "...systematische Tabellierung der Häufigkeit, mit der bestimmte, vorher festgelegte Symbole oder andere Variable in einer bestimmten Datengrundlage für eine bestimmte Zeit auftreten...."⁵. Die Formen der Exper-

- 1 vgl. B. Rürup, Die Programmfunktion des Bundeshaushaltsplanes. Die deutsche Haushaltsreform im Lichte der amerikanischen Erfahrungen mit dem Planning-Programming-Budgeting System, Berlin 1971, S. 70; Albrecht Nagel, Das nationale Zielsystem der Bundesrepublik Deutschland 1957-1969, in: "analysen und prognosen über die welt von morgen", Heft 6 (1969), S. 18-27; Carl Böhret, a.a.O., S. 91 ff.
- 2 vgl. Carl Böhret, a.a.O., S. 69 f.; Seyom Brown, Scenarios in Systems Analysis, in: Systems Analysis and Policy Planning, Applications in Defense, Ed. E. S. Quade and W. I. Boucher, New York 1968, S. 298 ff.
- 3 vgl. Carl Böhret, a.a.O., S. 60 f.; A.R.F. Maier, Problem Solving, Discussions and Conferences-Leadership Methods and Skills, New York 1963; C.W. Taylor, Creativity, Progress and Potential, New York 1964
- 4 vgl. Bernice Brown, and Olaf Helmer, Improving the Reliability of Estimates obtained from a Consensus of Experts, (=The RAND Corporation, P-2986), Santa Monica 1964; T.J. Gordon and Olaf Helmer, Report on a Long-Range Forecasting Study (= The RAND Corporation, P-2982), Santa Monica 1964; Olaf Helmer, Systematic Use of Expert Opinion, (= The RAND Corporation, P-3721), Santa Monica 1967; Carl Böhret, a.a.O., S. 70 ff.
- 5 Richard L. Merrit, Computerforschung in der amerikanischen Politischen Wissenschaft, in: PVS/VIII/4/1967, S. 564

tenbefragung eignen sich besonders für große Zielsetzungen im Rahmen überschaubarer Entscheidungsgremien¹.

2.2. Das Untersuchungsmaterial

Der Europäische Währungsblock ist als ein Element der ersten Stufe auf dem Wege zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion gebildet worden. Bis zu seiner Gründung und späteren Modifizierung gab es eine Vielzahl von Plänen, Vorschlägen, Entschlüssen und Stellungnahmen gemeinschaftlicher und nationalstaatlicher Institutionen und Personen². In allen diesen finden sich Äußerungen unmittelbarer oder mittelbarer Entscheidungsträger³, die sowohl explizite Zielsetzungen des EWB als auch weitläufige Umschreibungen gewünschter Zustände enthalten. Die Auswahl des relevanten Materials erfolgte in Anlehnungen an F. Wagner⁴ nach Sachbezug, Gültigkeitsanspruch und Zeitbezug.

Unter dem Aspekt des Sachbezuges wurden für die Untersuchung Veröffentlichungen europäischer Gemeinschaftsinstitutionen und öffentliche Erklärungen von Regierungschefs oder Ministern zuständiger Ressorts ausgewählt, die sich mit dem EWB, seiner Ände-

1 vgl. Carl Böhret, a.a.O., S. 91

2 siehe hierzu Teil I: Die Entstehungsgeschichte des EWB

3 Unmittelbare Entscheidungsträger auf Gemeinschaftsebene ist der Rat der EG. Da die Entschlüsse in der Regel von der EG-Kommission oder zuständigen Ausschüssen entscheidungsreif vorgelegt werden, zählen solche Institutionen hier zu mittelbaren Entscheidungsträgern.

4 vgl. Frido Wagener, Ziele der Stadtentwicklung nach Plänen der Länder, Schriften zur Städtebau- und Wohnungspolitik, Band 1, Göttingen 1971

rung oder einzelnen Bestandteilen befassen. Dies waren in erster Linie Mitteilungen und Berichte der Kommission an den Rat, EntschlieÙungen, Verordnungen und Erklärungen des Rates der EG und EntschlieÙungen des Europäischen Parlaments.

Den höchsten Gültigkeitsanspruch können naturgemäß die Entscheidungen und Verordnungen des Rates in Anspruch nehmen. Formell zwar nicht bindend, materiell aber ausschlaggebend sind die Vorlagen der Kommission, die aus diesem Grunde von annähernd gleicher Bedeutung sind¹. Um neben den in Ratsentscheidungen und Kommissionsvorlagen enthaltenen manifesten auch mögliche latente Zielsetzungen zu erfassen, müssen auch öffentliche Stellungnahmen maßgeblicher Regierungsvertreter mit amtlichem Charakter ausgewertet werden. Fraglich ist, ob dazu auch Äußerungen in der Presse gehören. Wegen der Unverbindlichkeit solcher Texte, der Schwierigkeiten bei der Interpretation kurzer Notizen oder Interviews und nicht zuletzt wegen der Verschiebung der Gewichte bei der Auswahl regional begrenzter Medien wurde diese Frage hier verneint. Dennoch wurden zwei Ausnahmen gemacht (vgl. Nr. 16 und 19 der Materialliste): Die Fernsehauftritte des französischen Staatspräsidenten sowie des Wirtschafts- und Finanzministers Giscard d'Estaing, die als regierungsamtliche Verlautbarungen aufgefaßt wurden, gingen in die Auswertung ein.

Für die Auswahl der Dokumente nach dem Zeitbezug bietet sich für dieses Thema der Zeitraum von Ende 1969 bis Anfang 1974 als Untersuchungsperiode an, weil die Willensbildung in den Europäischen Gremien bereits 1969 (Den Haag) einsetzte und weil in der Zeit nach Modifizierung des Blocks rückwirkende Betrachtungen

1 Zu der unterschiedlichen Bedeutung von Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen u.ä.m. vgl. Art. 189 EWGV, a.a.O.

über Zielsetzungen und tatsächlichen Erfolg möglich waren.

Die folgende Aufstellung nennt die in die Untersuchung eingegangenen Dokumente in chronologischer Reihenfolge.

Tabelle 2 - Liste der ausgewerteten Dokumente

Lfd.Nr.	Datum	Dokument
01	1./2.12.69	Kommuniqué der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten in Den Haag
02	4.3.1970	Mitteilung der Kommission an den Rat über die Ausarbeitung eines Stufenplans für die Errichtung einer WWU
03	8.10.1970	Bericht an Rat und Kommission über die stufenweise Verwirklichung der WWU in der Gemeinschaft (=Werner-Bericht)
04	22.3.1971	Entscheidung des Rates und der Vertreter der Mitgliedstaaten über die stufenweise Verwirklichung der WWU in der Gemeinschaft
05	8.5.1971	Erklärung des deutschen Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen, Karl Schiller, auf der Sondersitzung des Rats der EG
06	19.8.1971	EntschlieÙung des Rats der EG zur monetären Situation
07	25.8.1971	Erklärung des deutschen Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen zur Entwicklung an den internationalen Devisenbörsen
08	13.9.1971	Presseverlautbarung über die 164. Tagung des Rates der EG
09	22.9.1971	EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zur wirtschafts- und währungspolitischen Lage
10	19.10.1971	Rede des Vizepräsidenten der Kommission der EG, Raymond Barre, vor dem Europäischen Parlament
11	20.10.1971	Rede von Bundeskanzler Willy Brandt in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages
12	12.1.1972	Mitteilung der Kommission an den Rat über die Gestaltung der Währungs- und Finanzbeziehungen in der Gemeinschaft
13	21.3.1972	EntschlieÙung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten betreffend die Anwendung der EntschlieÙung vom 22.3.1971 über die stufenweise Verwirklichung der WWU in der Gemeinschaft

Lfd.Nr.	Datum	Dokumentation
14	27.6.1972	Rede des britischen Premierministers, Edward Heath, vor dem Institute of European Business Administration in London
15	4.7.1972	Rede des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Raymond Barre, vor dem Europäischen Parlament
16	21.9.1972	Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten, Georges Pompidou, im französischen Fernsehen
17	19.-21.10.1972	Schlußerklärung der Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedsländer der erweiterten Gemeinschaft in Paris
18	13. 2.1973	Rede des Präsidenten der Kommission der EG, Francois-Xavier Ortoli, vor dem Europäischen Parlament
19	13. 2.1973	Fernsehinterview des französischen Wirtschafts- und Finanzministers, Valéry Giscard d'Estaing, zur währungspolitischen Situation
20	14. 2.1973	Erklärung des deutschen Bundesministers der Finanzen, Helmut Schmidt, vor dem deutschen Bundestag zur währungspolitischen Situation
21	4. 3.1973	Erklärung des Rates der EG über die Währungskrise
22	6. 3.1973	Rede des britischen Schatzkanzlers, Anthony Barber, zur Einbringung des Haushalts im Unterhaus
23	12. 3.1973	Erklärung des Rates der EG zur Überwindung der Währungskrise
24	14. 3.1973	Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der deutschen Bundesregierung über die Aufwertung der DM und andere währungspolitische Maßnahmen
25	3. 4.1973	Verordnung(EWG) Nr. 907/73 des Rates zur Errichtung eines Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit
26	28. 6.1973	Bericht der Kommission an den Rat über die Umgestaltung des kurzfristigen Währungsbeistands und die Bedingungen einer Vergemeinschaftung der Reserven
27	7.11.1973	Mitteilung der Kommission der EG an den Rat betr. den Übergang zur zweiten Stufe der WWU
28	23. 1.1974	Bericht des deutschen Bundesministers der Finanzen, Helmut Schmidt, vor dem deutschen Bundestag wegen Kabinetttberatungen über währungspolitische Probleme

2.3. Feststellung der Zielaussagen und ihrer Häufigkeit

Aus dem vorliegenden Material sind nur solche Aussagen erfaßt worden, die sich direkt auf die Bandbreiteineinigung und die spätere Dollarkurs-Freigabe im Rahmen des EWB beziehen. Soweit möglich, wurden die Formulierungen wörtlich übernommen. Gelegentlich waren aber wegen unpräziser oder nicht direkt zielgerichteter Aussagen Kürzungen oder eine "vorsichtige Auslegung des ursprünglichen Textes"¹ unumgänglich. Abgrenzungsprobleme traten auf, wenn Zielsetzungen der Wirtschafts- und Währungsunion (im Werner-Bericht: "Elemente") nicht deutlich von denen des Währungsverbundes² zu trennen waren. Derart zweifelhafte Aussagen sind nicht in die Auswahl aufgenommen worden, um die an den EWB geknüpften Ansprüche nicht aus eigener Interpretation zu überhöhen³.

Aus der nachfolgenden Tabelle sind die (ungeordneten) Zielaussagen, deren Quelle und die Häufigkeiten ihrer Nennung zu entnehmen.

Bei der Auszählung der Häufigkeiten wurden keine Texteinheiten⁴, sondern die bloße Zielnennung zahlenmäßig berücksichtigt (= inhaltsanalytische Einheit)⁵.

-
- 1 Frido Wagener, Ziele der Stadtentwicklung, a.a.O., S. 9
 - 2 Im Rahmen der Integrationsbestrebungen wird der EWB als Instrument zur Realisierung der Ziele einer WWU verstanden.
 - 3 Trotzdem bleibt die Auswahl relevanter Aussagen notwendigerweise subjektiv. Eine wechselseitige Überprüfung mehrerer Bearbeiter könnte diesen Nachteil mindern.
 - 4 Texteinheiten sind verabredete Meßwerte zur Auszählung von Texten oder Reden, wie z.B. Worte, Zeilen, cm² bedruckter Papierfläche. vgl. Albrecht Nagel, Das nationale Zielsystem., a.a.O., S. 18
 - 5 vgl. Carl Böhret, a.a.O., S. 92

Tabelle 3 - Katalog der Zielaussagen

ungeordnet mit Häufigkeiten und Gewichtung¹

Lfd.Nr.	Zielaussage	Quelle ²	Häufigkeit	Gewicht
01	Schritt zur WWU	01	I	4
		02	III	4
		03	I	4
		04	I	4
		05	I	3
		12	I	2
		13	I	5
		17	II	4
		25	II	4
		27	I	4
02	Sicherung eines optimalen Handels- und Kapitalverkehrs	02	I	3
03	Förderung der Konvergenz der Wirtschaftspolitik	02	II	4
		25	I	3
04	Europa als Stabilitätsinsel	02	I	2
05	Förderung eines eigenständigen Währungsraumes	02	II	3
		04	I	4
		13	I	4
06	Koordinierung der Kreditpolitik	02	I	2
07	Gemeinsame währungspolitische Haltung	04	I	2
		21	I	2
08	Begrenzung der von außen kommenden Liquiditätsausweitung	05	I	5
		12	I	3
09	Weitere monetäre Integration	05	I	3
10	Entwicklung zu eigenständiger monetärer Persönlichkeit	05	I	3
		26	I	2
11	Unterstützung nationaler Stabilitätsbemühungen	05	I	1
12	Aufrechterhalten der Gemeinschaftsmechanismen, insbesondere des Agrarmarktes	05	I	1
		08	I	3
		11	I	2
		12	II	3
		15	I	1
		19	I	4
13	Verbesserung des Funktionierens des Agrarmarktes	06	I	2
		09	I	4
		16	I	4

Lfd.Nr.	Zielaussage	Quelle	Häufigkeit	Gewicht
14	Beschleunigung der Verwirklichung der WWU	06 09 21	I I I	4 2 2
15	Ingangsetzen einer Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft	07	I	2
16	Stabilisierung der Kursrelationen	08 09	I I	3 3
17	Normalisierung der innergemeinschaftl. Wechselkursbeziehungen	10	I	4
18	Gestärktes Europa nach Überwindung der Währungskrise	11	I	4
19	Verbindung einer ungebührlichen Belastung der deutschen Exportwirtschaft	11	I	3
20	Weiterführung der europäischen Einigung	11	I	3
21	Gemeinschaftliche Währungshaltung	11	I	3
22	Dynamische währungspolitische Zusammenarbeit	12 18	I I	1 1
23	Profilierung der währungspolitischen Eigenständigkeit	12 26 27	I I I	3 3 2
24	Abkoppelung von der zentralen Dollar-Rolle	12	I	3
25	Verhinderung einer Beeinträchtigung der Wettbewerbsbedingungen im internationalen Handel	12	II	3
26	Konvergenz der Wirtschaftspolitik zur Verwirklichung der WWU	12	I	3
27	Verhinderung der Ansammlung von Dollarreserven	12	I	1
28	Stabilität der Wechselkurse	12 27	I I	4 3
29	Ausweitung des Handelsvolumens	14	I	5
30	Stabilität des internationalen Zahlungssystems	14	I	5
31	Entmutigung der Spekulation	15	III	4
32	Beschleunigung der währungspolitischen Einigung	15	II	1,5
33	Verhütung eines Rückfalls in währungs- und handelspolitische Anarchie	15	I	1
34	Abwehr einer Dollar-Sturzflut	15	I	3

Lfd.Nr.	Zielaussage	Quelle	Häufigkeit	Gewicht
35	Überwindung und Verhinderung von Währungskrisen	18 20 23 24	I I I I	2 1 4 3
36	Bildung einer Währungsunion	19	I	2
37	Vermeidung negativer wirtschaftl. und politischer Folgen für Europa als Folge nationalen Alleingangs	20	I	2
38	Auftrieb für die WWU	20	I	3
39	Verhinderung einer Beeinträchtigung der Gemeinschaft durch Kapitalbewegungen	21	I	5
40	Schutz vor extremem Spekulationsdruck	22	I	3
41	Verhinderung von erratischen Schwankungen	22	I	3
42	Verhinderung eines Rückschlages in der Integration	24 28	I I	4 3
43	Auslösung von Anpassungsprozessen in den Volkswirtschaften	26 27	I I	2 3
44	Sicherheit der Wechselkurse für Handels- und Finanztransaktionen	26	I	3
45	Verhinderung von Währungskrisen zur Sicherung wirtschaftlicher Verschmelzung	26	I	2
46	Engere Gestaltung wirtschaftlicher und monetärer Bindungen	27	I	2
47	Wahrung der Chancen zur Dämpfung des Preisanstiegs	28	I	4
1 vgl. Abschnitt 2.4.				
2 Die Quellennumerierung entspricht der der Materialliste				

2.4. Gewichtung der Zielaussagen und Bildung von Kategorien

Zur Aufbau einer Zielhierarchie ist neben der Feststellung auch eine Rangordnung der gegebenen Ziele erforderlich, die die Prioritäten der Entscheidungs-

träger widerspiegelt. Eine solche Rangordnung ergibt sich aus der "Gewichtung der einzelnen Ziele in Hinblick auf ihre relative Stellung zueinander."¹ Von den möglichen Verfahren zur Ermittlung einer Rangordnung² sei hier mangels einer Eigenbewertung der Zielsetzenden die subjektive Einschätzung anhand des Zusammenhangs von Zielnennung und Betonung durch die Entscheidungsträger praktiziert.³ Den ermittelten Häufigkeiten wird ein Gewichtungsfaktor zugeordnet, dessen Höhe zwischen 0 (= vollkommen unwichtig) und 5 (= in höchstem Maße wichtig) liegt (vgl. Tabelle 3).

In einem nächsten Schritt sind aus der Summe der Zielaussagen induktiv Zielkategorien zu bilden. Dazu werden gleichlautende oder inhaltlich gleichbedeutende Aussagen zusammengefaßt und sachlich zu rechtfertigenden Oberbegriffen zugeordnet. Die Kategorien erhalten eine Bewertungsziffer, die sich aus den mit dem arithmetischen Mittel der Gewichtungsfaktoren multiplizierten summierten Häufigkeiten einer jeden Kategorie ergibt (vgl. Tabelle 4).

Nach Zusammenfassung der Zielaussagen zu vier Zielkategorien ergibt sich eine sehr eindeutige Rangfolge:

<u>Rang</u>	<u>Kategorie</u>	<u>Wertziffer</u>
I	Bewahrung und Förderung der europäischen Integration	124,8
II	Stabilisierung der Wechselkurse zur Überwindung und Verhinderung von Währungskrisen	68,4
III	Sicherung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs	51,0
IV	Erleichterung der Stabilitätspolitik	21,6

1 Carl Böhret, a.a.O., S. 90

2 vgl. Ebenda, S. 91 f.

3 vgl. Ebenda, S. 92 f.

Trotz der äußeren Exaktheit muß aber betont werden, daß die Auswahl und Bewertung qualitativer Aussagen verzerrt sein kann. Andererseits lassen die erheblichen Unterschiede in den Wertziffern es doch wahrscheinlich sein, daß die Rangfolge der gesetzten Ziele den Prioritäten der Entscheidungsträger, wie sie sich aus dem Untersuchungsmaterial ergeben, entsprechen.

Diese Zielhierarchie kann nun Ausgangspunkt einer Betrachtung der Zielrelationen sein¹.

2.5. Analyse der Zielbeziehungen

Die Analyse der Zielbeziehungen dient der Feststellung vorhandener (Nicht-)Kompatibilitäten zwischen den gewichteten Zielen (Vereinbarkeitsrelationen) und der Einteilung in Haupt-, Teil- und Nebenziele (Bedeutungsrelationen)².

Zielinterdependenzen (Vereinbarkeitsrelationen) können logischer oder empirischer Natur sein. Bei ersteren handelt es sich "ausschließlich um definitiv-rische Zusammenhänge"³ (völlige oder teilweise Identitäten, Antinomien oder Unabhängigkeit der Ziele), bei empirischen Beziehungen um "Mehrfachwirkungen der in Frage kommenden Mittel,"⁴ die zu Zielharmo-

1 vgl. Carl Böhret, a.a.O., S. 90

2 vgl. Ebenda

3 Dieter Porada, a.a.O., S. 65

4 Ebenda

Tabelle 4 - Häufigkeit und Gewicht der Zielkategorien des Währungsblocks

Nr.	Zielkategorie/Zielaussagen	lfd. Nr. ¹ der Zielaussagen	Häufigkeit (H)	Gewicht (G)	Wertziffer (H · G)
1.	Bewahrung und Förderung der europäischen Integration		48	2,6	124,8
1.1.	Verwirklichung der WWU	01,14,20,38	19	3,6	
1.2.	Förderung der währungspolitischen Eigenständigkeit Europas	05,10,21,23	10	3,0	
1.3.	Förderung der wirtschaftlichen Konvergenz	03,26,43,45	7	3,0	
1.4.	Beschleunigung der währungspolitischen Integration	09,22,32	5	1,6	
1.5.	Vermeidung von wirtschaftlichen und politischen Nachteilen für Europa infolge einzelstaatlicher Maßnahmen	37,42	3	3,0	
1.6.	Errichtung einer Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft	15,36	2	2,0	
1.7.	Engere Gestaltung wirtschaftlicher und monetärer Bindungen	06,46	2	2,0	
2.	Stabilisierung der Wechselkurse zur Überwindung und Verhinderung von Währungskrisen		19	3,6	68,4
2.1.	Entmutigung der Spekulation durch gemeinsame Währungspolitik	07,31,39,40	7	3,4	
2.2.	Überwindung und Verhinderung von Währungskrisen	18,35	5	2,8	
2.3.	Normalisierung der innergemeinschaftlichen Kursbeziehungen	17,41	2	3,5	
2.4.	Stabilisierung der Wechselkursrelationen	16,28	4	3,3	
2.5.	Stabilität des internationalen Zahlungssystems	30	1	5,0	
3.	Sicherung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs		17	3,0	51,0
3.1.	Sicherung der Gemeinschaftsmechanismen, insbesondere des Agrarmarktsystems	12,13	10	2,7	
3.2.	Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel	02,25	3	3,0	
3.3.	Sicherheit der Kurse für Handel und Kapitalverkehr	44	1	3,0	
3.4.	Ausweitung des Handelsvolumens	29	1	5,0	
3.5.	Erleichterung für die (deutsche) Exportwirtschaft	19	1	3,0	
3.6.	Verhinderung eines Rückfalls in währungs- und handelspolitische Anarchie	33	1	1,0	
4.	Erleichterung der Stabilitätspolitik		8	2,7	21,6
4.1.	Begrenzung der von außen kommenden Liquiditätsausweitung	08,34	3	3,7	
4.2.	Unterstützung nationaler Stabilitätsbemühungen	04,11,47	3	2,3	
4.3.	Abkoppelung von der zentralen Dollar-Rolle	24,27	2	2,0	
1 Laufende Numerierung der Zielaussagen wie in Tabelle 3					

nien, -konflikten oder Neutralität führen. Logische Beziehungen gelten allgemein und sind deshalb recht leicht zu erkennen, während empirische Beziehungen situationsbezogen, d.h. von den einzusetzenden Instrumenten und der konkreten Ausgangslage abhängig sind¹.

Zwischen den genannten Kategorien und den ihnen zugeordneten Zielaussagen gibt es eine Vielzahl logischer und empirischer Beziehungen.

So besteht zwischen den folgenden Zielen eine völlige oder teilweise Identität: 'Errichtung einer Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft' (1.6.) und 'Verwirklichung der WWU' (1.1.), 'Förderung der währungspolitischen Eigenständigkeit Europas' (1.2.) und 'Beschleunigung der währungspolitischen Integration' (1.4.) sowie 'Engere Gestaltung wirtschaftlicher und monetärer Bindungen' (1.7.). Ebenso deutlich ist die völlige Identität der beiden Ziele 'Stabilisierung der Wechselkursrelationen' (2.4.) und 'Stabilität des internationalen Zahlungssystems' (2.5.). Zielantinomien ergeben sich aus vorliegenden Zielaussagen nicht.

Schwerer fällt das Erkennen empirischer Zielbeziehungen, nicht zuletzt wegen der vagen und nicht operationalen Formulierung der Zielsetzungen. Doch dürften zwischen der Mehrzahl der Ziele Harmonien bestehen. So sind die Zielaussagen zur Stabilisierung der Wechselkurse kompatibel mit den Zielen der Integrationsförderung und beide mit den Zielen, die sich auf die Sicherung des Handels- und Kapitalver-

1 vgl. Dieter Porada, a.a.O., S. 65 f. und Dieter Storbeck, Zielkonflikt-Systeme, a.a.O., S. 74

kehrs beziehen.

Es bestehen allerdings auch Zielkonflikte. So wird die völlige oder teilweise Realisierung des Zieles 'Begrenzung der von außen kommenden Liquiditätsausweitung' (4.1.) den Realisierungsgrad des Zieles 'Sicherung der Gemeinschaftsmechanismen' (3.1.) mindern. Gleiches gilt für die Ziele 'Abkoppelung von der zentralen Dollar-Rolle' (4.3.) und 'Erleichterung für die deutsche Exportwirtschaft' (3.5.).

Nicht ohne weiteres deutlich wird die Art der Beziehung zwischen den Zielen 'Beschleunigung der währungspolitischen Integration' (1.4.) und 'Förderung der wirtschaftlichen Konvergenz' (1.3.) auf der einen und dem Ziel der 'Unterstützung nationaler Stabilitätsbemühungen' (4.2.) auf der anderen Seite. Die weitere Integration und zunehmende Konvergenz kann sowohl zu einer stärkeren Inflationsierung infolge der engeren internationalen Bindungen als auch zu einer Gemeinschaft stabilitätsorientierter Staaten führen.

Das Zielsystem des Europäischen Währungsblocks wird von der 'Bewahrung und Förderung der Integration' als bei weitem bedeutendster Zielsetzung dominiert. Die in ihrer Wichtigkeit unterschiedlichen Zielsetzungen einer Wechselkursstabilisierung, einer Sicherung des Handels- und Kapitalverkehrs sowie der Erleichterung der Stabilitätspolitik sind als Teilziele anzusehen. Das System ist in sich nicht völlig widerspruchsfrei. Insbesondere das Stabilitätsziel, das Flexibilität zur außenwirtschaftlichen Absicherung verlangt, kann den Handel und damit die Sicherheit von Arbeitsplätzen beeinträchtigen. Die Mindererfüllung einiger rivalisierender Ziele auf unterer Ebene bleibt solange akzeptabel, wie dadurch die Erreichung übergeordneter Zielsetzungen nicht gefährdet wird. Welche Wirkungen vom EWB erwartet werden und welche tatsächlich eingetreten sind, bleibt im folgenden darzustellen.

3. Darstellung des erhofften Beitrags des
Europäischen Währungsblocks zur Verwirk-
lichung der Zielsetzungen

Mittels der Inhaltsanalyse ist aus dem relevanten Material ein Zielsystem des EWB abgeleitet worden. Anhand dieses Systems soll nun die unterstellte und tatsächliche Eignung des Blocks als Instrument zur Realisierung der gesetzten Ziele dargestellt und überprüft werden. Der mögliche Beitrag des EWB ergibt sich aus den Annahmen über die Wirkungsweise eines Festkurssystems mit nach außen floatenden Kursen, wie sie für Konstruktion und Modifizierung des Systems ausschlaggebend gewesen sein dürften. Die im Teil III der Arbeit folgende Überprüfung der Zielerreichungsgrade soll dann eine Aussage darüber ermöglichen, inwieweit der Block in der Lage war, den an ihn gestellten Ansprüchen gerecht zu werden. Die Reihenfolge der Betrachtung entspricht der Rangfolge der Teilziele. Das Hauptziel des EWB, die Integration, wird aber jeweils am Ende des Teils II und III behandelt, weil die Beurteilung der Integrationsfortschritte die Erreichungsgrade der Teilziele als bekannt voraussetzt.

3.1. Stabilisierung der Wechselkurse zur Überwin-
dung und Verhinderung von Währungskrisen

Die Stabilisierung der Wechselkurse ist mit einer Wertziffer von 68,4¹ zweitwichtigstes Ziel des EWB.

Man hoffte, durch gemeinsame Währungspolitik die

1 vgl. Tabelle 4

Spekulation zu entmutigen¹, um so kurzfristig die internationale Währungskrise überwinden² und längerfristig zu einer Normalisierung und Stabilisierung der Austauschverhältnisse³ gelangen zu können. Die Hoffnungen, der EWB sei "Kern der Währungsstabilität"⁴, "Hort der währungs- und finanzpolitischen Stabilität"⁵ oder "letzte Insel der Wechselkursstabilität"⁶ beruhen im wesentlichen auf folgenden Überlegungen: Die institutionell verengten Schwankungsbreiten können gesichert werden, wenn man die Ursachen unerwünschter Kursausschläge beseitigt. Diese Ursachen sind kurzfristige, destabilisierende Kapitalbewegungen und divergierende volkswirtschaftliche Entwicklungen, insbesondere unterschied-

-
- 1 vgl. Rede des britischen Schatzkanzlers, Anthony Barber, zur Einbringung des Haushalts im Unterhaus am 6. März 1973 (Auszug), in: "Europa-Archiv", 28. Jg. (1973), S. 173; Rede des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Raymond Barre, vor dem Europäischen Parlament am 4. Juli 1972, in: "Europa-Archiv", 27. Jg. (1972), S. 463 f.
 - 2 vgl. Rede des Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Francois Xavier Ortoli, vor dem Europäischen Parlament am 13. Februar 1973, in: "Europa-Archiv", 28. Jg. (1973), S. 131; Erklärung des Rates zur Währungskrise vom 12. März 1973, a.a.O., S. 89; Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der deutschen Bundesregierung vom 14. März 1973, a.a.O.
 - 3 vgl. Rede des Vizepräsidenten der Kommission der EG, Raymond Barre, vor dem Europäischen Parlament am 19. Oktober 1971 (Auszug), in: "Europa-Archiv", 27. Jg. (1972), S. 16; Presseverlautbarung über die 164. Tagung des Rates der Europäischen Gemeinschaften am 13. September 1971, in: "Europa-Archiv", 27. Jg. (1972), S. 4
 - 4 Leo Tindemanns, Differenziertes Fortschreiten zur Währungsunion, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 3 vom 13. Januar 1976, S. 11
 - 5 Hans Apel, Euro-Schlange bleibt 'Hort der Stabilität', in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 55 vom 2. September 1977, S. 1
 - 6 Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1973, S. 53

liche Preissteigerungsraten. Man glaubt, die Abschreckung der Spekulation durch die Vereinbarungen des Interventions- und Finanzierungssystems und die Konvergenz der Volkswirtschaften durch den dem Festkurssystem inhärenten Harmonisierungszwang erreichen zu können.

3.1.1. Die Abwehr kurzfristiger destabilisierenden Kapitalbewegungen

Das im April 1972 in Kraft gesetzte Abkommen zwischen den Zentralbanken der Blockstaaten sieht gleichzeitige und unbegrenzte Interventionen in Teilnehmergewährungen und seit Juli 1973 in Dollars vor, um eine maximale Schwankungsbreite von $\pm 2,25\%$ um die jeweilige Parität zu gewährleisten¹. Ein umfangreiches Kredit- und Beistandssystem soll die 'Unbegrenztheit' der Intervention sichern.

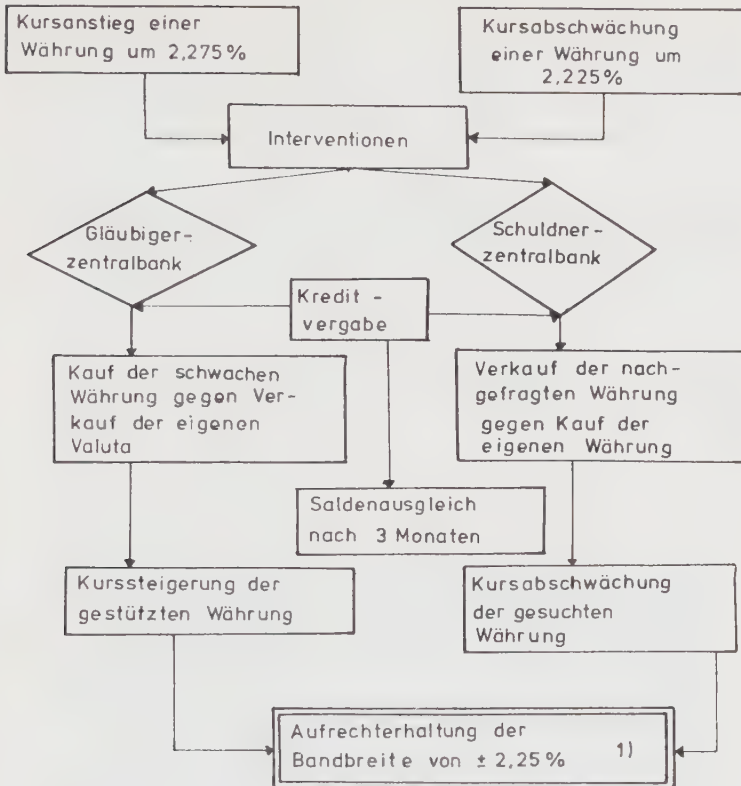
Eine Abwertungstendenz der eigenen Währung zwingt die jeweilige Notenbank zum Verkauf von Fremdwährungen, eine Aufwertungstendenz umgekehrt zur Aufnahme von Valuten gegen Hergabe eigener Währung. Für das währungsschwache Land kann sich längerfristig eine Beeinträchtigung der internationalen Liquidität, für das währungsstarke Land eine Gefährdung der erreichten Stabilität durch (zweiseitige) Geldschöpfung ergeben. Die Funktionsfähigkeit des Festkurssystems wird deshalb auch davon abhängen, ob es gelingt, neben der Schaffung gleicher ökonomischer Grundvoraussetzungen auch kurzfristige Kapitalbewegungen zu verhindern, die einen Paritätsänderungsbedarf bewirken² oder verstärken können.

Spekulative Aktivitäten zielen, durch Gewinnstreben

1 vgl. dazu Kapitel 2.2.1. Das Interventionssystem

2 Hier wird wieder von einer destabilisierenden Wirkung der Spekulation ausgegangen, wie sie von vielen Politikern unterstellt worden ist.

Schaubild 2 - Auswirkungen der Interventionen im EWB auf die Wechselkursentwicklung



1) 2,25% bezeichnet einen Näherungswert; obige Werte entsprechen den exakten Abständen der Interventionspunkte von der Parität

motiviert¹, auf die Ausnutzung erwarteter zeitlicher Preisunterschiede für ein Gut auf einem bestimmten Markt². Die Devisenspekulation will dementsprechend durch Transaktionen an den internationalen Geldmärkten Devisenkursänderungsgewinne erzielen. Von den verschiedenen Möglichkeiten der Spekulation³ interessiert in diesem Rahmen allein die Devisenkassamarktspekulation. Hierbei handelt es sich je nach Konstellation zwischen heutigem und erwartetem künftigen Kassakurs um den Kauf oder Verkauf von Devisen heute und Verkauf oder Kauf auf dem Kassamarkt zu einem späteren Zeitpunkt⁴.

Von großer Bedeutung für das Verhalten der Spekulanten, das auf unseren Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Kursentwicklung beruht, ist das herrschende Wechselkurssystem. In einem System flexibler Kurse vollziehen sich, abgesehen von möglichen 'erra-

-
- 1 vgl. zur Motivation internationaler Kapitalbewegungen James Edward Meade, The Theory of International Economic Policy, Vol. I, The Balance of Payments, London, New York, Toronto 1955, S. 9 ff.; Franz Heidhues, Zur Theorie der internationalen Kapitalbewegungen, Tübingen 1969, S. 6 ff.
 - 2 vgl. Helmut Hochgesand, Theorie der Devisenspekulation, Berlin 1974, S. 85
 - 3 vgl. Helmut Lipfert, Der Geldmarkt mit Euro-Geldmarkt, Frankfurt 1975, S. 101 ff.; J.E. Meade, Die Zukunft des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs, in: "Konjunkturpolitik", 7. Jg. (1961), S. 366 ff.; Erich Erlenbach, Woher Verluste bei Devisentermingeschäften stammen können, in: "FAZ", Nr. 150 vom 3. Juli 1974, S. 16; Dieter Pentzek, Der freie Wechselkurs, Berlin o.J., (1963)
 - 4 vgl. H. Hochgesand, a.a.O., S. 88 Im Unterschied dazu wird bei der Terminmarkt-Spekulation zu einem bekannten Terminkurs heute ein Terminkontrakt abgeschlossen, der zur Abnahme oder Lieferung von Devisen zu einem späteren Zeitpunkt verpflichtet. Die am Fälligkeitstag gelieferten oder zu liefernden Devisen werden zu jenem Zeitpunkt am Kassamarkt ver- bzw. gekauft. Mittel zur Abwicklung eines Termingeschäfts sind deshalb nur im Falle und in Höhe eines Verlusts nötig.

tischen' Schwankungen, Änderungen des Kurses kontinuierlich in kleinen Raten entsprechend den Angebots- und Nachfrageverhältnissen auf dem Devisenmarkt, da Notenbanken nicht intervenieren. Die Höhe der Gewinnchance und des Verlustrisikos ist nicht von vorneherein kalkulierbar, da keine Begrenzung der Schwankungsbreite durch festgelegte Interventionspunkte gegeben ist.

Im System fester Kurse intervenieren die Notenbanken bei vorher festgelegten Notierungen, die maximal möglichen Verluste pro eingesetzter Geldeinheit sind bekannt, wenn von einer Paritätsänderung abgesehen wird. Anhand des Umfangs und der Richtung der Währungsreservenänderung können auch bei konstantem Kurs (am oberen oder unteren Interventionspunkt) Entwicklungen prognostiziert werden. Wie die Vergangenheit zeigt, werden Paritätsänderungen nicht bei ersten Anzeichen eines Ungleichgewichts von Angebot und Nachfrage vorgenommen, sondern erst als letzte Konsequenz unvermeidlicher Devisenzu- oder abflüsse. Dieses Hinauszögern läßt nicht nur die Richtung der Änderung deutlich, sondern auch den Anpassungsbedarf höher, d.h. die Auf- oder Abwertung und damit die Gewinnchance größer werden. Aus diesem Grunde spricht man von einer nahezu risikolosen 'Einbahnspekulation' in einem Festkurssystem sowie vom Gesetz der sich selbst erfüllenden Erwartungen:¹

"There may be some doubt about whether the government will make a rate adjustment and to what extent, but there is practically no doubt about the direction to any change."²

1 vgl. Dieter Pentzek, a.a.O., S. 30 f.

2 Lealand B. Yeager, International Monetary Problems, Theory, History and Policy, 2nd Print, New York 1968, S. 206

Je sicherer die Erwartungen hinsichtlich einer Paritätsänderung werden, desto größer wird der Umfang der Kapitalzuflüsse (erwartete Aufwertung) bzw. -abflüsse (erwartete Abwertung) werden. Der gestiegene Umfang der Kapitalströme seinerseits führt dann die erwartete Kursänderung herbei (= Gesetz der sich selbst erfüllenden Erwartungen). In einem Festkurssystem besteht für den Fall einer vergeblichen Auf- oder Abwertungs-spekulation ein Verlustrisiko in Höhe der entstandenen Umtauschkosten, eines eventuellen Zinsverlustes sowie der Differenz zwischen 'Einstiegs- und Ausstiegs-kurs'.¹ Eine solche Begrenzung des Risikos besteht hingegen bei flexiblen Kursen kurzfristig nicht.²

Je enger die Bandbreiten, desto geringer ist die Anpassungsmöglichkeit an außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, der Bedarf an Paritätsänderungen kann steigen und spekulative Kapitalbewegungen auslösen³.

Eine für ein System fester Kurse typische Einbahnspekulation ist allerdings auch bei flexiblen Kursen möglich, und zwar dann, wenn die aufwendungs(abwertungs-)verdächtige Währung über längere Zeit steigt (fällt). Hier werden aber die spekulativen Bewegungen kleiner und zeitlich sehr begrenzt sein, da im Gegensatz zum Festkurssystem, in dem eine den Kurs garantierende Notenbank 'Partner' der Spekulanten ist, Spekulanten gegen andere Spekulanten agieren. Nach einer gewissen Kurssteigerung(-senkung) werden einige vorsichtigere Aufwertungs(Abwertungs-)spekulanten aussteigen, um Gewinne zu realisieren, da absehbar ist, daß auch ein freier Kurs nicht unbegrenzt steigen oder fallen wird. Diese Gegenspekulation erhöht die Ver-lustgefahr für die übrigen Spekulanten. Gewinnchancen

1 vgl. Helmut Hochgesand, a.a.O., S. 99; Wolfgang Stützel, Währung in weltoffener Wirtschaft, Frankfurt 1973, S. 135 ff.

2 So stieg beispielsweise der Dollarkurs nach einer wochenlangen Schwächeperiode vom 4. auf den 5. Januar 1978 um 4,37 % von DM 2,06 auf DM 2,15

3 vgl. Werner Steuer, Einengung der Bandbreiten - ein gefährliches Experiment, in: "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen" (ZfgK), 24.Jg. (1971), S. 304

und Risiken sind gleichmäßiger verteilt als bei garantierten Kursen, spekulative 'Wellen' werden deshalb geringer sein¹.

Trotz der in der Literatur kontrovers geführten Diskussion² gehen die Befürworter des EWB davon aus, daß eine stabilisierende Gegenspekulation erst bei Kursdifferenzen einsetzt, die größer als die vereinbarten Bandbreiten sind³. Diese Annahme, die sich auf die Erfahrungen der Währungspolitiker in Zeiten großer Unruhe an den Devisenmärkten mit der Entwicklung des Dollarkurses stützen dürften, führt zu dem Wunsch nach Abschreckung der Spekulation⁴. Nur wenn diese tatsächlich destabilisierend wirkt, ist sie mit dem gleichzeitigen Streben nach einer von kurzfristigen Verzerrungen freien, ausgewogenen Kursentwicklung unvereinbar.

-
- 1 vgl. Karl Otto Pöhl, Aktuelle Fragen der Währungspolitik, Vortrag am 11. Mai 1976 vor der Mitgliederversammlung des Hessischen Bankenverbandes in Frankfurt, abgedruckt in: BMF, Finanznachrichten, Nr. 30 vom 14. Mai 1976, S. 6 ff. sowie D. Pentzek, a.a.O., S. 30 ff.
 - 2 vgl. Fritz Machlup, Der Außenwert des Dollars, Kieler Vorträge, N.F. Band 79, Hrsg. H. Giersch, Tübingen 1974, S. 19 ff.; Derselbe, Capital Movements and Trade Balance, in: International Monetary Economics, London o.J., S. 447-464; Claus Köhler, Start zur Europäischen Währungsunion, Geldstromanalyse für das 2. Vierteljahr 1972, in: WSI-Mitteilungen, 25. Jg. (1972), S. 280 f.; Gunter Steinmann, Theorie der Spekulation, Kieler Studien, N.F. Band 106, Hrsg. H. Giersch, Tübingen 1970; Dieter Pentzek, a.a.O., S. 43; Helmut Hochgesand, a.a.O., S. 103; R. Nurkse, International Currency Experience. Lessons of the Inter war Period (Serries of League of Nations Publications, II. Economic and Financial, 1944, II. A. 4.) Geneva 1944, S. 117 ff.
 - 3 vgl. Hans Eckart Scharrer, Erfahrungen mit dem Floating, in: Wirtschaftsdienst, 55. Jg. (1975), S. 246
 - 4 vgl. Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses über die derzeitige Wirtschaftslage in der Gemeinschaft und die angezeigte Konjunkturpolitik, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. C 197 vom 23. August 1976, S. 43

3.1.1.1. Blockfloating zur Abwehr spekulativer Kapitalbewegungen zwischen Block- und Drittstaaten

Um die Internationale Währungskrise, hervorgerufen durch die auf vielerlei Ursachen beruhende Schwäche des Dollars und die daraus resultierenden Kapitalströme in 'harte' Währungen, zu überwinden, entschlossen sich die Staaten des Europäischen Währungsverbundes im Frühjahr 1973 zur Freigabe des Dollarkurses. Dieser Schritt entsprach der Überzeugung, daß das Floaten ein gutes Mittel zur Abwehr der Spekulation sei¹, daß "ein Mehr an internationaler Ordnung und Stabilität ... nur im Rahmen eines flexiblen Systems gewonnen werden ... könne "². Den entscheidenden Abschreckungseffekt sah man in dem bereits geschilderten höheren Verlustrisiko, das Spekulanten bei flexiblen Wechselkursen eingehen müssen.

Das größere Risiko ist der große Vorzug des Systems frei schwankender Wechselkurse gegenüber einem Festkurssystem, das grundsätzlich spekulationsfördernd wirkt.

Diese Tatbestände rechtfertigen die Überzeugung, daß durch die Freigabe der Blockwährungen gegenüber der Außenwelt die Spekulation erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird.

3.1.1.2. Die Abschreckung der Intra-Block-Spekulation

Wenn aber feste Kurse spekulationsfördernd wirken,

-
- 1 vgl. Jean-Piere Fourcade, Schlange wird überleben, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 20 vom 23. März 1976, S. 5
 - 2 Karl Klasen, Probleme der Währungspolitik an der Jahreswende 1975/76, Die neue Geldpolitik der Bundesbank ist als ein Experiment zu verstehen, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 1 vom 5. Januar 1976, S. 5

mehr Flexibilität der Kurse spekulative Kapitalbewegungen mithin erschweren, dann erscheint es widersinnig,¹ innerhalb des EWB feste Kurse einzuführen und weiterhin das Ziel einer Abschreckung der Spekulation zu verfolgen. Daß man dennoch glaubte, die Spekulation trotz der festen Kurse mindern oder ganz verhindern zu können, hatte eine Reihe anderer Gründe².

Zum einen war das Problem der Intra-Block-Spekulation wegen des sehr viel kleineren spekulativen Potentials in den Partnerschaften quantitativ weniger schwerwiegend: "Anders als in dem 1973 aufgegebenen weltweiten Festkurssystem hat die Spekulation in dem sehr viel kleineren Festkurssystem des Europäischen Währungsverbundes offenbar einen kürzeren Atem..."³. Diesem geringeren Potential steht durch den Block-Vereinbarungen auf der anderen Seite ein sehr viel größeres Interventionspotential gegenüber.

Die gemeinsamen Interventionen lassen Paritätsänderungen unwahrscheinlicher sein oder schieben solche wenigstens auf. Das kann zwei Wirkungen haben: Die größere Interventionsmasse, über die die Politiker verfügen, verleiht ihren Absichtserklärungen größeres Gewicht, die Paritätsänderungsspekulation kann zumindest gemildert werden. Das aber ermöglicht in den Fällen einen Verzicht auf Änderung der Parität, in denen eine solche wegen spekulativer Kapitalbewegungen und nicht aufgrund wirtschaftlich divergierender Entwicklungen hätte vorgenommen werden müssen.

Selbst wenn auf Dauer eine Änderung der Parität unumgänglich sein sollte, kann deren Zeitpunkt durch Einsatz der Währungsreserven hinausgeschoben werden.

1 vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1972, S. 35

2 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, September 1976, S. 29

3 vgl. ebenda

Bei gleichartiger Anlage aber wirkt die längere Bindungsdauer des eingesetzten Kapitals renditemindernd, bei relativ geringen Gewinnerwartungen mithin spekulationsabschreckend.

Ein weiterer Vorteil ergibt sich aus den ständigen Kontakten der Währungspolitiker und Notenbank-Praktiker bei den (täglichen) Telefonkonferenzen und Routine-Treffen. Die Vergangenheit hatte gezeigt, daß die öffentliche Behandlung währungspolitischer Probleme das bewirkt hatte, was vermieden werden sollte, nämlich spekulative Kapitalbewegungen auf Grund von Paritätsänderungserwartungen. Nunmehr war die Möglichkeit gegeben, notwendig gewordene Anpassungen schnell und von Spekulanten 'unbemerkt' vorzunehmen. So geschehen im April und August 1977: "Es gelang damit Wechselkursadjustierungen vorzunehmen, ohne daß es vorher zu einem akuten Marktdruck gekommen wäre."¹ "Daß die Finanzminister des europäischen Wechselkursverbundes ... [Wechselkursänderungen] so lautlos und undramatisch ... [vornehmen] können, ist der Erfolg eines langwierigen und leidvollen Lernprozesses. Daß es heute besser,² schneller und undramatischer geht, ist auch der gewachsenen Zusammenarbeit der Notenbanken zu verdanken."²

Zusammenfassend ist festzuhalten: Der Optimismus der Verbundregierungen, die eine ausgewogene Wechselkursentwicklung verhindernde Spekulation abschrecken zu können, beruht auf der Freigabe des Dollarkurses und der Wirkung der vereinbarten Blockmechanismen. Erstere erhöht das Risiko der Spekulanten und wirkt deshalb erschwerend oder abschreckend.

Die Spekulation innerhalb des Blocks hingegen, quantitativ ohnehin weniger bedeutend, wird durch

1 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1977, S. 14

2 Bert Hagelstein, Kurz und schmerzlos, "Handelsblatt", Nr. 66 vom 4. April 1977, S. 3

die höhere Interventionsmasse und geringere 'Reaktionszeit' auf erforderliche Anpassungsmaßnahmen gemindert oder verhindert.

Überdies besteht eine Abwehrmöglichkeit in der Eindämmung der Finanzierungsquellen spekulativer Engagements. Seitens der Geschäfts- und Zentralbanken, der Regierungen und internationaler Behörden gehörte dazu der Verzicht auf die übermäßige Ausdehnung der Euromärkte, deren Funktion im Rahmen der internationalen Finanzierungsgeschäfte allerdings umstritten ist¹. Einer Einschränkung privater Geschäftstätigkeit² durch staatliche Gesetzgebung oder auf dem Verordnungswege müßte ein freiwilliger Verzicht auf Plazierung von Notenbankreserven dort und auf Reservediversifizierung nach Liquiditäts- und Rentabilitätsüberlegungen zum Zwecke der Gewinnmaximierung vorangehen³. Eine Lösung dieses weltweiten Problems kann der EWB naturgemäß nicht leisten, er kann höchstens zu einer internationalen Zusammenarbeit der Notenbanken beitragen³.

1 vgl. zu dieser Diskussion Manfred Willms, Das Angebot an Euro-Währungen, in: Kompendium der Währungstheorie, Hrsg. Erich Maria Claassen, 1. Aufl., München 1977, S. 42-74; Jürg Niehans, Geldbeschaffung und Kreditvermittlung im Eurodollarmarkt, in: Verstehen und Gestalten der Wirtschaft, Festgabe der F.A.Lutz, Tübingen, 1971, S. 279-294; Friedrich A. Lutz, Eurowährungsmärkte, in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Band 130, (1974), S.193-224; Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1975, S. 62 f.; Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1972, S. 37; 18. Jahresbericht über die Tätigkeit des Währungsausschusses (1976), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 195 vom 15. August 1977, Anlage II, S. 11 ff.

2 Als Teilnehmer am Euromarkt fungieren 700 bis 800 Geschäftsbanken, bis zu 25 Zentralbanken und seit 1974 auch Großunternehmen. vgl. Manfred Borchert, Außenwirtschaftslehre, Opladen 1977, S. 201

3 vgl. Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1972, S. 33; Klaus Bloeck und Dieter Gehrman, Probleme einer zunehmenden Diversifizierung der Währungsreserven, in: Zur Neuordnung des internationalen Währungssystems, Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 20, S. 107, Berlin 1973

3.1.2. Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung durch den Harmonisierungszwang fester Wechselkurse

Das Ziel der Wechselkurs-Stabilisierung verlangt neben der Abschreckung der Spekulation die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik, um die zweite, tiefere Ursache unerwünschter Wechselkursschwankungen ausschalten zu können: eine divergierende Entwicklung der Volkswirtschaften¹.

Es gibt eine Vielzahl von Erklärungsansätzen, in denen versucht wird, die Bestimmungsgründe für Ausmaß und Richtung von Wechselkursschwankungen zu benennen². Gemeinsam ist allen Theorien lediglich, daß die Entwicklung der Wechselkurse maßgeblich von der relativen wirtschaftlichen Situation des jeweiligen Landes beeinflußt wird. Unterschiedliche Preis- und Kostenentwicklungen, die unterschiedlichen Veränderungen der Teilbilanzen der Zahlungsbilanz, zinsinduzierte Kapitalbewegungen bestimmen Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt³ und damit den Wechselkurs.

Wenn es innerhalb eines Währungsverbundes mit festen Wechselkursen zu stark divergierenden Entwicklungen wechselkursbestimmender volkswirtschaftlicher Größen kommt, sind Veränderungen der Wechselkurse die zwangsläufige Folge. Da unbegrenzte Interventionen nicht finanzierbar sind und unter strukturellen Aspek-

1 vgl. Pressemitteilung des Rates der EG, Basel, vom 8. November 1976, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 72 vom 12. November 1976, S. 4; Peter Bernholz, Währungskrise und Währungsordnung, Hamburg 1974, S. 68 ff.

2 Fritz Machlup, Die Theorie des Devisenmarktes, in: Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Hrsg. Klaus Rose, Köln und Berlin 1965, S. 170 - 213; Derselbe, Der Außenwert des Dollars, a.a.O.; Hans Mayrzedt, Der Zusammenhang zwischen Zahlungsbilanz und Wechselkurs am Beispiel der BRD, in: "Außenwirtschaft", 31. Jg., (1976), S. 341-356

3 Natürlich gibt es eine Vielzahl weiterer, auch psychologischer, Faktoren.

en auch nicht erwünscht sein können, bleibt die Kursfreigabe einzige Alternative zu wirtschaftspolitischen Harmonisierungsbemühungen. Das Floaten des Kurses widerspräche aber dem gesetzten Ziel der Wechselkursstabilisierung.

Soll aber an festen Wechselkursen festgehalten und fortgesetzte Notenbankinterventionen vermieden werden, dann müssen Maßnahmen zur Verwirklichung einer Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung in den Staaten des EWB ergriffen werden.

Der EWB "steht und fällt ... auf die Dauer mit den Fortschritten bei der Harmonisierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik"¹, er erleichtert diese aber auch durch den Zwang, den er auf diejenigen ausübt, die sich den Konsequenzen fester Wechselkurse nicht entziehen wollen². Der Verlust der Währungsreserven und die steigende Verschuldung zwingt zu politischen Maßnahmen, die die unmittelbaren Ursachen der Währungsschwäche beseitigen³. Mit der Angleichung an die Entwicklung der Partnerstaaten, sei es von einer Position der Zahlungsbilanzstärke und relativen Preisniveauastabilität, sei es von einer 'Defizitposition' bei vergleichsweise höheren Inflationsraten, wäre die angestrebte stetige Entwicklung der Wechselkursrelationen erreicht.

-
- 1 Leonhard Gleske, Nationale Geldpolitik auf dem Wege zur europäischen Währungsunion, in: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1976-1975, Hrsg. Deutsche Bundesbank, Frankfurt 1976, S. 776 und so auch Karl Otto Pöhl, Zur künftigen Ordnung des internationalen Währungssystems, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 40 vom 10. Juni 1976, S. 2
 - 2 Dieser Sachzwang ist Gegenstand des Kapitels 3.4.2., Der EWB als Integrationsmotor
 - 3 Dieses waren nach allgemeiner Überzeugung in den letzten Jahren hohe Inflationsraten (Italien, Frankreich, Großbritannien), starke Zahlungsbilanzdefizite (USA) oder beides. vgl. IMF, Annual Report 1978, Washington D.C., S. 1 ff.

3.2. Sicherung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs

Die Stabilisierung und von spekulativen Verzerrungen freie¹ Normalisierung der Wechselkursbeziehungen ist nicht einziges Ziel des Währungsblocks. Sie ist darüber hinaus für die Erfüllung eines weiteren Teilzieles des EWB notwendig, für die Sicherung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs.

Dieses ist mit einer Wertziffer von 52,0 (Rang zwei der Zielhierarchie) ein bedeutendes Ziel des Währungsverbundes. Die Stabilisierung der Wechselkurse ist eine mit allen Einzelzielen der Zielkategorie 'Sicherung des Handels- und Kapitalverkehrs' harmonisierendes Ziel. Stabile Wechselkurse bedeuten nach Auffassung der Befürworter fester Kurse 'Sicherheit für Handel und Kapitalverkehr' (siehe 3.3. in Tabelle 4), ein gutes Funktionieren der Gemeinschaftsmechanismen (3.1.), sie sollen Wettbewerbsverzerrungen verhindern (3.2.), den internationalen Gütertausch erleichtern (3.4.) und Arbeitsplätze sichern (3.5.).

Die Regierungschefs der europäischen Staaten und die Kommission der EG haben seit den Plänen zur Bildung einer WWU im Jahre 1969 stets die Überzeugung geäußert, daß feste Wechselkurse "für die Sicherheit der Transaktionen und die Erweiterung der Handelsbeziehungen unerläßlich sind"². Auch in Zeiten großer Unruhe an den Devisenbörsen, in denen einzel-

-
- 1 Gemeint ist hier die von Politikern unterstellte destabilisierende Wirkung der Spekulation
 - 2 Presseverlautbarung über die 164. Tagung des Rates der EG, a.a.O., S. 3 und so auch Bericht der Kommission an den Rat über die Umgestaltung des kurzfristigen Währungsbestandes und die Bedingungen der Reserven vom 28. Juni 1973, in: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 12/73

ne Staaten zu floatenden Kursen übergangen, beharrte man (auch in diesen Ländern) auf der Wiedereinführung (oder Beibehaltung) fester Paritäten, weil andernfalls "der Gemeinsame Markt - insbesondere im agrarwirtschaftlichen Bereich - in nicht länger vertretbare Schwierigkeiten geriete."¹

Während diese Schwierigkeiten aber überwiegend nur technischer Natur sind, ergeben sich bei der Verfolgung der anderen Einzelziele dieser Kategorie bei verschiedenen Währungssystemen nach Auffassung der Befürworter fester Kurse erhebliche qualitative Unterschiede.

3.2.1. Förderung des internationalen Handels durch die Reduzierung des Kurssicherungsbedarfs

Die Fixierung der Wechselkurse zwischen den Staaten des Währungsverbundes soll solche Wettbewerbsverzerrungen verhindern, die Ex- und Importeure zu tragen haben, wenn die Kursentwicklung Unterschiede in den Preis- und Kostenentwicklungen übersteigt, sie soll die Sicherheit des Güter- und Kapitalverkehrs erhöhen und so die Ausweitung des Handelsvolumens ermöglichen². Man verspricht sich dieses von festen Kursen, weil sie geeignet seien, Exporteuren und Importeuren eine sichere Kalkulationsbasis zu ge-

1 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. September 1971 zur wirtschafts- und währungspolitischen Lage, in: "Europa-Archiv", 27. Jg., (1972), S. 8 und so auch Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten, Georges Pompidou, am 21. September 1972 (Auszüge), in: "Europa-Archiv", 27. Jg. (1972), S. 473; Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 19. August 1971 zur monetären Situation, in: "Europa-Archiv", 26. Jg., (1972), S. 433 f.

2 vgl. Helmut Schmidt, Ansprache anlässlich des für den scheidenden Bundesbankpräsidenten Dr. Karl Klasen gegebenen Abendessens in Bonn-Bad Godesberg am 11. Mai 1977, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 31 vom 20. Mai 1977, S. 2: "Und ich persönlich glaube, daß die allgemeine Freigabe der Wechselkurse fast aller Währungen der Welt ein erheblicher Beitrag zur Verunsicherung und damit zur Rezession des Welthandels im Jahre 1975 gewesen ist."

ben. Dadurch würden langfristige Planungen zur Erschließung oder Sicherung ausländischer Märkte möglich¹.

Schwankende Wechselkurse bedeuten für am Außenhandel beteiligte Unternehmen grundsätzlich dann ein zusätzliches Risiko, wenn sich die Kurse anders als kalkuliert entwickeln. Um daraus mögliche Verluste zu vermeiden, werden kostenverursachende Kurssicherungsgeschäfte erforderlich². Die Notwendigkeit zum Abschluß solcher Geschäfte steigt mit der Breite der möglichen (erwarteten) Kursschwankungen. Die entstehenden Translokationskosten führen dazu, daß es erst bei größeren Preisdifferenzen zu einem internationalen Austausch von Gütern und Leistungen kommt³.

Ein Wechselkursrisiko entsteht aus der zeitlichen Differenz zwischen Preisgestaltung und Zahlungseingang. Wird in Fremdwährung fakturiert, und wird diese Valuta abgewertet, entsteht dem Exporteur eine Erlösminderung in Höhe des Abwertungssatzes. Importeure ausländischer Güter tragen ein Währungsrisiko, wenn sie Verbindlichkeiten in Valuta zu begleichen haben und sich diese Währung an den Devisenmärkten 'verteuert'. Es steigt der Einstandspreis in eigener Währung, da für den gleichen Valutabetrag ein höherer Gegenwert aufgewendet werden muß.

Ein Ausschluß des Kursrisikos ist zwar grundsätzlich durch Fakturierung in eigener Währung möglich, in der Praxis dürfte allerdings der durch die Kursänderung

-
- 1 vgl. Rede des Präsidenten der Kommission der EG, Roy Jenkins, in Florenz am 27. Oktober 1977 (Jean-Monnet-Vorlesung), in: "Europa-Archiv", Sonderdruck aus Folge 1, (1978), S. D 4
 - 2 vgl. Georges-André Chevallaz, Betrachtungen zur schweizerischen Währungspolitik, in: "Außenwirtschaft", 29. Jg., (1974), S. 123
 - 3 vgl. Wolfgang Stützel, Währung in weltoffener Wirtschaft, a.a.O., S. 91 ff.

betroffene Partner auf Schadensteilung bestehen. Eine solche wird akzeptiert werden müssen, sollen nicht Absatz- bzw. Beschaffungsmärkte verloren gehen¹. Zudem trifft der Wunsch auf Rechnungslegung in eigener Währung auf die entgegengesetzten Interessen der jeweiligen Partner. Letztlich dürfte die Fakturierung eine Frage der Marktposition sein². Ist die eigene Marktposition schwach, eine Absicherung gegen Währungskrisen aber erwünscht, gibt es für Importeure und Exporteure eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Kurssicherung (Devisentermingeschäfte, Aufnahme und Gewährung von Valutenkrediten, Forfaitierung, Factoring, Leasing) oder Risikominderung (Kurssicherungsklauseln, Währungsoptionen)³. Allen diesen Möglichkeiten ist eines gemein: Sie verursachen Kosten. Dabei kann es sich um Aufwendungen aus Schadensteilungen, fixen Prämien für staatliche

1 vgl. Jahresgutachten 1971/72 des Sachverständigenrates, Stuttgart und Mainz 1971, S. 102 (Tz. 289)

2 Deutsche Exporteure können beispielsweise 87 % ihrer Exporte, deutsche Importeure aber nur 43 % ihrer Importe in DM fakturieren, wofür der Grund neben der unterschiedlichen Marktposition auch in Unterschieden der Güterstruktur liegt. vgl. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Außenhandel scheut das Währungsrisiko, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 6 vom 13. Januar 1978, S. 5

3 vgl. Robert Wittgen, Währungsrisiko und Devisenkurssicherung, Frankfurt 1975; Katalog der Möglichkeiten zur Abdeckung des Währungsrisikos bei Außenhandelsgeschäften, in: "Außenwirtschaft", 29. Jg. (1974), S. 222 ff.; Hartmut Berg, Export bei floatender DM, Alternativen unternehmerischer Anpassung, in: Wirtschaftsdienst, 57. Jg., (1971), S. 531 ff.; H. Mayrzedt und O. von Platen, Die Bedeutung der Termindevisenkurse für das Außenhandelsgeschäft, in: "Außenwirtschaft", 30. Jg. (1975), S. 162; Edgar Topritzhofer und Rainhard Moser, Wechselkursrisiko und Kurssicherung aus unternehmerischer Sicht, in: "WiST", 6. Jg., (1977), S. 412-419; Schweizerisches Institut für Außenwirtschafts-, und Struktur- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Abdeckung der Wechselkursrisiken beim Außenhandelsgeschäft, Zürich 1975

Versicherungen, Opportunitätskosten oder Kosten aus der Absicherung über Terminmärkte handeln¹.

Diese Kosten können für die Unternehmen von großer Bedeutung sein. "Vom Abschluß der Exportgeschäfte und von ihrer Wirtschaftlichkeit hängt bereits in vielen Fällen die Existenz der Unternehmung ab. Exportgeschäfte sind keine Zusatzgeschäfte mehr, sondern sie sind Wachstumsgeschäfte, die über die Wettbewerbsfähigkeit und damit über die Existenzfähigkeit einzelner Unternehmen entscheiden."² Das Währungsrisiko stellt für die Unternehmen ein spezifisches preispolitisches Problem dar³. Bei einer durchschnittlichen Umsatzrendite von 4-5 % in Exportgeschäften würde bereits eine Kursänderung von 8 % und Schadensteilung mit dem ausländischen Importeur zu einer Geschäftsabwicklung ohne Gewinn führen⁴. Daraus wird die Notwendigkeit der Kurssicherung ersichtlich.

Einer Verschlechterung der Wettbewerbsposition aus preispolitischer Sicht stehen nun sicher auch aufwertungsbedingte Vorteile entgegen, wie z.B. die

1 vgl. Jahresgutachten des SVR 1971/72, a.a.O., S. 103 (Tz. 294); E. Topritzhofer und R. Moser, Wechselkursrisiko, a.a.O., S. 466

2 Hans-Günther Meißner, Exportpolitik vom Standpunkt der Unternehmensführung, Herne-Berlin 1974, S. 16; vgl. zu der Bedeutung des Exports für einzelne Branchen Dietrich Kebschull, Der Außenhandelspielraum der Bundesrepublik wird enger, in: "Wirtschaftsdienst", 58. Jg., (1978), S. 411

3 vgl. Geschäftsbericht 1972 der Daimler Benz AG, S. 9

4 vgl. Hans-Günther Meißner, a.a.O., S. 75 ff

Verbilligung von Rohstoffen und importierten Zwischenprodukten. Zudem kann als Ursache der Aufwertungsstendenz meist ein im Inland stabileres Preisniveau, mithin kostengünstigere Produktionsmöglichkeiten unterstellt werden. Diese Vorteile dürften überkompensiert werden, wenn die reale Aufwertung zu einer "Preisdiskriminierung"¹ führt, deren Bedeutung mit härter werdender Konkurrenz und zunehmenden Zugeständnissen hinsichtlich der Preisgestaltung, der Liefer- und Zahlungsbedingungen steigt².

Die Einengung der Bandbreiten innerhalb des EWB könnte die Beeinträchtigung der Preisgestaltung dann reduzieren, wenn die Aufrechterhaltung der bestehenden Paritäten gesichert wäre. Von einer relativen Kurssicherheit, d.h. Schwankungen sind weniger wahrscheinlich und weniger stark, kann der internationale Gütertausch und unter allokativen Gesichtspunkten die beteiligten Volkswirtschaften profitieren³. Eine absolute Sicherheit bestände nur bei absolut fixen Kursen, die unreal sind und wohl auch bleiben.

1 vgl. Hans-Christoph Binswanger, Das Deviseninterventionssystem, a.a.O., S. 53; Otto Vogel, Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft, in: "Wirtschaftsdienst", 58. Jg., (1978), S. 63-66; "FAZ" Nr. 110 vom 12. Mai 1979, S. 15

2 vgl. zu den Komponenten der Wettbewerbsfähigkeit Helmut Hesse, Bestimmungsfaktoren für unterschiedliches Exportwachstum, in: "Wirtschaftsdienst", 48. Jg., (1968), S. 80-84

3 vgl. zu den statistischen Allokationsgewinnen sowie wachstumsanregenden Effekten des Außenhandels Charles P. Kindleberger, Foreign Trade and the National Economy, New Haven and London 1962, S. 198 ff.; Jahresgutachten 1969/70 des SVR, a.a.O., S. 19 f.; Wolfgang Michalski, Export und Wirtschaftswachstum, Veröffentlichungen des HWWA-Institutes für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1970, S. 89 ff.; Harry G. Johnson, Economic Expansion and International Trade, in: Expansion of World Trade and the Growth of National Economies, Hrsg. Richard S. Weckstein, New York und London 1968, S. 156-180; Helmut Wittelsberger, Wachstumsfördernde Aspekte des Außenhandels, in: "Wirtschaftspolitische Chronik", Heft 1/2 (1968), S. 79 ff.

3.2.2. Gewährleistung eines ausreichenden Wachstums zur Sicherung der Arbeitsplätze

Die Sicherung und Förderung des internationalen Handels als Zielsetzung des EWB hat gerade in letzter Zeit sehr an Bedeutung gewonnen, da ein funktionierender Außenhandel nicht für die beteiligten Unternehmen, sondern auch gesamtwirtschaftlich von besonderem Wert ist. Mit den seit den 70er Jahren überall in Europa gestiegenen Arbeitslosenraten hat auch das relative Gewicht des Zieles 'Vollbeschäftigung' zugenommen. Zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze wird ein höheres Wirtschaftswachstum für nötig gehalten, als es in den letzten Jahren erreicht worden ist¹. Ein höheres Wirtschaftswachstum ist zumal in stark exportorientierten Staaten wie der Bundesrepublik in hohem Maße von konjunkturellen Impulsen aus steigender Auslandsnachfrage abhängig². Eine starke, nicht von Interventionen begrenzte Aufwertung der eigenen Währung wird die Exportgüter verteuern und so die Position der inländischen Anbieter auf internationalen Märkten schwächen³. Der mögliche Nachfragerückgang kann Arbeitsplätze in der Exportgüterindustrie gefährden. Unberücksichtigt ist hierbei, daß die starke Stellung deutscher Unternehmen an den Weltmärkten die Folge einer unterbewerteten D-Mark sein kann, der mögliche

-
- 1 vgl. Schlußfolgerungen der Präsidentschaft des Europäischen Rates, Tagung am 6. u. 7. Juli 1978 in Bremen, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 53 vom 11. Juli 1978, S. 1
 - 2 vgl. Giscard d'Estaing, Wir werden die Wirtschaft ankurbeln, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 54 vom 18. Juli 1978, S. 8; 14. Jahresbericht über die Tätigkeit des Währungsausschusses, Brüssel 12. April 1973, in: Amtsblatt der EG, Nr. C 94 vom 9. November 1973, S. 4; Udo Ernst Simonis, Quantitatives Wirtschaftswachstum und internationale Handelsverflechtung der Bundesrepublik Deutschland, in: Krise des Wirtschaftswachstums, Hrsg. Karl Hax, Willy Kraus, Tübingen und Basel 1975, S. 69 ff.
 - 3 Wirtschaftsberichte der OECD, Bundesrepublik Deutschland, Paris, Juli 1977, S. 84

Verlust an Marktanteilen dann nur die Konsequenz der Korrektur früherer Verzerrungen (der Wechselkurse) wäre.

Starke Kursschwankungen wirken nach Ansicht der Befürworter der Bandbreiten-Einengung zudem investitions- und damit wachstumshemmend¹. So wird angenommen, daß große Schwankungen bei den Unternehmen zu Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung führe, die Risikobereitschaft sinken werde und die daraus folgende Minderauslastung der Leistungskapazitäten Beschäftigungslosigkeit zur Folge haben werden².

Wenn nun der Europäische Währungsverbund in der Lage ist, durch Investitionen starke Kursausschläge zu verhindern, dann wird dies, so hofft man, eine stärkere Expansion des Güteraustauschs ermöglichen, "womit auch die Lösung der Beschäftigungsprobleme in Deutschland und im übrigen Europa erleichtert würde"³.

In den erfaßten Dokumenten ist diese Zielsetzung nur einmal genannt worden⁴. Das läßt aber nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf eine etwaige Bedeutungslosigkeit dieses Zieles zu. Im Jahre 1971 stand insbesondere die DM unter spekulativem Aufwertungsdruck, weshalb gerade den deutschen Regierungsvertretern an einer Gemeinschaftsaktion lag. Den Vertretern von Ländern mit überwiegend schwachen Währungen stellte sich das Problem einer "ungebührlichen Belastung ihrer Exportwirtschaft"⁵ nicht oder

1 vgl. Treffen der Staats- und Regierungschefs am 16. u. 17. Juli 1978 in Bonn, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 56 vom 20. Juli 1978, S. 4; Jahresbericht 1978 des IWF, Zusammenstellung für die Presse, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 71 vom 22. Sept. 1978, S. 6

2 vgl. Helmut Schmidt, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 57 vom 25. Juli 1978, S. 1 f.; sowie Ausführungen im Jahresgutachten 1977/78 des SVR, S. 151-164 (Tz. 335-385)

3 Helmut Schmidt, in DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 57 vom 25. Juli 1978, S. 1 f.; sowie Hans Matthöfer auf dem Salzburger Treffen der Finanzminister Bonns, Wiens und Berns, in DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 45 vom 20.7.1978, S. 14

4 vgl. Rede von Bundeskanzler Willy Brandt in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 1971 (Auszug), in: "Europa-Archiv", 27. Jg. (1972), S. 16 ff.

5 Ebenda

zumindest nicht in einem Maße, das zu einer expliziten Zielnennung Anlaß gegeben hätte.

3.2.3. Die Sicherung des Gemeinsamen Agrarmarktes

Meistgenanntes Einzelziel im Rahmen dieser Zielkategorie ist die 'Sicherung der Gemeinschaftsmechanismen, insbesondere des Agrarmarktsystems' (3.1., Häufigkeit 10, Gewicht 2,7). Der Zusammenhang zwischen dem EWB und dem europäischen Agrarmarkt ergibt sich aus der Notwendigkeit (Wünschbarkeit) fester Kurse zur Bestimmung der einheitlichen Preise¹.

Zur Schaffung eines gemeinsamen Agrarmarktes waren über den Abbau der Handels- und Zollschranken (wie im gewerblichen Bereich) hinaus Regelungen erforderlich, die die bestehenden nationalen Maßnahmen ersetzten². Solche Marktordnungen verlangen entsprechend Art. 38 des EWGV ein in der EG überall einheitliches Agrarpreinsniveau³. Um ein solches trotz der verschiedenen Währungsgebiete in der EG schaffen zu können, werden die Preise in einer Europäischen Rechnungseinheit festgelegt und anschließend in nationale Währungen umgerechnet. Dabei wurden die beim IWF angemeldeten amtlichen Paritäten zugrunde gelegt. Aus dieser Tatsache resultieren die Probleme, die sich bei schwankenden Kursen oder Kursänderungen ergeben.

Die nominellen Preise sind unabhängig von Wechsel-

-
- 1 vgl. Sieghardt Rometsch, Monetäre Integration - das Problem einer Währungsunion im Gemeinsamen Markt, Frankfurt 1968, S. 60 ff.; Hans Mayrzedt, und Otto von Platen, Unkontrollierte Wechselkurse und EFTA-Freihandel - Vernachlässigte Zusammenhänge zwischen Währungs- und Integrationspolitik -, in: "Außenwirtschaft", 29. Jg., (1974), S. 185
 - 2 vgl. Elske Mohr, Was wird aus dem EG-Agrarmarkt?, in: "Wirtschaftskonjunktur", Heft 3 (1974), S. 24
 - 3 vgl. Franz Fendt, Fehlkonstruktion 'Grüner Dollar', in: "Wirtschaftsdienst", 50. Jg. (1970), S. 137

kursänderungen überall gleich, nicht aber die tatsächlichen Preise in den Mitgliedsländern, da die Aufwertung (Abwertung) einer Währung zu einer Senkung (Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte führt. Um innenpolitisch kaum durchsetzbare Einkommensverluste für Landwirte und negative Folgen für die Stabilitätsbemühungen und die Wettbewerbssituation an den Agrarmärkten zu vermeiden, "mußten im grenzüberschreitenden Agrarhandel ... durch Abgaben oder Erstattungen die Preisunterschiede ausgeglichen werden."¹ Bei der Einfuhr werden Ausgleichsbeträge erhoben, beim Export Erstattungen gewährt². Diese Absicherungsmaßnahmen haben den "gemeinsamen Markt mit freiem Handelsverkehr in landwirtschaftlichen Produkten ... aufgehoben"³.

Ob man die Einführung des Grenzausgleichs als "gewisse Erschwerung des Handelsverkehrs"⁴, als neue Zollschranke⁵ einschätzt, oder ob man befürchtet, daß der Handel durch vermehrte Risiken und administrative Erschwernisse wieder vorzugsweise auf nationale Märkte zurückgreift⁶, Einigkeit besteht darüber, "daß ein einwandfreies Funktionieren des Gemeinsamen Agrarmarktes nur mit festen Währungsparitäten ... möglich ist."⁷

1 Elske Mohr, a.a.O., S. 28; Internationale Organisationen und Abkommen im Bereich von Währung und Wirtschaft, Sonderdruck der DBBk, Frankfurt März 1978, S. 175 ff.

2 vgl. dazu die eingehende Betrachtung: Der Grenzausgleich und seine Wirkung auf den Agrarinnenhandel der EG, in: ifo-Schnelldienst, Heft 2, 29. Jg. (1976), S. 11-24

3 Friedrich A. Lutz, Wechselkursänderungen und Agrarordnung der EWG, in: "Ordo", Band 21 (1970), S. 90

4 Kurt Pfeleiderer, Währungsausgleich für die Landwirtschaft, "Sparkasse", 89. Jg. (1972), S. 329

5 vgl. Franz Fendt, a.a.O., S. 138

6 vgl. Leonhard Gleske, Währungspolitik und Agrarmarkt in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Veröffentlichungen der CEA, Heft 45, Brugg 1972, S. 6

7 Ebenda, S. 16

Da es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, feste Paritäten in der ganzen EG zu gewährleisten, kam es zu einer Vielzahl von Markteingriffen, die aus einer ersten Teilintegration eine reglementierte Schutzzone gemacht haben. Dementsprechend kann der EWB heute einen Gemeinsamen Agrarmarkt nicht mehr 'sichern', es kann lediglich versucht werden, über eine Ausweitung des Verbundes auf alle EG-Mitglieder und eine dauernde Beibehaltung fester Paritäten eine Situation wiederherzustellen, die Anspruch auf die Bezeichnung 'Gemeinsamer Markt' erheben kann. Die Realisierung dieser Zielsetzung ist damit vom Wiedereintritt der ausgeschiedenen Staaten in den EWB abhängig¹.

3.3. Erleichterung der Stabilitätspolitik in den Mitgliedsländern des EWB

Ein weiteres Ziel des EWB besteht in der Erleichterung der Stabilitätspolitik in den Mitgliedsstaaten. Auf Rang vier der Zielhierarchie wird es deutlich weniger oft genannt und weniger stark betont (vgl. Tabelle 4, S. 32) als die oben genannten Zielsetzungen.

Generell "... war die Bekämpfung der Inflation ein vorrangiges Ziel der nationalen und gemeinschaftlichen Instanzen, da die anhaltende Geldentwertung die Verwirklichung der wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Mitglieder der Gemeinschaft zunehmend ge-

1 Eine Gesamteuropäische 'Schlange' wird seit dem Gipfeltreffen im Sommer des Jahres 1978 angestrebt und soll zum 1. Januar 1978 in Kraft treten. vgl. dazu Teil III, Kapitel 5; vgl. Entschließung des Europäischen Parlaments zum 7. Gesamtbericht der Kommission der EG über die Tätigkeit der Gemeinschaft im Jahre 1973, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. C 62 vom 30. Mai 1974, S. 15

fährdete..."¹. Von Bedeutung ist dieses Ziel darüber hinaus aber auch im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses, der aus der Gemeinschaft einen Stabilitätsblock², eine Stabilitätsinsel³, machen soll.

Um die stabilitätspolitischen Bemühungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten erfolgreicher gestalten zu können, hielt man eine Begrenzung der von außen kommenden Liquiditätsausweitung (4.1.)⁴ für erforderlich. Die Erreichung dieses Zieles verlangte, wie die der anderen beiden Einzelziele, die Aufgabe der Interventionen zugunsten des Dollars⁵.

Diese Maßnahme kann aber die Realisierung der Ziele (3.4.) 'Ausweitung des Handelsvolumens' und (3.5.) 'Erleichterung für die (deutsche) Exportwirtschaft' beeinträchtigen, wenn die Freigabe des Dollars zu starken kurzfristigen Schwankungen und damit zu der befürchteten Verunsicherung führen sollte⁶.

1 14. Jahresbericht über die Tätigkeit des Währungsausschusses, Brüssel 17. April 1973, a.a.O., S. 2

2 vgl. Werner-Bericht, a.a.O., S. 137

3 vgl. Mitteilung der Kommission an den Rat über die Ausarbeitung eines Stufenplans, a.a.O., S. 94

4 vgl. Erklärung des deutschen Bundesfinanzministers für Wirtschaft und Finanzen, Karl Schiller, auf der Sondersitzung des Rates der EG am 8. Mai 1971 (Auszüge), in: "Europa-Archiv", 26. Jg. (1971), S. 418 sowie Rede des Vizepräsidenten der EG-Kommission Raymond Barre vor dem Europäischen Parlament am 4. Juli 1972, a.a.O., S. 464

5 vgl. Mitteilung der Kommission an den Rat über die Gestaltung der Währungs- und Finanzbeziehungen in der Gemeinschaft vom 12. Januar 1972, a.a.O., S. 336 ff.

6 vgl. 14. Jahresbericht über die Tätigkeit des Währungsausschusses, a.a.O., S. 4

Nun sind starke Schwankungen nicht notwendigerweise Folge flexibler Kurse, sie können aber sicherlich eher eintreten als bei (kurz- bis mittelfristig) garantierten Paritäten. Eine Milderung der Konflikte kann sich zudem daraus ergeben, daß Wechselkursbedingte Verteuerungen der Exportgüter bei erfolgreicher Stabilitätspolitik durch geringere inländische Preissteigerungsraten kompensiert werden. Solche sollten außer durch Freigabe des Dollarkurses im März 1973 durch den Zwang der Ergreifung und Durchsetzung stabilitätspolitischer Maßnahmen erzielt werden, wie er sich für schwächere Länder des EWB auf Grund der engen Wechselkursbindung ergibt.

3.3.1. Die Erweiterung des geldpolitischen Handlungsspielraums durch Freigabe des Dollarkurses

"Es ist unbestritten, daß eine Volkswirtschaft mit einer relativ geringeren hausgemachten Inflation als der Rest der Welt bei konstanten Kursen die Inflation aus dem Ausland importiert"³. Uneinigkeit be-

1 vgl. 14. Jahresbericht über die Tätigkeit des Währungsausschusses, a.a.O., S. 4

2 vgl. dazu Teil III, Kapitel 2.1.

3 Horst Siebert, Flexible Wechselkurse und importierte Inflation, in: "Wirtschaftsdienst", 57. Jg. (1977), S. 94

steht allerdings darüber, auf welchem Wege dies geschieht¹. Welcher dieser Ansätze zur Erklärung der steigenden Inflationierung in den westlichen Industriestaaten auch der zutreffende sein mag, von Seiten der Bundesrepublik als dem von importierter Inflation besonders gefährdeten Staat ist seit 1971 stets die Notwendigkeit einer Freigabe des Dollarkurses zur außenwirtschaftlichen Absicherung binnenpolitischer Stabilitätsbemühungen betont worden². Das folgende Schaubild skizziert die angenommenen negativen Folgen bei restriktiverer Politik und festen Kursen sowie die erwünschten Konsequenzen einer Kursfreigabe.

-
- 1 vgl. zu den Theorien des Inflationsimports über über Einkommens- und Liquiditätseffekte sowie zu der des direkten internationalen Preiszusammenhangs Wolfgang Stützel, Ist die schleichende Inflation durch monetäre Maßnahmen zu beeinflussen?, in: Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 7, Berlin 1960, S. 10-43; Jochen Tiedtke, Der direkte internationale Preiszusammenhang, Bemerkungen zu Aufsätzen von O. Issing und K. Rose, in: "Zeitschrift für Nationalökonomie", Band 32 (1972), S. 317-328; Uwe Westphal, Die importierte Inflation bei festem und flexiblem Wechselkurs, Kieler Studien Nr. 87, Tübingen 1968; Peter Cramer, Der direkte internationale Preiszusammenhang, Köln 1971; Gerhard Fels, Der internationale Preiszusammenhang, Stuttgart 1969; Otmar Issing, Die Theorie des direkten internationalen Preiszusammenhangs, in: "Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik", Band 180 (1967), S. 289 ff.; Klaus Rose, Theorie der Außenwirtschaft, 3. Auflage, Berlin 1970; Jochen Tiedtke, Zahlungsbilanzausgleich. Mikroökonomische Absorptionstheorie direkter internationaler Preiszusammenhang und Zahlungsbilanz, Berlin und New York 1972; Klaus Rose und Dieter Bender, Flexible Wechselkurse und Inflationsimport, in: "Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik", Band 87 (1972/73), S. 481-506; Jürgen Siebke und Wolf-Dieter Zumpfort, Weltinflation und Inflationstheorien, in: "Wirtschaftsdienst", 55. Jg. (1975), S. 524
 - 2 vgl. Dokumente zur internationalen Währungskrise, a.a.O., S. 415 f.; Dokumente zur Krise der internationalen Währungs- und Handelspolitik, a.a.O., S. 1 f. sowie Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der deutschen Bundesregierung vom 14. März 1973, a.a.O., S. 178

In einem Festkurssystem führt eine konsequent restriktive Politik, die nicht von allen Ländern gleichermaßen betrieben wird, zu zinsinduzierten Kapitalzuflüssen. Geringere Preissteigerungen können zu einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbilanzüberschüssen führen. Die Devisenankaufspflicht der Zentralbanken kann über einen Anstieg der Zentralbankgeldmenge und der Bankenliquidität zu einer Steigerung des Geldangebotes, zu Zinssenkungen und bei zinsreagibler Geldnachfrage auch zu einer Mehrnachfrage nach Geld, Gütern und Diensten führen. Eine solche Erhöhung über die Nachfrage oder gewünschte Kassenhaltung hinaus beeinträchtigt die Stabilisierungsbemühungen.

Von der Freigabe des Wechselkurses wird bei gegebener Ausgangssituation ein Anstieg des Kurses und der damit verbunden Verteuerung der Exportgüter ein tendenzieller Exportrückgang erwartet. Darauf und aus der sich ergebenden Gleichheit von Zins- und Kursdifferenz läßt sich eine Minderung oder Beendigung der Kapitalzuflüsse absehen. Die Notenbank gewinnt einen Freiheitsspielraum für die Steuerung der Nachfrage über den Zins, ohne Gefahr zu laufen, erneut Auslandskapital anzulocken¹.

Die Freigabe des Dollarkurses im Rahmen des EWB veränderte in diesem Sinne die monetären Rahmenbedingungen für die Geldpolitik². Frei von dem "Diktat der Zahlungsbilanzherrschaft"³ konnten die geldpolitischen Instrumente zur Steuerung der Geldmenge eher 'greifen'. Die Erweiterung des geldpolitischen Han-

1 vgl. Jahresgutachten 1969/70 des SVR, Stuttgart und Mainz 1969, S. 90 (Tz. 282)

2 vgl. Otmar Emminger, 30 Jahre Deutsche Mark, in: DBBK, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 45 vom 20. Juni 1978, S. 5

3 Gottfried Haberler, Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik, in: Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 55 vom 2. September 1977, S. 9

lungsspielraums ermöglichte eine stärkere Beeinflussung von Konjunktur und Preisniveau¹.

Die stabilitätspolitischen Bemühungen sollten aber nicht nur in solchen Ländern erfolgreich sein, die im Verhältnis zu anderen Längern ohnehin einen Stabilitätsvorsprung hatten und nicht zuletzt deshalb in unerwünschtem Ausmaß Auslandsgelder anzogen. Der Europäische Währungsverbund mußte auch stabilitätspolitisch schwächeren Ländern eine Stabilisierung erleichtern, sollte er auf Dauer eine Realisierung der gesetzten Ziele gewährleisten.

3.3.2. Die Auslösung von Stabilisierungszwängen durch Einengung der Schwankungsbreiten

Ziel der Bemühungen sollte die Angleichung der Preissteigerungsraten innerhalb des EWB auf möglichst niedrigem Niveau sein.

So positiv die gewonnene Freiheit der nationalen Geldpolitik für Länder mit relativ stabilen Preisen einzuschätzen ist, so negativ könnten die Folgen frei beweglicher Kurse für schwächere Länder mit bereits hohen Inflationsraten sein. Die Annahme, daß floatende Wechselkurse durch Beendigung der Kapitalzuflüsse sowohl die Stabilisierungschance in einigen Ländern (Schweiz, Deutschland), als auch die Inflationsgefahr in abwertenden Ländern (Großbritannien, Italien) durch Ingangsetzen einer Inflationsbeschleunigung infolge Importkostensteigerung erhöhen², ist Schlußfolgerung der sogenannten 'Zirkelschlußtheorie'³.

-
- 1 vgl. Armin Gutowski, Chancen für die Stabilität bei unterschiedlichen Währungssystemen, in: "Ordo", 25. Band (1974), S. 12
 - 2 vgl. J. Zijlstra, Ansprache des Vorsitzenden der BIZ auf der Generalversammlung vom 14. Juni 1976 in Basel, in DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 41 vom 15. Juni 1976, S. 2
 - 3 vgl. H.-A. Siebert, Washingtons Rügen, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 20 vom 11. Januar 1977, S. 7 f.

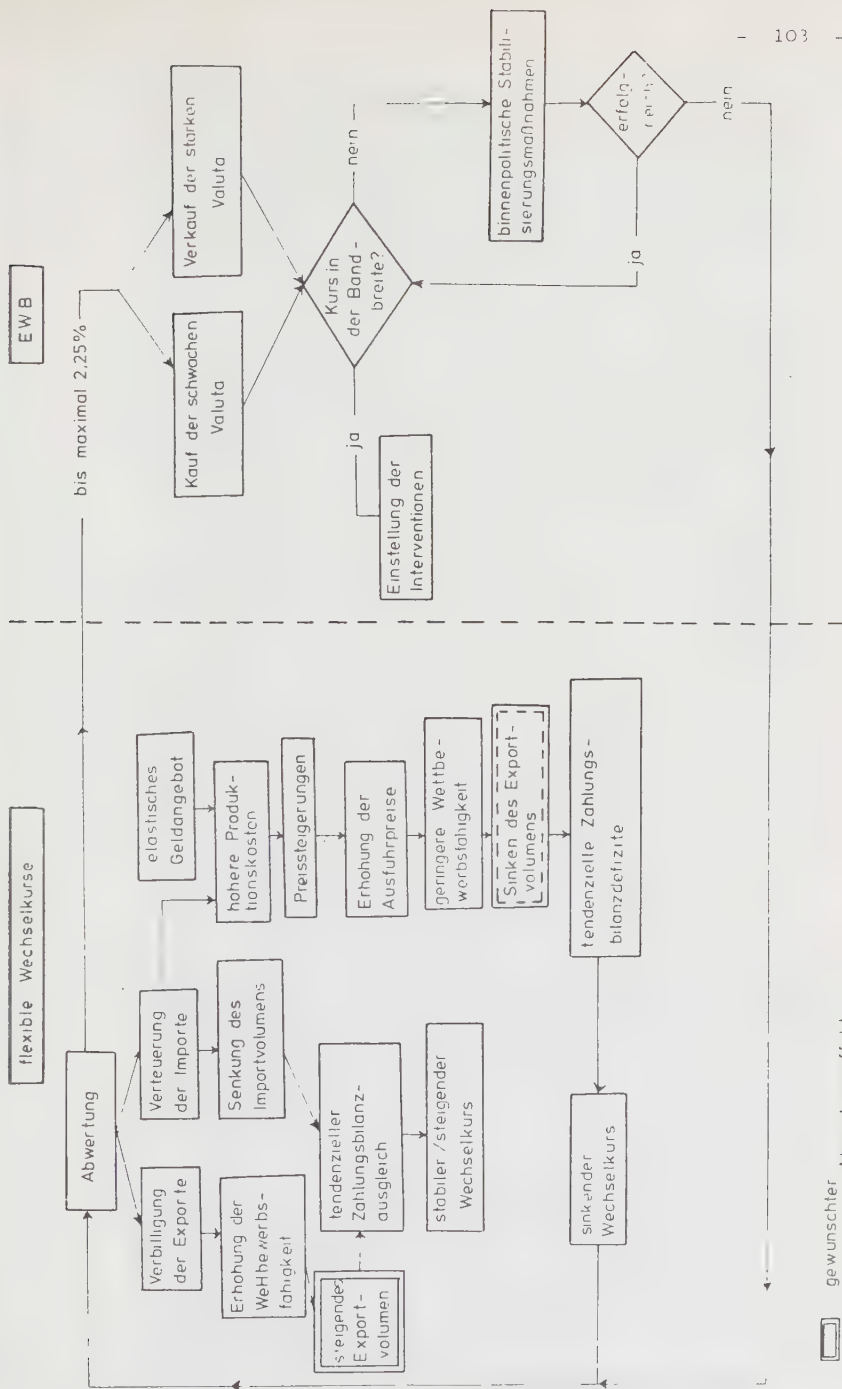


Schaubild 4 – Mögliche Folgen einer Währungsabwertung bei flexiblen und festen Wechselkursen

Sie besagt, daß bei vergleichsweise hohen Inflationsraten der Kurs der Währung fällt, die nicht durch Interventionen gestoppte Abwertung zwar die Exporte verbilligt, ebenso aber die Importe verteuert (vgl. Schaubild 4). Die Steigerung der Importgüterpreise zieht einen Anstieg der Inlandspreise nach sich. Die Abwertungstendenz hält bei höherem Preisniveau an, zumal der (preisliche) Inflationseffekt der Abwertung im Inland schneller wirksam wird als der (mengenmäßige) Ausfuhreffekt¹. Dieser circulus vitiosus wird durch die Begrenzung der Kursschwankungen im EWB beendet. Wie in Schaubild 4 skizziert und in Kapitel 2.2.1. beschrieben, werden bei einer genügend ausgeprägten Abwertungstendenz einer Blockwährung Interventionen erforderlich, die den Bestand an Währungsreserven mindern. Reichen die Interventionen zur Kursstabilisierung nicht aus, was bei fundamentalen Unterschieden in den Inflationsraten wahrscheinlich ist, werden binnenpolitische Stabilisierungsmaßnahmen unumgänglich, will das betreffende Land nicht den Verbund verlassen. Dieser Stabilisierungszwang von außen fehlt in einem System flexibler Kurse². Die international eingegangene Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der festgesetzten Paritäten wird nach Meinung der Befürworter des EWB die Durchsetzung binnenwirtschaftlicher Maßnahmen erleichtern. Restriktive Maßnahmen werden eher akzeptiert, wenn den relevanten gesellschaftlichen Gruppen deren Notwendigkeit auf Grund international eingangener

1 47. Jahresbericht der BIZ, Basel Juni 177, S. 141; Rede des Präsidenten der Kommission der EG, Roy Jenkins, in Florenz am 27. Oktober 1977, a.a.O., S. D 5; Wolfgang Stützel, Währung in weltoffener Wirtschaft, a.a.O., S. 198 f.; Klaus Köhler, Hat die Geldpolitik versagt?, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 72 vom 29. September 1978, S. 7; Fritz Franzmeyer, Neue Wege zur währungspolitischen Integration in der Europäischen Gemeinschaft?, in: DIW, Vierteljahresshifte zur Wirtschaftsforschung (1976), S. 156

2 vgl. Armin Gutwoski, Chancen für die Stabilität, a.a.O., S. 13

Verpflichtungen deutlich gemacht werden kann¹. Dieser Stabilitätswang besteht aber selbstverständlich nur dann, wenn für Paritätsänderungen (in diesen Fällen Abwertungen) strenge Regeln gelten und nur für die Länder, die sich dem Zwang nicht durch jeweiliges Verlassen des Blocks entziehen.

Der Europäische Währungsblock muß als Vorstufe einer Wirtschafts- und Währungsunion eine Angleichung der Inflationsraten auf möglichst niedrigem Niveau bewirken. Er soll den Blockstaaten mit einem Stabilitätvorsprung durch das Floaten gegenüber Dritten (also vor allem gegenüber dem Dollar) einen größeren Spielraum für den Einsatz geldpolitischer Instrumente und damit zur Steuerung der Geldmenge geben. Andererseits sollen Blockländer mit höheren Preissteigerungsraten zur Ergreifung stabilitätspolitischer Maßnahmen gezwungen werden. Diese sind erforderlich, um die Kurse der Währungen in den vereinbarten Bandbreiten halten zu können. Der tatsächliche Erfolg des Blocks wird davon abhängen, ob die stärker inflationierenden Länder bereit sind, auf die bequemere Lösung der Paritätsänderung oder Kursfreigabe zu verzichten und binnenpolitische Restriktionsmaßnahmen zu ergreifen.

1 vgl. Jahresgutachten 1976/77 des SVR, Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/5902, Bonn 1976, S. 2 (Tz. 6); Leonhard Gleske, Wechselkursverbund braucht mindestmaß an Stabilität, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 20 vom 4. April 1977, S. 5; Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1976, S. 57; Armin Gutowski, Chancen für die Stabilität, a.a.O., S. 12; Sieghardt Rometsch, Monetäre Integration, a.a.O., S. 67

3.4. Bewahrung und Förderung der Integration

Die Stabilisierung der Wechselkurse zur Verhinderung von Währungskrisen und Sicherung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs sowie die Erleichterung der Stabilitätspolitik in den Mitgliedsstaaten sind wichtige Teilziele des EWB. Sie alle aber sind dem bedeutendsten Ziel des Verbundes, der 'Bewahrung und Förderung der Integration', unterzuordnen. Allein dieses Ziel wird in den ausgewerteten Dokumenten häufiger genannt (48) als die drei Teilziele insgesamt (44). Mit durchschnittlich 2,6 sind die Aussagen zu dieser Kategorie relativ niedrig gewichtet worden. Die Ursache dafür könnte in der Selbstverständlichkeit dieser Zielsetzung liegen, die eine besondere Betonung oder Hervorhebung durch eingehende Erläuterung entbehrlich macht¹.

Bereits die Geschichte der Entstehung des Europäischen Währungsblocks² macht die eigentliche Zielsetzung deutlich. Der EWB ist wesentlichstes Element des auf Anregung der Den Haager Gipfelkonferenz von der Werner-Gruppe ausgearbeiteten Stufenplans zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Dieser Stufenplan legt das Hauptgewicht auf Fortschritte im währungspolitischen Bereich und geht über die Aussagen des EWG-Vertrages wesentlich hinaus. Forderte Artikel 2 EWGV eine schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten, die Art. 103, 104 und 107 EWGV eine Behandlung der Konjunktur- und Wechselfpolitik als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse, so wurden im Werner-Plan bereits konkrete Maßnahmen vorgesehen, um den angestrebten Endzustand möglichst bald erreichen zu können³.

1 vgl. grundsätzlich dazu Carl Böhret, Entscheidungshilfen, a.a.O., S. 98 f.

2 vgl. Teil I, 1

3 vgl. Werner-Bericht, a.a.O.

Aus der Vielzahl der Pläne¹ über das erfolgversprechendste Procedere schälten sich schließlich zwei Konzeptionen zur weiteren Integration der europäischen Volkswirtschaften heraus:² eine monetari-

-
- 1 Eine umfassende Synopsis der Stufenpläne findet sich in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 16/70, 37. Jg. (April 1970), S. 109-112
 - 2 vgl. Leonhard Gleske, Nationale Geldpolitik auf dem Wege zur europäischen Währungsunion, a.a.O., S. 67 ff.; Otmar Emminger, Die Rolle der Währungspolitik in der europäischen Integration, in: Integration durch Währungsunion? Institut der Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Symposium, Juni 1970, Hrsg. H. Giersch, Tübingen 1971, S. 67-77; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1971/72, Stuttgart und Mainz 1971, S. 101 (Tz. 287); Hans Willgerodt, Europa und das Währungsproblem - Von der Pseudointegration führt kein Weg zur Währungseinheit -, in: Wirtschaftspolitische Chronik", Heft 1 (1974), S. 59 ff.; Derselbe, 14 Thesen zur europäischen Währungsintegration, in: Integration durch Währungsunion, a.a.O., S. 141-148; Pascal Salin, Die Theorie des optimalen Währungsgebiets, in: Kompendium der Währungstheorie, Hrsg. Emil-Maria Claasen, München 1977, S. 191 ff.;
Zu Begriff und Arten der Integration vgl. Gottfried Haberler, Die Wirtschaftsintegration Europas, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Hrsg. E. von Beckerath, Fritz W. Meyer und Alfred Müller-Armack, Frankfurt 1957, S. 522; Hans R. Krämer, Formen und Methoden der internationalen wirtschaftlichen Integration. Versuch einer Systematik, Kieler Studien Band 95, Tübingen 1964, S. 21; Hans Mayrzedt, Formen und Grade der westeuropäischen Wirtschaftsintegration, Dissertation Wien 1967, S. 4; Andreas Predöhl, Außenwirtschaft, 2. Aufl., Göttingen 1971, S. 227 f.; Jan Tinbergen, International Economic Integration, Amsterdam-London-New York 1965, S. 96; Bela Balassa, Integration. Theorie und Praxis wirtschaftlicher Integration, Ökonomie Band II, in: Marxismus und Systemvergleich, Hrsg. C.D. Kernig, Freiburg 1973, S. 227; Hans Willgerodt, Wirtschaftsraum und Währungsraum, in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F., Band 35, Berlin 1965, S. 344 f.; Internationale Organisationen und Abkommen im Bereich von Währung und Wirtschaft, a.a.O., S. 184 ff.

stische - nicht zu verwechseln mit der geldtheoretischen Richtung Milton Friedmans - und eine ökonomische Konzeption. Während die Anhänger der monetaristischen Konzeption in festen Kursen den Integrationsmotor sehen, betrachten die Vertreter der ökonomischen Variante diese als Ergebnis ('Krönungstheorie") vorheriger Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung.

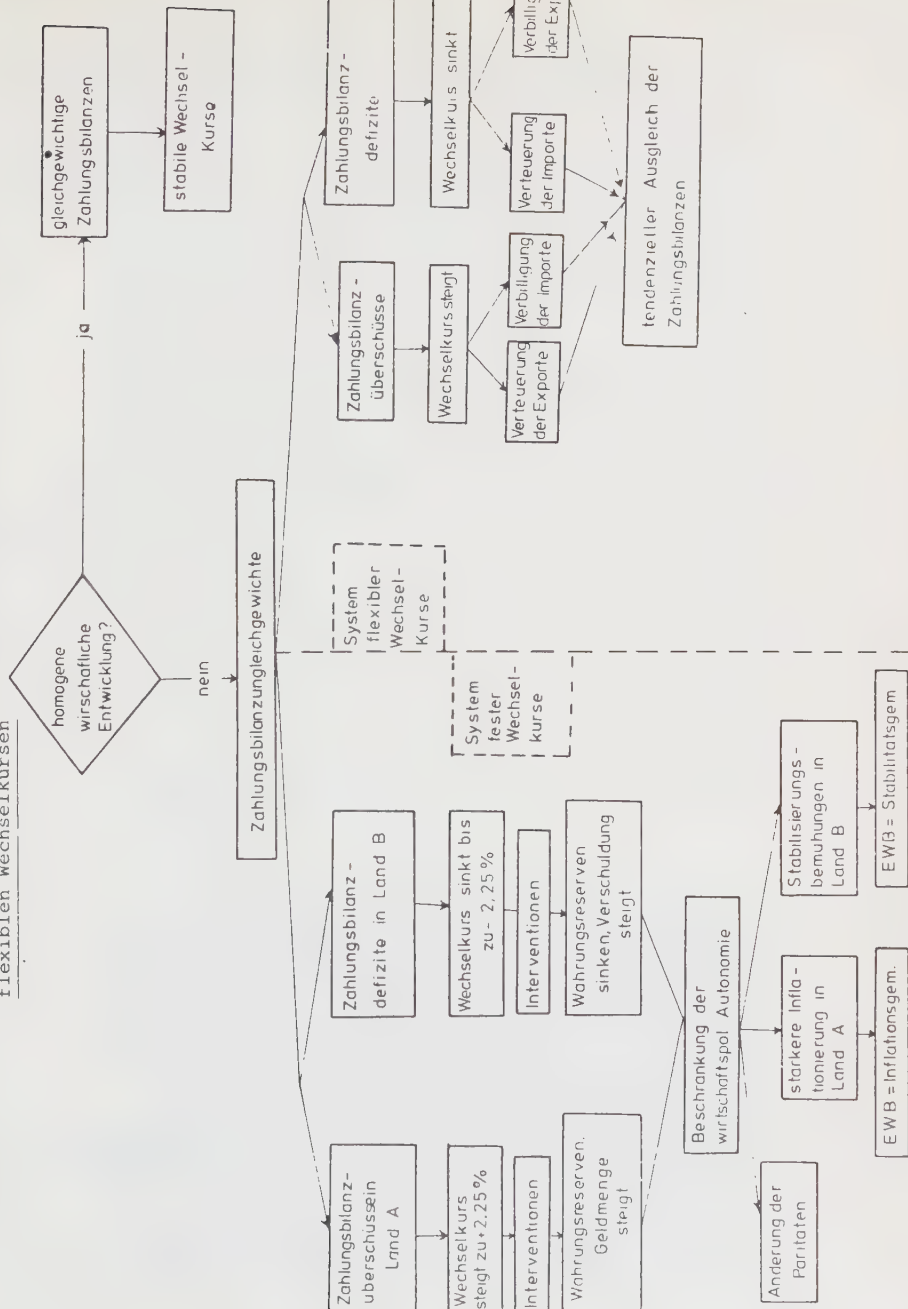
3.4.1. Die Rolle der Wechselkurse im europäischen Integrationsprozeß

Die Anhänger sowohl der monetaristischen als auch der ökonomischen Richtung betonen die Notwendigkeit einer homogenen wirtschaftlichen Entwicklung zur Herstellung außenwirtschaftlicher Gleichgewichte, ohne die feste Wechselkurse und der Ausbau der Gemeinschaft zu einem Gemeinsamen Markt nicht möglich wären¹. Meinungsunterschiede bestehen freilich darüber, wie der geforderte Souveränitätsverzicht der einzelnen Regierungen und eine wirtschaftspolitische Konvergenz erreicht werden können².

Schaubild 5 skizziert die erwarteten Folgen einer unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung unter verschiedenen Wechselkursregimen. Bei flexiblen Wechselkursen wegen Zahlungsbilanzen durch Änderung von Ex- und Importgüterpreisen und -mengen quasi automatisch ausgeglichen. Ein Zwang zu binnenwirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen infolge sinkender internationaler Liquidität entsteht nicht.

1 vgl. Sieghardt Rometsch, Monetäre Integration, a.a.O., S. 22-67, Wolfgang Frickhöfer, Kursfreigabe fördert die Integration, in: "Wirtschaftsdienst", 51. Jg. (1971), S. 341; Leonhard Gleske, Möglichkeiten und Grenzen einer europäischen Währungsintegration, in: "Europa-Archiv", 23. Jg. (1968), S. 337 f.

2 vgl. Werner-Bericht, a.a.O., S. 137; Raymond Barre, Flexible Kurse sind kein Allheilmittel, in: "Wirtschaftsdienst", 51. Jg. (1971), S. 347; 14. Jahresbericht über die Tätigkeit des Währungsausschusses, a.a.O., S. 4; 10. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1976, Brüssel-Luxemburg, Februar 1977, S. 18; Leonhard Gleske, Nationale Geldpolitik, a.a.O., S. 780



Im System fester Kurse hingegen führten sinkende Reservebestände und wachsende Verschuldung bzw. wachsende Reserven und Geldbestände zu einer Beschränkung der wirtschaftspolitischen Autonomie. Dadurch würden Stabilisierungsbemühungen in Ländern defizitärer Zahlungsbilanzen gefördert und schließlich eine EG erreicht, die sich als Stabilitätsgemeinschaft¹ versteht.

Eine andere Wirkung verringerter Autonomie befürchten die Vertreter flexibler Kurse². Nicht das Defizitland werde sich anpassen, sondern das Überschußland einer aus außenwirtschaftlichen Einflüssen resultierenden zusätzlichen Inflationierung ausgesetzt, bis ein Gleichschritt der Inflation stattgefunden habe. Die ökonomistische Auffassung sieht eine Währungsunion in Europa als zwangsläufige Folge einer Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken, wie sie sich durch die zunehmende Verflechtung der Volkswirtschaften ergeben muß. Die Angleichung der Volkswirtschaften wird nicht durch abrupte Kursänderungen behindert. Stabile Kurse ergeben sich nach dieser auch "Krönungstheorie"³ genannten Version von selbst, sobald die wirtschaftliche Konvergenz entsprechende

1 vgl. Erklärung des deutschen Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen, Karl Schiller, am 25. August 1971 zur Entwicklung an den internationalen Devisenbörsen, in: "Europa-Archiv", 26. Jr. (1971), S. 435; Communiqué der Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Den Haag, a.a.O., S. 83; 7. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1973, Brüssel-Luxemburg Februar 1974, S. 182

2 vgl. Pascal Salin, Die Theorie des optimalen Währungsgebiets, a.a.O., S. 198; Wolfgang Frickhöfer, Kursfreigabe, a.a.O., S. 342

3 Leonhard Gleske, Nationale Geldpolitik, a.a.O., S. 748; vgl. auch Otmar Emminger, Die Rolle der Währungspolitik, a.a.O., S. 67

Fortschritte gemacht habe. "Die Proklamation einer Währungsunion wäre schließlich nur der formelle Vollzug dessen, was schon Wirklichkeit geworden ist."¹

Daß sich letztendlich die Vertreter der montaristischen Konzeption durchgesetzt haben, wird an den Einzelheiten des Werner-Plans deutlich, der als währungspolitische Vorgabe, als repressives Mittel zur Erreichung der Union bezeichnet worden ist².

3.4.2. Der EWB als 'Integrationsmotor'

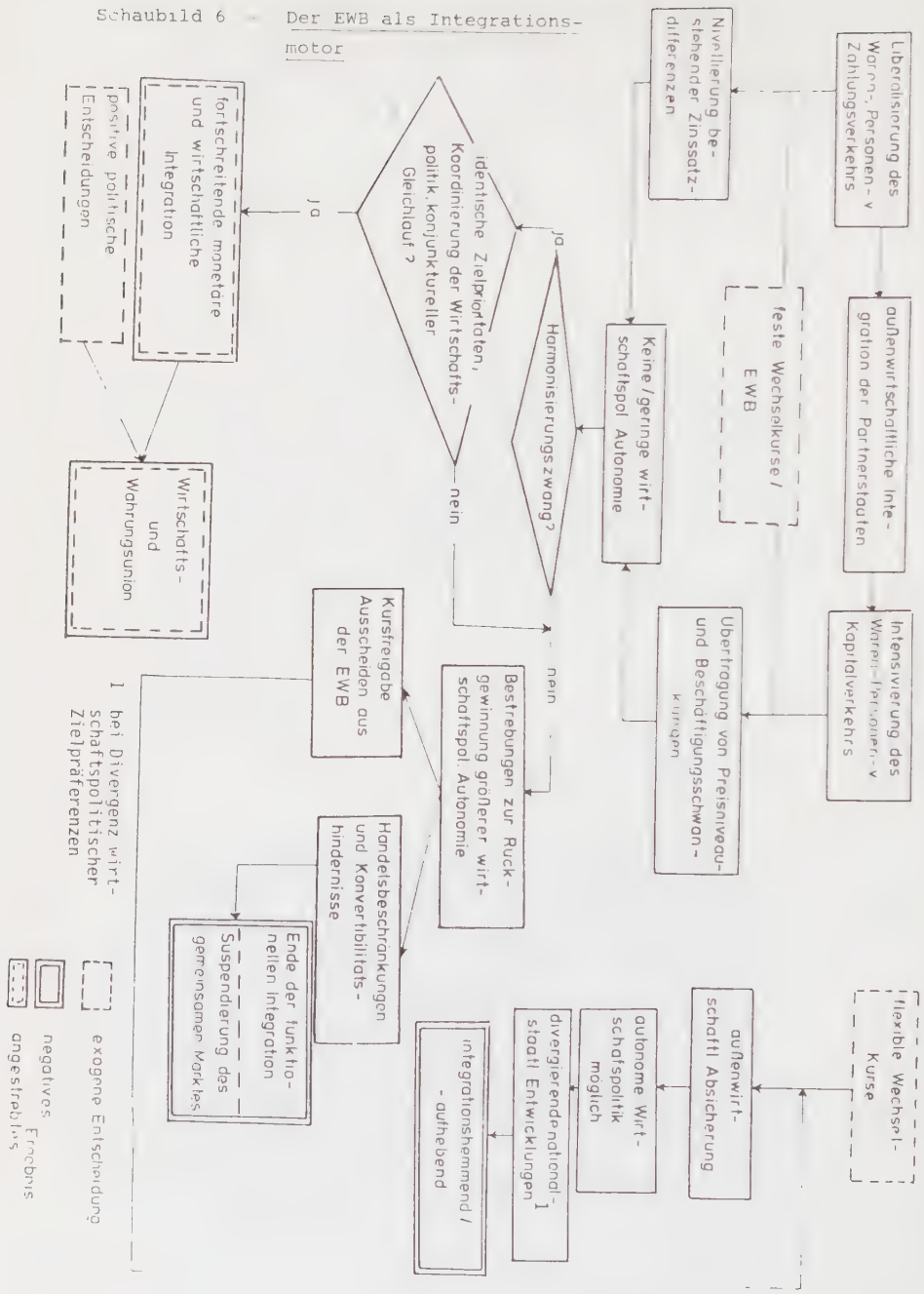
Die Erwartungen, die an den EWB in diesem Rahmen gestellt werden, sind in Schaubild 6 skizziert. In einem System fester Wechselkurse ist die Autonomie der Nationalstaaten weitgehend aufgehoben, da bei hoher Verflechtung der Volkswirtschaften konjunkturelle Impulse rasch übertragen werden³. Daraus er-

1 Jahresgutachten 1971/72 des SVR, a.a.O., S. 101 (Tz. 287)

2 vgl. Norbert Walter, Europäische Währungsintegration und die Reform des Weltwährungssystems, in: "Zur Neuordnung des internationalen Währungssystems, "Beihefte zur Konjunkturpolitik", Heft 20, Berlin 1973, S. 116; Emil-Maria Claasen, Europäische Währungsunion: Einige Anmerkungen zum Konzept der Parallelwährung, in: Kompendium der Währungstheorie, a.a.O., S. 201; Herbert Giersch, The Case for a European Parallel Currency, in: Report of the Study Group "Economic and Monetary Union 1980", Individual Contributions, Brussel March 1975, S. 78: "The promoters of the Werner-Plan thought that policy coordination would come about automatically." Sonderdruck der DBBk, Internationale Organisationen, a.a.O., S. 192

3 vgl. Jahresgutachten 1971/72 des SVR, a.a.O., S. 101 (Tz. 287)

Schaubild 6 Der EWB als Integrationsmotor



gibt sich ein Harmonisierungszwang¹, der über identische Zielprioritäten und eine Koordinierung der Politiken zu einem konjunkturellen Gleichlauf führen soll. Die bestehende Verflechtung werde so weiter vertieft, es werden politische Entscheidungen getroffen werden müssen, die nicht den "Rückfall in nationale Egoismen"², sondern Fortschritte auf dem Wege zur WWU bedeuteten. "Ist die Ohnmacht nationaler Geldpolitik offenkundig geworden und gewollt, und zwar ... als strategisches Mittel der Politik, so wird man sehen, daß es ohne Harmonisierung wichtiger Politikbereiche gar nicht mehr geht, und also wird die Harmonisierung vorankommen - und nur so."³

1 Zu dem Problem der Harmonisierung vgl. Hans Mayrzedt, Einige allgemeine tatsächliche Bestimmungsgründe für den Grad der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik, in: "Außenwirtschaft", 23. Jg. (1968), S. 381-415 und die dort angegebene Literatur, insbesondere James E. Meade, Probleme der Wirtschaftsunion souveräner Staaten, in: Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung, Tübingen und Zürich 1955 sowie Bela Balassa, The Theory of Economic Integration, London 1962. Den instrumentalten Charakter der Harmonisierung betont Tinbergen: Mit der Harmonisierung in der Gemeinschaft sollen nur die Bedingungen zur Erreichung bestimmter Ziele geschaffen werden, der Grad der Harmonisierung ist keinesfalls Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck. vgl. Ian Tinbergen, International Economic Integration, a.a.O., S. 59 f.

2 Jahresgutachten 1971/72 des SVR, a.a.O., S. 101 (Tz 287)

3 Ebenda

4. Zusammenfassung

Mittels der Techniken der National Goal Analysis ist eine Zielhierarchie für den EWB aufgestellt worden, die aus drei Teilzielen unterschiedlicher Gewichtung und einem übergeordneten Hauptziel besteht. Jedes dieser Ziele umfaßt eine Reihe untergeordneter Zielaussagen, die ähnlichlautend, zum Teil identisch sind. Das Zielsystem ist in sich nicht widerspruchsfrei. Insbesondere das Ziel einer außenwirtschaftlichen Absicherung binnenpolitischer Stabilisierungsbemühungen durch Kursfreigabe rivalisiert mit den Zielen, die zu ihrer Realisierung feste Kurse erfordern, wie z.B. das bessere Funktionieren der Gemeinschaftsmechanismen oder die Förderung der Integration.

Das allen anderen übergeordnete Hauptziel ist die Bewahrung und Förderung der europäischen Integration. Nachdem die ersten Ansätze zur Realisierung dieses Zieles wegen der wiederholten Währungskrisen erfolglos blieben, einigten sich die europäischen Regierungsvertreter 1969 und 1970 in einem Stufenplan, auf die Einengung der Schwankungsbreiten als wichtigstem Schritt der weiteren Integrationsanstrengungen. Diese Maßnahme repräsentiert die monetaristische Integrationsauffassung, die sich von der Bandbreiteneinengung einen Disziplinierungs- und Harmonisierungszwang verspricht. Man erwartet von der Beschränkung der wirtschaftspolitischen Autonomie den entscheidenden Anstoß zu einer gemeinsamen Gestaltung wichtiger Politikbereiche. In diesem Sinne wird der EWB als Integrationsmotor verstanden.

Ein wichtiges Teilziel des EWB sehen die Entscheidungsträger nationaler und gemeinschaftlicher Politik in der Stabilisierung der Wechselkurse, um so die (damaligen) Währungskrisen überwinden und zukünftige verhindern zu können. Eine Stabilisierung der Austauschrelationen versprach man sich von der Ab-

schreckung der Spekulation als einer und der Beseitigung ungleichgewichtiger Entwicklung der Volkswirtschaften als tieferer Ursache unerwünschter Schwankungen. Die Abschreckung spekulativer destabilisierender Kapitalbewegungen zwischen Block- und Drittstaaten sollte die Freigabe der Wechselkurse nach außen leisten, die Entmutigung der Intra-Block-Spekulation durch den Einsatz hoher Interventionsbeträge geschehen. Als Kausaltherapie zur Beseitigung unerwünschter Schwankungen ist die Harmonisierung der wirtschaftlichen Entwicklung gedacht, welche durch den Disziplinierungszwang fester Kurse bewirkt wird. Feste Wechselkurse stellen somit gleichzeitig Instrument und Ziel dar.

Eine weitere Zielsetzung des EWB besteht in der Sicherung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs. Feste Kurse stellen eine sichere Kalkulationsbasis bei grenzüberschreitenden Geschäften dar, kostenverursachende Kurssicherungsgeschäfte würden überflüssig, die Diskriminierung des Außenhandels beendet. Darüber hinaus ist die Funktionsfähigkeit des Außenhandels ein Ziel, das zumal in exportorientierten Staaten wie der Bundesrepublik zur Bewahrung und Schaffung von Arbeitsplätzen gefordert wird. Schwankende Kurse bilden nach Ansicht der zuständigen Politiker ein Investitions- und Wachstumshemmnis und führen zu einer Minderauslastung der Kapazitäten. Erst bei festen Kursen könne eine überdurchschnittliche Expansion des Welthandels erwartet werden, die die Bemühungen zur Minderung der Arbeitslosigkeit unterstütze. Für sehr wichtig werden feste Kurse überdies zur Wiederherstellung des Gemeinsamen Agrarmarktes gehalten, der von einer ersten Teilintegration zu einer völlig reglementierten Schutzzone degeneriert sei.

Ein letztes, weniger häufig genanntes Ziel des EWB ist die Erleichterung der Stabilitätspolitik in den Mitgliedsstaaten, um eine Angleichung der Preisstei-

gerungsraten auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen. Dieses Ergebnis verspricht man sich von der Freigabe des Dollarkurses, durch welche Blockländer mit Stabilitätsvorsprung in die Lage versetzt werden sollen, geldpolitische Instrumente zur Steuerung der Geldmenge, der Konjunktur und des Preisniveaus einsetzen zu können.

Andererseits werden 'schwächere' Staaten zur Ergreifung stabilisierender Maßnahmen gezwungen, um die international getroffenen Abmachungen einhalten zu können. Die Verpflichtung, feste Kurse gewährleisten zu müssen, wirkt aber nicht nur als Disziplinierungsinstrument, sondern erleichtert nach Meinung der EWB-Befürworter restriktive Maßnahmen auch dadurch, daß die Durchsetzbarkeit gegen die Interessen starker Gruppen steige. Des weiteren würden durch Beibehaltung der Paritäten starke Steigerungen der Importgüterpreise vermieden, die einen neuen Inflationsschub im Inland auslösen könnten.

Es bleibt im folgenden zu untersuchen, ob und in welchem Maße die genannten Zielsetzungen realisiert werden konnten.

Teil III: Überprüfung der Zielerreichungsgrade

1. Das Ausmaß der erreichten Wechselkursstabilisierung

1.1. Wechselkursbewegungen im Zeitablauf

Gegenstand des zweiten Hauptteils dieser Arbeit war die Entwicklung einer Zielhierarchie des EWB und die Darlegung der Wirkungszusammenhänge, die den Währungsverbund nach Auffassung seiner Befürworter zu einem geeigneten Instrument der Zielrealisierung machen.

Im folgenden Teil III soll der Versuch unternommen werden, das Ausmaß der jeweiligen Zielerfüllung oder Nichterfüllung zu überprüfen. Diese Aufgabe ist mangels expliziter Zielformulierung¹ nicht immer einfach, da die sog. Operationalitätsbedingung verlangt, daß "... die Formulierung eines Zieles der Bedingung genügt, daß die empirische Erfüllung des Zieles grundsätzlich überprüfbar ist."² Wie im politischen Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik generell, so herrschen auch im Rahmen des EWB unklare Zielformulierungen in dem Sinne vor, daß "... entweder das Objekt oder die erwünschte Tendenz oder beides gar nicht oder nicht eindeutig bestimmt ist."³ Zielaussagen, die neben der Beobachtungsgröße Angaben über den gewünschten Veränderungsgrad (erstgradig operational) oder die erwünschte Veränderungsrich-

1 Zu der Problematik nicht-operationaler Ziele vgl. Dietrich Storbeck, Zur Operationalisierung, a.a.O., S. 98-104

2 Hans-Karl Schneider, Plankoordinierung in der Regionalpolitik, in: Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, Hrsg. E. Schneider, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 45, Berlin 1967, S. 248

3 Dieter Storbeck, Zur Operationalisierung, a.a.O., S. 104

tung (zweitgradig operational) machen, sind aus vielfältigen Gründen von den Zielsetzenden nicht gewollt oder diesen nicht möglich¹. Nun lassen sich Ziele allerdings "auf deduktivem Wege in (zweitgradig operationale) Tendenzaussagen transformieren"², so daß Aussagen über die Zielerfüllung möglich werden.

Mit der Einengung der Bandbreiten innerhalb des EWB ist die Zielrichtung deutlich geworden: Es sollte ein engeres Band gelten als es nach internationalen Vereinbarungen (im IWF) der Fall war³. Nun unterliegen Zielsetzungen aber Änderungen im Zeitablauf. Der Begriff 'engeres Band' verliert an Sinn angesichts der Tatsache, daß international gefloattet wird und somit der Vergleichsmaßstab verloren gegangen ist. Mit der präzisen Angabe der Schwankungsbreite ($\pm 2,25\%$) ist kein absolutes Zielniveau angegeben worden, weil die Zielsetzenden selbst stets gefordert haben, daß Paritätsänderungen bei entsprechender wirtschaftlicher Auseinanderentwicklung möglich sein müssen⁴.

Deshalb soll im folgenden von einem Erfolg des Blocks dann gesprochen werden, wenn die Schwankungen zwischen den Verbundwährungen geringer waren als zwischen ihnen und Drittwährungen. Der Erfüllungsgrad des Zieles steigt mit abnehmender Schwankungsbreite.

1 vgl. Dieter Porada, Der Beitrag der Wissenschaft, a.a.O., S. 37 ff.

2 Dieter Porada, Der Beitrag der Wissenschaft, a.a.O., S. 41

3 vgl. Entschließung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten vom 22. März 1971, a.a.O., S. 50 (III, 7)

4 vgl. so z.B. Alex Möller, der Franc-Rückzug ist so dramatisch nicht, "Handelsblatt Nr. 63 vom 30. März 1976, S. 3; Hans Apel und Karl Klasen auf der Pressekonzferenz der DBBk am 18. Oktober 1976, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 68 vom 21. Oktober 1976, S. 1; 14. Jahresbericht über die Tätigkeit des Währungsausschusses, a.a.O., S. 4

Der EWB verstand sich als Versuch, zu einer gemeinsamen europäischen Lösung der internationalen Währungsprobleme zu gelangen. Die Gemeinsamkeit ging im Laufe der sechsjährigen Geschichte, wie die Änderungen des Mitgliederbestandes zeigen, verloren (vgl. Tabelle 5), die 'Schlange' des Jahres 1973 ist zu einer 'Minischlange' geworden. Insbesondere die Franzosen wählten stets die 'letzte' Möglichkeit, sich den Anforderungen fester Wechselkurse zu entziehen, nämlich das Verlassen des Blocks. Im Unterschied zu allen anderen Währungen des EWB wurde die Praxität des FF niemals angepaßt¹, die französischen Regierungen zogen bei hoher Beanspruchung

Tabelle 5 - Änderung der Mitgliedschaft im EWB
1972-1977

Datum	Änderungen der Mitgliedschaft	Zahl der Teil-
Eintritt	Austritt	nehmer
<u>1972</u>	(Gründung)	
24. April	D, B, NL, F,	6
	I, L,	
1. Mai	GB, DK	8
23. Mai	Na	9
23. Juni		8
27. Juni	GB	7
10. Okt.	DK	8
<u>1973</u>		
13. Febr.	I	7
10. März	Sa	8
<u>1974</u>		
19. Jan.	F	7
<u>1975</u>		
10. Juli	F	8
<u>1976</u>		
15. März	F ^b	7
<u>1977</u>		
29. Aug.	S	6
a Assoziierung		
b gleichzeitig Aufgabe der verengten Bandbreite von 1,5 % zwischen den Benelux-Staaten		

1 vgl. dazu Fritz Franzmeyer, Neue Wege, a.a.O., S. 159

Diesen Weg der Anpassung an einen Auf- oder Abwertungsdruck gingen die Länder, die (mit Ausnahme Schwedens) auch heute noch dem EWB angehören. Tabelle 6 zeigt Häufigkeit und Höhe der jeweiligen Anpassungen. Es fällt auf, daß die DM nach der norwegischen Krone den größten Paritätsänderungen unterlag, im Unterschied zu letzterer aber stets aufgewertet werden mußte. Schon diese (unzulängliche) Betrachtungsweise belegt, daß unwi-

Tabelle 6 - Änderungen der Paritäten im EWB
1973-1978 in % der bisherigen Parität

Währung Datum	DM	nkr	dkr	hfl	skr
<u>1973</u>					
19. März	+ 3				
29. Juni	+ 5,5				
17. September				+ 5	
16. November		+ 5			
<u>1976</u>					
18. Oktober	+ 3,2 ^a				
<u>1977</u>					
1. April	- 3	- 3			- 6
28. August	- 5	- 5			
<u>1978</u>					
11. Februar	- 8				
16. Oktober	+ 3,0 ^b				

+ = Aufwertung - = Abwertung

a Mittelwert aus einer differenzierten Aufwertung:
gegen bfr und hfl je 2 %
skr und nkr je 3 %
dkr 6 %

b Differenzierte Aufwertung:
gegen dkr und nkr je 4 %
hfl und bfr je 2 %

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

derruflich feste Wechselkurse, wie sie für eine Währungsunion gefordert werden, tatsächlich als ein 'Endziel'¹ anzusehen sind.

Wie aber ist der Blockerfolg zu beurteilen, wenn man die Kursentwicklung nicht "an dem heute noch unrealistischen Fernziel absolut fester Paritäten mißt"², sondern lediglich "eine relative Stabilität angesichts erheblicher Turbulenzen im Weltwährungssystem"³ fordert?

Zur Beantwortung dieser Frage seien die Änderungen des Außenwerts der Block- und einiger wichtiger Drittwährungen gegenüber den Währungen von 22 wichtigen Handelspartnern der Bundesrepublik Deutschland verglichen.

Die schwedische Krone (skr), die mit Wirkung vom 29. August 1977 aus dem EWB ausgeschieden ist, geht in die Berechnungen für 1977 als Drittwährung ein, da andernfalls die Ergebnisse der Blockentwicklung negativ verzerrt würden.

Als wichtige Vergleichswährungen fungieren der französische Franken (FF), der US-Dollar (\$), die italienische Lira (Lit) und das Pfund Sterling (£st).

Die Auswahl dieser Währungen könnte auf die Kritik stoßen, durch sie die unterschiedlichen Niveaus der betrachteten Größen bewußt herbeigeführt zu haben, um einen relativen Erfolg des EWB nachweisen zu können. Diesem Einwand ist jedoch zu entgegnen, daß bis auf den US-Dollar als nach wie vor wichtigster Weltwährung nur die Währungen solcher Länder ausgewählt worden sind, die der EG angehören, was allein sie zu potentiellen Teilnehmern macht, und daß sie andererseits dem EWB bereits angehört haben, ausscheiden mußten und ihre Absicht bekundet haben, baldmöglichst zurückzukehren. Diese Auswahl ist demnach nicht als willkürlich, sondern als durchaus sachgerecht zu betrachten.

1 vgl. Entschließung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten vom 22. März 1971, a.a.O., S. 45

2 Alex Möller, a.a.O., S. 3

3 Ebenda

Tabelle 7 - Entwicklung des Außenwerts¹ wichtiger
Währungen gegenüber 22 Ländern
 1972 = 100, jeweils Jahresendwerte

Valuta	1973	1974	1975	1976	1977
DM	112,0	117,7	115,4	132,8	143,5
bfr	99,3	104,3	101,8	113,3	116,3
dkr	103,5	106,8	106,9	115,8	111,2
hfl	104,0	109,8	110,0	120,3	121,9
nkr	108,8	111,6	113,8	124,0	121,2
skr	96,5	100,3	101,7	110,6	93,6
FF	101,7	99,4	107,2	98,8	99,1
§	94,1	93,9	98,2	100,7	98,6
Lit	85,6	75,8	76,6	60,9	57,7
Est	90,0	87,6	79,5	66,4	72,7
—— Trennung zwischen Block- und Drittwerten					
1 Zu der genauen Berechnungsmethode vgl. den Sonderaufsatz "Zur Berechnung des gewogenen Aufwertsatzes der D-Mark", Monatsberichte der DBBk, 31. Jg., Nr. 4, April 1979					

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank,
 Januar 1978, S. 78 f.

Die graphische Darstellung der Kursverläufe macht deutlich, daß die Entwicklung der Blockkurse zwar nicht völlig gleichmäßig, immerhin aber wesentlich gleichmäßiger als die der betrachteten Drittwährungen verlief (In der Graphik gilt der FF als Drittwährung).

Dies belegen auch Mittelwerte und Streuungsmaße. Zur Hervorhebung der unterschiedlichen Entwicklung seien die mittlere absolute Abweichung vom Mittelwert aller Indizes und die von diesem Mittelwert ausgehenden Variationskoeffizienten betrachtet.

Schaubild 7 - Entwicklung des Außenwerts wichtiger Währungen gegenüber 22 Ländern

1972 = 100, Abweichungen in %

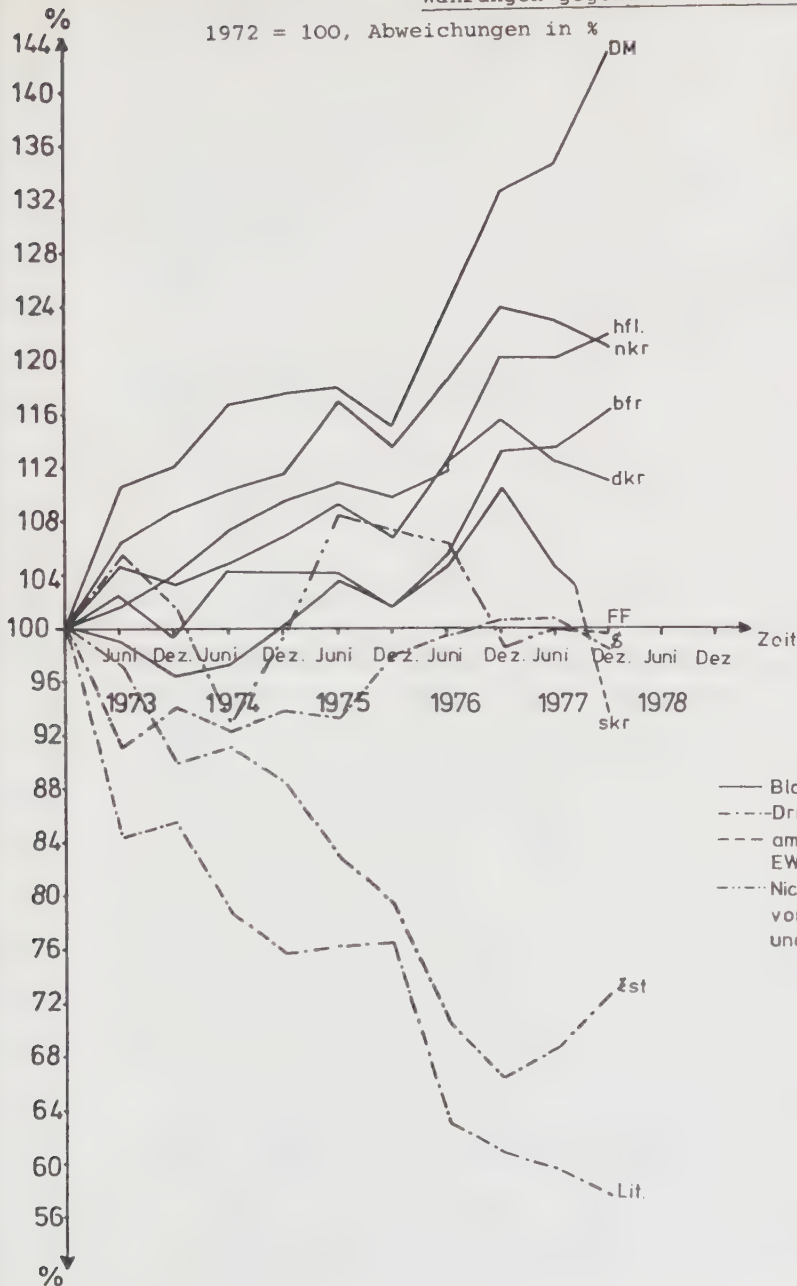


Tabelle 8 - Mittelwert und Streuungsmaße der
Kurse von Block- und Drittwährungen
Ende 1973 - Ende 1977

Maße	1973	1974	1975	1976	1977
Mittelwert der Indizes	99,6	100,7	101,1	104,4	103,6
Mittlere abso- lute Abweichung der Währungen	im EWB 4,17 Dritter 9,70	7,85 11,53	7,01 16,33	15,07 22,70	19,22 19,26
Variations- koeffizienten (in %) der Währungen	im EWB 4,64 Dritter 10,34	9,43 14,38	8,49 18,73	16,08 27,85	21,39 24,45

Quelle: Berechnet nach Werten der Tabelle 7

Dieser Vergleich zeigt, daß die Entwicklung der Blockkurse wesentlich homogener war als die der Drittwährungen. Dabei fällt auf, daß die Abweichung von dem jeweiligen arithmetischen Mittel des Jahres bei beiden Währungsgruppen von Jahr zu Jahr zunimmt (Ausnahmen: 1975 bei den EWB-Währungen und 1977 bei den Drittwährungen). Dieser "Spreizeffekt"¹ wird auch in der bildlichen Darstellung der Indizes deutlich.

Da die Streuung bei großen Zahlenwerten höher als die von kleineren ist, die Blockwährungen aber fast ausnahmslos fester als die betrachteten Fremdwährungen notierten, ist es sinnvoll, zur Ausschaltung dieser Verzerrung ein relatives Streuungsmaß zu betrachten, den Variationskoeffizienten.

Der Vergleich zeigt, daß die Entwicklung der Block- und Drittwährungen zunehmend ungleichgewichtiger wurde. Ebenso deutlich aber wird der Unterschied zwischen beiden Gruppen unter Einschluß des Jahres

1 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank,
Juni 1976, S. 33

1977, in dem bei Vergleich der mittleren absoluten Abweichung eine starke Annäherung (19,22 und 19,26) festzustellen war. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Abweichung der Blockkurse vom gemeinsamen Mittelwert über alle Jahre deutlich geringer als die der Drittwährungen war.

Diese geringen Abweichungen haben sich nicht zuletzt durch starke Eingriffe der Notenbanken in die Kursentwicklung ergeben (es ist allerdings nicht genau bekannt, in welchem Maße alle Zentralbanken floatender Währungen in die Devisenmärkte eingegriffen haben¹. Diese zum Zeit erheblichen Interventionen haben zu einer Liquidisierung der heimischen Geldmärkte geführt².

Um zu untersuchen, wie die Entwicklung innerhalb der beiden Währungsgruppen verlaufen ist, seien der Mittelwert der Block-Indizes und die Abweichungen dort mit dem der Drittwährungen und deren Abweichungen verglichen. Die Berechnungen erfolgten auf Basis der Werte aus Tabelle 7, die wechselnde (Nicht-)Mitgliedschaft Frankreichs und das Ausscheiden Schwedens im Jahre 1977 sind entsprechend berücksichtigt.

Tabelle 9 - Maßzahlen der Kursentwicklung innerhalb des EWB
Ende 1973 - Ende 1977

Maßzahlen	1973	1974	1975	1976	1977
Mittelwerde der Block-Indizes	103,7	108,4	108,1	119,5	122,8
Mittlere absolute Abweichung	3,93	4,62	4,24	6,23	8,26
Variationskoeffizient in %	4,75	5,10	4,59	6,19	8,98

1 vgl. zur Höhe der getätigten Interventionen Tabelle 13, S. 134

2 vgl. Hans-Eckert Scharrer, Erfahrungen mit dem Floating, a.a.O., S. 245; BIZ, 47. Jahresbericht, a.a.O., S. 137 ff.;

Hinweise auf die Einzelheiten der Interventionen seitens der amerikanischen, schweizerischen und deutschen Notenbank finden sich in den März- und September-Heften des Federal Reserve Bulletin, Treasury and Federal Reserve Foreign Exchange Operations

Tabelle 10 - Maßzahlen der Kursentwicklung aus-
gewählter Währungen

Auswertungen aus Tabelle 7

Maßzahlen	1973	1974	1975	1976	1977
Mittelwerte ausge- wählter Währungen	89,9	89,2	84,8	81,7	84,3
Mittlere absolute Ab- weichung	2,87	7,48	8,97	18,05	15,32
Variationskoeffizient in %	3,86	9,84	11,29	22,24	19,51

Die mittleren absoluten Abweichungen der Blockindizes reichen von 3,93 im Jahr 1973 bis zu 8,26 in 1977. Sie werden weit übertroffen von denen der Drittwährungen, bei denen sich Werte von 15,32 in 1977 und sogar 18,05 in 1976 (EWB: 6,23) ergaben. Die Variationskoeffizienten der Drittwährungen übersteigen die der EWB-Währungen mithin um das 1,9fache (1974) bis 3,6fache (1976). Lediglich im Jahr 1973, in dem aus der 'Schlange im Tunnel' die 'Schlange' wurde, verlief die Entwicklung unter den Fremdwährungen gleichmäßiger als innerhalb des EWB. Daraus ergibt sich die Überzeugung, daß "die Realität des Europäischen Währungsverbundes ... in einer objektiv nachweisbaren und nunmehr über eine Reihe von Jahren durchgehaltenen gegenseitigen Kursstabilität ... besteht"¹(vgl.Tab.8).

Die Milderung der Kursschwankungen wird ersichtlich, wenn man die Kursentwicklung der DM gegenüber anderen Währungsgruppen betrachtet. Zu einer solchen Gegenüberstellung bietet sich die DM aus zwei Gründen besonders an: einmal ist sie die den EWB 'beherrschende' Währung, weshalb ihrer Entwicklung eine größere Bedeutung zukommt; darüber hinaus hat sich der Wert der DM als ständig aufgewerteter Währung weiter vom Mittel der Notierungen entfernt als der aller anderen Valuten des EWB.

1 Alex Möller, a.a.O., S. 3

Tabelle 11 - Entwicklung des Außenwerts der DM gegenüber drei Währungsgruppen

1972 = 100, jeweils Jahresend-Notierung

	EWB-Währungen	EG-Währungen	22 wichtigen Handelspartnern
1973	107,9	112,5	112,0
1974	106,3	118,7	117,7
1975	106,1	116,1	115,4
1976	107,8	138,2	132,8
1977	111,5	146,5	143,5

Quelle: Monatsberichte der DBBK, Januar 1978, S. 78

Innerhalb eines einzigen Jahres hatte die DM eine Aufwertung von 7,9 (Index-) Punkten im Verhältnis zu den EWB-Währungen zu verzeichnen, aber bereits 12,5 bzw. 12,0 Punkte gegenüber den beiden Vergleichsgruppen. Nach vorübergehender Abschwächung im Jahre 1974/75 wurde im Jahr 1976 die divergierende Entwicklung der DM zu den Vergleichsgruppen besonders deutlich. Ende des Jahres 1976 betrug der Aufwertungssatz der DM zum Block lediglich 7,8 Punkte, zu den 22 wichtigsten Handelspartnern bereits 32,8, zu den EG-Währungen gar 38,2 Punkte. Dieser Trend setzte sich auch in den kommenden Jahren fort (August 1978: zum EWB 112,2; zur EG 147,6; zu 22 Handelspartnern 146,8)¹.

Schwieriger als die Feststellung der Entwicklungsunterschiede fällt deren Begründung. Ist die größere gegenseitige Wechselkursstabilität innerhalb des Blocks auf die mindestens teilweise gelungene Abschreckung der destabilisierend wirkenden Spekulation², auf eine im internationalen Vergleich harmo-

1 vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, September 1978

2 vgl. Teil II, Kapitel 3.1.1.

nischere wirtschaftliche Entwicklung¹ oder lediglich auf den steten Einsatz beträchtlicher Interventionsbeträge zurückzuführen?

1.2. Die Bedeutung des kurzfristigen Kapitalverkehrs

Wechselkursänderungen werden nicht nur durch Verschiebungen der Zahlungsbilanzpositionen hervorgerufen, sondern im wesentlichen, insbesondere kurz- und mittelfristig, durch kurzfristige Kapitalbewegungen². Diese kurzfristigen Geldströme waren häufig nicht zinsertragsorientiert, sondern durch spekulative Erwägungen über die zukünftige Kursentwicklung motiviert³. Wenn aber vor allem kurzfristige Kursausschläge vermieden werden sollen, dann muß deren Quelle, der kurzfristige Kapitalverkehr, beeinflußt werden.

Als Kanäle spekulative Geldbewegungen nennt die Deutsche Bundesbank die Höhe der Verbindlichkeiten deutscher Kreditinstitute gegenüber ausländischen Banken in deren Währung und in Dollar⁴, die Veränderung der terms of payment⁵, die Höhe der Finanzkredite⁶ und das Ausmaß des Absatzes von inländischen Wertpapieren an Ausländer⁷. Um zu einem Urteil über

1 vgl. Teil II, Kapitel 3.1.2.

2 vgl. Hinweise auf Seite 84; Hans-Eckart Scharrer, Erfahrungen mit dem Floating, a.a.O., S. 246; Hans Mayrzedt, Der Zusammenhang zwischen Zahlungsbilanz und Wechselkurs am Beispiel der BRD, a.a.O., S. 341 f.

3 vgl. zu der Begründung dieser Feststellung H. Mayrzedt, O.von Platen, A.Rölly, Die Stellung der Schweiz im internationalen Zinsgefüge unter dem Gesichtspunkt der Wechselkursbildung, in: "Außenwirtschaft", 31. Jg., (1976), S. 21 f.

4 vgl. Monatsberichte der DBBk, Juni 1973, S. 45

5 vgl. Monatsberichte der DBBk, März 1973, S. 6

6 vgl. Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1972, S. 18

7 vgl. Ebenda

die Bemühungen zur Abschreckung der Spekulation innerhalb des EWB kommen zu können, sei der kurzfristige Kapitalverkehr der Kreditinstitute und Wirtschaftsunternehmen in der BRD¹ in den Jahren von 1972 bis 1977 betrachtet.

1972

Im Jahre 1972 überwogen im kurzfristigen Kapitalverkehr die Geldabflüsse. Bei nur geringen Änderungen der Auslandsaktiva und -passiva der deutschen Kreditinstitute kam es zu einem Kapitalexport in Höhe von DM 0,4 Mrd. Im Unternehmensbereich wurden kurzfristige Finanzkredite wegen der Einführung eines Bardepots für Auslandsgelder im März 1972 in Höhe von 5,6 Mrd. DM getilgt. Die gegenläufige Entwicklung bei den Handelskrediten², Kapitalzuflüsse von 1,0 Mrd. DM, ist auf die Ausklammerung dieses Bereiches aus den getroffenen Abschirmungsmaßnahmen gegen Auslandsgelder zurückzuführen.

1973

Das Jahr 1973 war von Währungskrisen im Februar, Juni/Juli und September/Okttober gekennzeichnet. Es kam zu vier Paritätsänderungen im EWB, zu einer Abwertung des Dollars um 10 % und zum Austritt Italiens aus dem Währungsverbund. Der Kapitalzufluß zum Unternehmensbereich betrug insgesamt 9 Mrd. DM, vor allem

1 Die BRD bietet sich für eine Betrachtung an, weil die DM als stets aufwertungsverdächtige Valuta besonderes Ziel der Spekulation war, andererseits die DBBk aber auch über das größte Potential zur Spekulationsabwehr verfügt.

Eine ausführlichere Untersuchung findet sich in: Tendenzwende im Kapitalverkehr - Die Zahlungsbilanz der BRD seit der Abkehr vom Fixkurssystem -, ifo-Schnelldienst, 29. Jg., Heft 13, München 6. Mai 1976, S. 7-14

2 Handelskredite entstehen durch in Anspruch genommene oder gewährte Zahlungsziele und geleistete oder empfangene Vorauszahlungen.

Tabelle 12 - Kurzfristiger Kapitalverkehr der
Kreditinstitute und Wirtschaftsunter-
nehmen in der BRD
1972-1977 in Mrd. DM

Position \ Jahr		1972	1973	1974	1975	1976	1977
Kredit- institute	Auslandspassiva (Zunahme: +)	+1,2	+2,8	+2,3	+10,8	+9,4	+6,4
	Auslandsaktiva (Zunahme: -)	-1,6	-7,9	-12,0	-13,0	-2,7	+2,1
	Saldo (Kapital- abfluß: -)	-0,4	-5,1	-9,7	-2,2	+6,7	+8,5
Wirt- schafts- unter- nehmen	Finanzkredite (Aufnahme: +)	-5,6	+1,5	+3,1	+2,5	± 0	+8,5
	Handelskredite (Kapital- zuflüsse: +)	+1,0	+7,0	-12,4	+3,8	-5,1	-3,9
	Saldo (Kapital- abfluß: -)	-4,6	+8,5	-9,3	+6,3	-5,1	+4,6
Kapitalexport (-)/-import (+) insgesamt		-5,0	+3,4	-19,0	+4,1	+1,6	+12,9

Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank
1972-1978 und Geschäftsbericht für das
Jahr 1977

durch die Inanspruchnahme von Handelskrediten, die von der Bardepotregelung und Genehmigungspflicht ausgeschlossen waren. Aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Handelskrediten um 10 Mrd. DM und der Forderungen um 3 Mrd. DM vor allem im ersten Quartal resultierte ein Mittelzufluß von 7 Mrd. DM. Im Rahmen der Wechselkurspekulation leisteten ausländische Importeure erhöhte Anzahlungen an deutsche Unternehmen und inländische Importeure verzögerten ihre Zahlungen an das Ausland, um in den Genuß einer aufgewerteten DM zu kommen.

Auf Grund von Spannungen im EWB wiederholt sich dieser Vorgang im Sommer und Spätherbst des Jahres. Wegen der administrativen Beschränkungen im Finanzsektor wurden Finanzkredite nur in einer Höhe von

1,5 Mrd. DM aufgenommen.

Im Kreditsektor kam es 1973 zu einem Mittelabfluß von 5,1 Mrd. DM (Zunahme der Passiva um 2,8 Mrd. (Zufluß) bei gleichzeitiger Zunahme der Aktiva um 7,9 Mrd. (Abfluß)). In der Februar/März-Krise allerdings überwogen die Zuflüsse mit 7,5 Mrd. DM, die aber durch Abflüsse zum Ende des Jahres überkompensiert wurden.

1974

Trotz der sehr hohen Veränderungen der Positionen im Kredit- und Unternehmenssektor war das Jahr 1974 'spekulationsfrei'. Der Nettogeldexport der Kreditinstitute von fast 10 Mrd. DM beruht auf der Anlage der aus dem Nichtbankensektor stammenden Devisen auf Auslandsmärkten. Die Zunahme der kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten ist Ergebnis der Geldabzüge infolge der Herstatt-Krise.

Die hohen Abflüsse aus dem Unternehmenssektor (9,5 Mrd. DM) sind durch die starke Ausdehnung der gewährten Handelskredite seitens deutscher Exporteure als Folge des stark gestiegenen Exportvolumens ausgelöst worden. Die Zuflüsse über aufgenommene Finanzkredite erklären sich aus dem niedrigeren Zinsniveau im Ausland.

1975

Auch im Jahr 1975, in dem Frankreich in den EWB zurückkehrte, gab es weder Währungsunruhen noch ausgeprägte Spekulationswellen.

Die hohe Zunahme der Auslandsaktiva und -passiva sind Ausdruck des stark expandierenden Auslandsgeschäfts deutscher Geschäftsbanken, die liquide Mittel wie langfristiges Kapital, dies in noch sehr viel höherem Maße, exportierten.

Die deutschen Unternehmen importierten auf dem Weg über Handelskredite (3,8 Mrd.) und aufgenommene Fi-

nanzkredite (2,5 Mrd.) erhebliche Mittel (6,3 Mrd. DM), da Kredite im Ausland zinsgünstiger waren.

1976

Anders als in den beiden Jahren zuvor kam es in 1976 zu starken Spannungen im EWB. Im März 1976 schied Frankreich abermals aus, Paritäten mußten einige Male geändert werden. Neben starken Interventionen der Deutschen Bundesbank, auf die noch näher eingegangen wird, kam es auch zu erheblichen Änderungen der hier betrachteten Größen, wobei das Ziel der Auslandsgelder nicht der Unternehmenssektor, sondern der Bankenbereich war. Während die Forderungen deutscher Unternehmen aus eingeräumten Zahlungszielen und geleisteten Anzahlungen um 11 Mrd. stiegen, erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus in Anspruch genommenen Zahlungszielen und vom Ausland geleisteten Anzahlungen um 6 Mrd., so daß es per Saldo zu einem Nettogeldexport vom 5 Mrd. DM kam.

"Die Veränderungen im kurzfristigen Kapitalverkehr der Kreditinstitute ... standen im Frühjahr und Spätsommer deutlich unter dem Einfluß spekulativer Geldbewegungen".¹ Der Geldimport 1976 belief sich insgesamt auf 6,7 Mrd. DM durch eine Zunahme der Passiva um 9,4 Mrd. und der Aktiva um 2,7 Mrd.. In dieser Größe kommt nicht zum Ausdruck, daß Kapitalrückflüsse im vierten Quartal die erheblichen Zuflüsse in der ersten spekulativen Phase im ersten Quartal (5,8 Mrd.) und der zweiten Phase im dritten Quartal (3,5 Mrd.) teilweise rückgängig machten.

1977

Das Jahr 1977 stand ganz im Zeichen großer Unruhe an den Devisenmärkten zum Jahresende.

Im EWB mußten fünf Kursrelationen geändert werden, Schweden schied aus. Die in die Bundesrepublik strö-

1 Monatsberichte der DBBk, März 1977, S. 20

menden Gelder flossen vor allem dem Kreditsektor zu. Die Auslandspassiva erhöhten sich um DM 6,4 Mrd., allein im Oktober und November allerdings um rund DM 7 Mrd. Der Rückgang der Auslandsforderungen um DM 2,2 Mrd. erhöhte die Zuflüsse auf DM 8,5 Mrd..

Auch durch die Aktivitäten der Wirtschaftsunternehmen flossen 1977 erhebliche Mittel ein, bei einer Aufnahme von Finanzkrediten in Höhe von DM 8,5 Mrd. und Abbau der Handelskredite (über das ganze Jahr) in Höhe von DM 3,9 Mrd. ergab sich ein Saldo von 4,6 Mrd. DM, mithin betrug der gesamte Kapitalimport DM 12,9 Mrd.

Die Entwicklung des kurzfristigen Kapitalverkehrs in den Jahren 1972 bis 1977 zeigt, daß es nach wie vor zu Unruhen an den Devisenmärkten und hohen Geldimporten in die Bundesrepublik kam. Ausgeprägte Spekulationswellen gab es im Sommer und Spätherbst 1973, im März und Spätherbst des Jahres 1976 und zum Jahresende 1977, während die Jahre 1974 und 1975 'spekulationsfrei' waren. Dem Druck auf die Wechselkurse gaben Frankreich und Schweden durch Verlassen des Blocks, Deutschland und Norwegen durch häufigere Anpassungen der Paritäten nach. Trotzdem ist es anders als zur Jahreswende 1971/72 nicht zu einem Zusammenbruch des (regional begrenzten) Festkurssystems gekommen, wie er von vielen als zwangsläufig angesehen worden ist. Anders als das Bretton-Woods-System konnte der EWB, wenn auch mit gelegentlichen Adjustierungen, aufrechterhalten werden, spekulative Geldbewegungen erreichten nicht die Größenordnung der Jahre vor der EWB-Gründung.

Diese Tatsache ist aber nicht nur auf die Freigabe des Dollarkurses und die damit verbundene Erhöhung des Verlustrisikos für Spekulanten, sondern sicher auch auf den Einsatz hoher Reservenbestände im Rahmen der EWB-Interventionen zurückzuführen.

1.3. Interventionen im Europäischen Währungsblock

Die im EWB festgelegten Paritäten sollten durch unbegrenzte, gleichzeitige und zweiseitige Interventionen der jeweils beteiligten Zentralbanken gesichert werden¹. Da eine weitgehende und sofortige Harmonisierung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht möglich und wohl auch nicht zu erwarten war, mußten in der Tat erhebliche Mittel eingesetzt werden, um die vereinbarten Margen aufrechterhalten zu können.

Das Ausmaß nach wie vor bestehender spekulativer Bewegungen läßt sich aus den Interventionen ablesen, zu denen die Deutsche Bundesbank gezwungen war (vgl. Tabelle 13). Neben Stützungsaktionen in Teilnehmerwährungen haben Interventionen in Dollar zunehmend an Bedeutung gewonnen, da sie leichter zu handhaben sind und den gleichen kursdämpfenden Effekt erzielen.

Von Januar bis März 1973, also vor Freigabe des Dollarkurses wurden im EWB lediglich 0,6 Mrd. DM, zur Stützung des Dollars aber immerhin DM 20,5 Mrd. eingesetzt. Nach der Kursfreigabe kehrte sich dieses Verhältnis um, die EWB-Interventionen machten ein Mehrfaches der Dollarinterventionen aus. Die nächste Phase starker spekulativer Aktivitäten im März 1976 machte den Einsatz von DM 9,7 Mrd., im Oktober von 6,7 Mrd. DM erforderlich. Im Winter des Jahres 1977 wurden weitere DM 15 Mrd, je zur Hälfte in Teilnehmerwährungen und in Dollar zu Stützung der Kurse aufgewendet.

Indem durch die Interventionen bereitgestellten zusätzlichen Zentralbankgeldmenge, die zu einer Liquidisierung der Geldmärkte und potentiellen Gefährdung der erreichten Stabilität führt, ist der 'Preis' für die gewonnene relative Wechselkursstabilität zu sehen. Zwar erfolgte nach hohen Interventionen stets

1 vgl. Teil I, Kapitel 2.2.1.

Tabelle 13 - Veränderungen der Nettoauslandsposition der Deutschen Bundesbank^a durch Interventionen im EWB und sonstige Devisenbewegungen
1973-1977 in Mrd.DM ¹ + = Zuflüsse - = Abflüsse

Zeitraum	Insgesamt	Interventionen im EWB ^b	sonstige Devisenbewegungen ^c
<u>1973</u>			
Januar-März	+ 19,9	- 0,6	+ 20,5
April-Mai	- 0,9	- 1,5	+ 0,6
Juni-Juli	+ 8,5	+ 5,8	+ 2,7
August-September	+ 3,4	+ 4,3	- 0,9
Oktober-Dezember	- 4,5	- 1,1	- 3,4
Januar-Dezember	+ 26,4	+ 6,8	+ 19,6
<u>1974</u>			
Januar	- 2,54	+ 0,31	- 2,85
Februar	- 0,31	- 0,06	- 0,26
März-Mai	+ 6,10	+ 4,03	+ 2,07
Juni	- 0,36	+ 0,12	- 0,48
Juli-September	- 6,43	- 3,51	- 2,92
Oktober-November	+ 2,01	- 0,75	+ 2,73
Dezember	- 0,37	0	- 0,37
Januar-Dezember	- 1,91	+ 0,17	- 2,08
<u>1975</u>			
Januar-März	+ 5,0	0	+ 5,0
April-September	- 6,6	- 1,8	- 4,8
Oktober	+ 1,1	0	+ 1,1
November-Dezember	- 1,6	0	- 1,6
Januar-Dezember	- 2,2	- 1,8	- 0,4
<u>1976</u>			
Januar	+ 0,1	0	+ 0,1
Februar-März	+ 9,7	+ 8,7	+ 1,0
April-Juni	- 3,6	- 1,4	- 2,2
Juli-Mitte Oktober	+ 6,7	+ 8,0	- 1,4
Mitte Okt.-Dezember	- 4,1	- 3,9	- 0,2
Januar-Dezember	+ 8,8	+ 11,5	- 2,7
<u>1977</u>			
Januar-März	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7
April-September	- 1,5	- 1,5	0
Oktober-November	+ 9,0	+ 5,0	+ 4,0
Dezember	+ 6,0	- d	- d
Januar-Dezember	+ 14,1	+ 6,4 e	+ 7,7 e
1 Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen a ohne Veränderungen durch Wertberichtigungen b Frankreich hat vom 21.1.1974-9.7.1975 und ab 15.3.1976 nicht am Währungsverbund teilgenommen. Die Interventionen umfassen 'freiwillige' intramarginale An- und Verkäufe c Interventionen in Dollars sowie Devisenan- und -verkäufe der DBBk außerhalb des Devisenmarktes d - = nicht bekannt e für Dezember wurde eine gleiche Interventionshöhe innerhalb und außerhalb des EWB unterstellt			

Quelle: Geschäfts- und Monatsberichte der DBBk 1974-1978

ein späterer Mittelabfluß, aber nicht in einer Höhe, die die vorherige Geldschöpfung kompensiert hätte¹.

1.4. Die Bedeutung unterschiedlicher Preissteigerungsraten

Bei den Überlegungen zur Begründung der unterschiedlichen Wechselkursentwicklung hat trotz der Vielzahl möglicher Bestimmungsfaktoren stets die unterschiedliche Preissteigerungsrate im Vordergrund gestanden. So stellen der Währungsausschuß und der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften fest, daß die divergierende Entwicklung der Gemeinschaftswährungen ihre Ursache in den Diskrepanzen der Preisentwicklung habe². In einer Betrachtung der bisherigen Entwicklung sehen Emminger³ und die Deutsche Bundesbank⁴ diese These bestätigt, da sei 1973 die Änderung der Wechselkurse den jeweiligen Inflationsdifferenzen entsprochen habe. Die Tatsache, daß ab Herbst 1976 die Kursänderung diese Differenzen übersteigen, wird als bloßes Nachholen früher unterbliebener Kurskorrekturen interpretiert⁵.

-
- 1 vgl. dazu auch Tendenzwende im Kapitalverkehr, a.a.O., S. 9
 - 2 vgl. Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses über die derzeitige Wirtschaftslage der Gemeinschaft, a.a.O., S. 40; 18. Jahresbericht über die Tätigkeit des Währungsausschusses, a.a.O., S. 1; so auch Press Communiqué of the Interim Committee of the Board of Governors of the IMF on September 24, 1978, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 73 vom 2. Oktober 1978, S. 1
 - 3 vgl. Otmar Emminger, Aktuelle wirtschaftspolitische Probleme, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 72 vom 25. Oktober 1977, S. 6
 - 4 vgl. Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1976, S. 50; 46. Jahresbericht der BIZ, S. 30
 - 5 vgl. Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1976, S. 50

In der Tat ist "der fundamentale Zusammenhang zwischen den Inflationsraten und den Wechselkursveränderungen ... erst jüngst wieder durch einen Korrelationstest¹ eindrücklich bestätigt worden."² Damit ist allerdings nichts über die Richtung der Kausalität ausgesagt. Wenn es aber tatsächlich so sein sollte, daß die unterschiedliche Entwicklung der Wechselkurse durch die Differenzen in der Preisentwicklung determiniert wird³, dann müßten sich

Tabelle 14 - Änderungen der Verbraucherpreise^a in
neun europäischen Ländern
1972 - 1977 in % gegenüber dem Vorjahr

Land	1972	1973	1974	1975	1976	1977	
D	5,5	6,9	7,0	6,0	4,5	3,9	
B	5,5	7,0	12,7	12,7	9,2	6,3	E
NL	7,8	8,0	9,6	10,2	8,8	5,6	W
DK	6,9	9,3	15,4	9,9	9,0	12,7	B
N	7,2	7,5	9,4	11,7	9,0	9,8	
S	6,5	6,1	13,8	9,7	10,2	12,5	
F	5,9	7,3	13,7	11,7	9,6	9,5	
I	5,6	10,4	19,1	17,0	16,8	15,0	
GB	6,8	9,4	15,9	24,3	16,5	13,0	
Spannbreite insgesamt	2,3	3,5	12,1	18,3	12,3	11,1	
Spannbreite im EWB	2,3	2,4	8,4	6,7	5,7	8,8	
a Preisindex für die private Lebenshaltung							

Quellen: Jahresgutachten 1977/78 des SVR, Geschäftsberichte der DBBk, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 85 vom 16. Dezember 1977, S. 6

- 1 vgl. Donald S. Kemp, The U.S.Dollar in International Markets: Mid-1970 to Mid-1976, in: Federal Reserve Bank of St.Louis, August 1976, S. 13
- 2 Hans Mayrzedt, Der Zusammenhang zwischen Zahlungsbilanz und Wechselkurs am Beispiel der BRD, a.a.O., S. 341
- 3 vgl. Karl Brunner, Die Schweizerische Nationalbank auf Inflationkurs?, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 72 vom 29. September 1978, S. 18

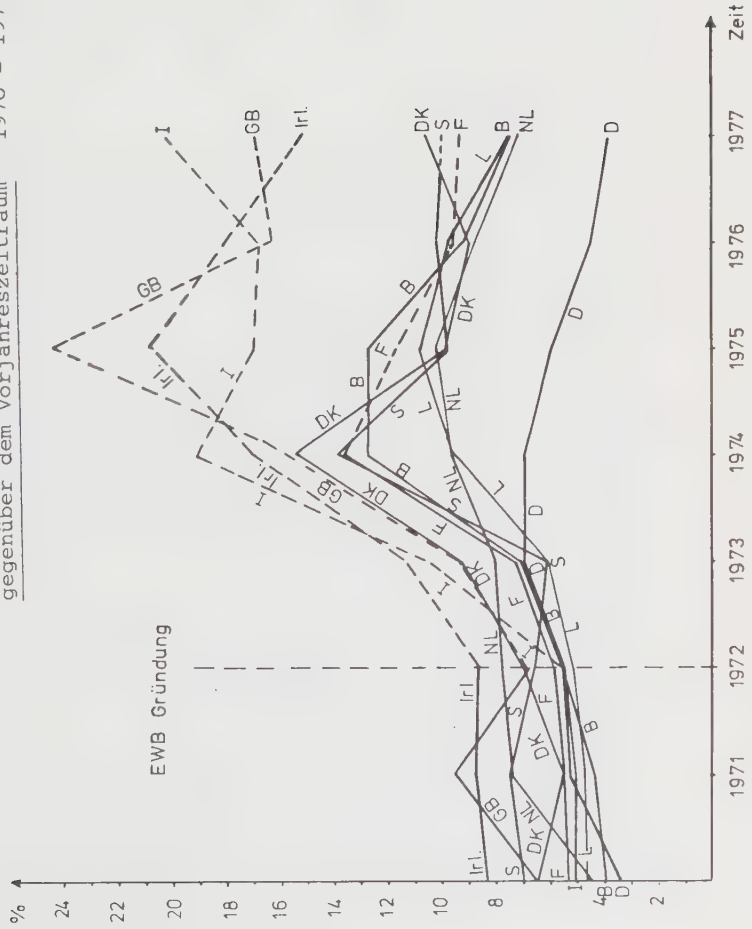
die unterschiedlichen Kursverhältnisse innerhalb und außerhalb des EWB in entsprechenden Preisdifferenzen widerspiegeln. Zu diesem Zweck seien die Preissteigerungsraten in neun europäischen Ländern miteinander verglichen.

Das sich ergebende Bild ist uneinheitlich. Bis Ende 1974 nahmen die Entwicklungsunterschiede in beiden Gruppen zu, wenn auch im EWB in weit geringerem Maße. Dort ergaben sich Unterschiede bis zu 8,4 % in allen Ländern bis zu 12,1 %. Ab 1975 näherten sich die Blockstaaten einander an, 1977 stieg die Differenz aber wieder auf 8,8 %, bedingt durch die aus dem Rahmen fallende Preissteigerung in Dänemark (ohne die ein Wert von 5,9 erreicht worden wäre). In den neun Ländern insgesamt fiel die Differenz von 18,3 kontinuierlich bis auf 11,1 in 1977. Die unterschiedlichen Spannbreiten lassen die Aussage zu, daß die Entwicklung innerhalb des EWB in hohem Maße einheitlicher war als die in Europa insgesamt (vgl. Schaubild 8). Die beiden Länder mit den höchsten Preissteigerungsraten (ab 1973), England und Italien, haben mit der beginnenden Abweichung von der allgemeinen Entwicklung den Block verlassen. Frankreich blieb dem Block in 1976 und 1977 trotz geringerer Steigerungsraten als Schweden bzw. Dänemark und Norwegen fern. Das bestätigt die Annahme, daß eine gleiche oder ähnliche Preisniveau-Entwicklung das Aufrechterhalten enger Bandbreiten für Wechselkursschwankungen wesentlich erleichtert, daß es darüber hinaus aber andere Faktoren von Bedeutung gibt, die die gegenseitigen Wechselkursrelationen bestimmen¹.

1 Ein Vergleich der Lohnstückkostenunterschiede ergibt ein ähnliches Bild. So wurde das deutsche Niveau in 1976 in Belgien um 7,5 %, in den Niederlanden um 6,5 % und in Dänemark und Norwegen um 5,9 bzw. 8,6 % übertroffen. Der Anstieg in den Nicht-Blockstaaten Italien und Großbritannien lag um 12,9 bzw. 11,3 % höher als in der Bundesrepublik.

Quelle: Ifo-Institut, Wirtschaftskonjunktur, 29. Jg., Heft 2 (1977), S. A 9

Schaubild 8 - Änderung der Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern gegenüber dem Vorjahreszeitraum 1970 - 1977 in %



— Blockmitglied
- - - Floating

1.5. Ergebnisse

Die Zielsetzung einer Stabilisierung der Wechselkurse zur Überwindung der bisherigen und Verhütung zukünftiger Währungskrisen ist Gegenstand dieses Kapitels. Mangels expliziter Zieloperationalisierung wird der 'Erfolg' des Verbundes an der relativen, gegenseitigen Kursstabilität im Verhältnis zur internationalen Entwicklung gemessen.

Die Geschichte des EWB hat gezeigt, daß absolut feste Paritäten tatsächlich nur als ein Endziel anzusehen sind. Nach dem Ausscheiden Italiens, Frankreichs, Großbritanniens und Schwedens¹ ist aus einem gesamteuropäischen Lösungsversuch eine Mini-'Schlange' geworden, deren Mitglieder ihre Währungen nur nach häufigeren Adjustierungen in der 'Schlange' halten konnten.

Im internationalen Vergleich verlief die Entwicklung im EWB deutlich homogener, wie sich aus den Abweichungen vom jeweiligen arithmetischen Mittel der Notierungen ablesen läßt. Die im Zeitablauf zunehmenden Werte der Variationskoeffizienten zeigen einen Spreizeffekt der Kurse, der innerhalb des EWB allerdings geringer ist. Die Milderung der Kursschwankungen innerhalb des Verbundes wird besonders deutlich an der Entwicklung der DM gegenüber den EWB-, den EG-Währungen und den Währungen 22 wichtiger Handelspartner der BRD.

Eine gewisse gegenseitige Kursstabilität ist das Ergebnis des Blocks, höhergesteckte Erwartungen konnten nicht erfüllt werden.

Die enge Schwankungsbreite um die festgelegten Paritäten sollte durch die Abschreckung der Spekulation und die Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung gesichert werden.

1 Schweden war wie Norwegen lediglich assoziiertes Mitglied

Spekulative Aktivitäten, die grundsätzlich durch feste Paritäten gefördert und für kurzfristige Kursausfälle verantwortlich gemacht werden, hatten einen geringeren Umfang, konnten aber nicht völlig verhindert werden. Der Grund für den relativen 'Erfolg' dürfte in der größeren Homogenität der Preisentwicklung innerhalb des EWB liegen.

Daß das regionale Festkurssystem (bei gesunkener Teilnehmerzahl) aufrechterhalten werden konnte, ist nicht zuletzt auf die Interventionen innerhalb und außerhalb des EWB zurückzuführen. Die Eingriffe der Deutschen Bundesbank zur Stützung der Partnerwährungen haben wiederholt liquidisierend auf die heimischen Geldmärkte gewirkt. Dieser Effekt ist auch nach den späteren geringeren Mittelabflüssen bestehen geblieben.

In dieser Arbeit ist nur ein Indikator einer wirtschaftlichen Harmonisierung, die Entwicklung des Preisniveaus, betrachtet worden, weil gerade sie in hohem Maße als Wechselkursbestimmend gilt. Der Vergleich der Spannbreiten der Preissteigerungen innerhalb und außerhalb des EWB hat ergeben, daß die Differenzen zwischen den Blockländern wesentlich geringer sind. Das spricht für die Vermutung, daß ein Gleichklang in der Preisentwicklung Voraussetzung für eine größere Kursstabilität ist. Allerdings bestehen auch im Block große, in letzter Zeit zunehmende Abweichungen, was die immer wieder auftretenden Spannungen innerhalb des EWB erklärt.

2. Die Bedeutung fester Wechselkurse für den internationalen Handel und mögliche Auswirkungen auf wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung

2.1. Vorbemerkungen

Die durch Abschreckung der Spekulation und Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung angestrebte (und tendenziell erreichte) Wechselkursstabilität diente nicht nur der Vermeidung von Währungskrisen, sondern sollte darüber hinaus durch die Reduzierung des Kurssicherungsbedarfs und der damit verbundenen Kosten den internationalen Austausch fördern¹. So wie ein 'angemessenes' wirtschaftliches Wachstum die Voraussetzung für eine Ausweitung des Welthandels ist, so wichtig ist es für die Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze². Last not least wird von einer Rückkehr zu festen Kursen ein Wiederaufleben der ersten europäischen Teilintegration, wie der Gemeinsame Agrarmarkt oft bezeichnet worden ist, erwartet³.

Während dieses letzte Ziel nur dann zu erreichen ist, wenn alle EG-Staaten feste Paritäten untereinander vereinbaren und beizubehalten in der Lage sind, hängt die Beurteilung der Ergebnisse, die der EWB zur Realisierung des Wachstums- und Beschäftigungszieles gebracht hat, von der Beantwortung folgender Fragen ab:

Wie hoch ist die tatsächliche Bedeutung fester Wechselkurse für den Handel?

Welchen Anteil hat der Außenhandel an der Entwicklung des Bruttosozialprodukts?

Wie wird die Zahl der Beschäftigten von Veränderungen im Außenhandel berührt?

1 vgl. Teil II, Kapitel 3.2.1.

2 vgl. Teil II, Kapitel 3.2.2.

3 vgl. Teil II, Kapitel 3.2.3.

2.2. Die Bedeutung fester Wechselkurse für den internationalen Handel

Feste Wechselkurse sollen währungsbedingte Wettbewerbsverzerrungen zwischen in- und ausländischen Anbietern verhindern und den am Außenhandel Beteiligten eine möglichst große Sicherheit für langfristige Planungen zur Erschließung oder Ausweitung ausländischer Märkte geben.

Zur Beurteilung der These, daß eine enge Bindung der Währungen nötig sei, um die Wirtschaft florieren und die Beschäftigung steigen zu lassen¹, sei beispielhaft das Währungsverhalten deutscher Unternehmen betrachtet².

Das Risiko für Ex- und Importeure durch Kursschwankungen Verluste zu erleiden, steigt mit der Dauer der Geschäftsabwicklung. Je länger der Zeitraum von Angebotsstellung bzw. Vertragsabschluß bis zum Zahlungseingang (-ausgang), desto größer ist "die Wahrscheinlichkeit unvorhersehbarer Wechselkursausschläge."³ Tabelle 15 (S.143) zeigt die durchschnittliche Geschäftsabwicklungsdauer im deutschen Außenhandel. Im Exportsektor können nur 5,8 % der Geschäfte innerhalb einer Dreimonatsfrist ab Angebotsstellung, also auch Preiskalkulation, abgewickelt werden, immerhin aber 19,2 % in einer Frist bis zu drei Mona-

1 vgl. Helmut Schmidt, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 57 vom 25. Juli 1978, S. 2 sowie Giscard d'Estaing, Kein zurück des Franc in die Währungsschlinge, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 51 vom 4. Juli 1978, S. 6

2 vgl. zu dem folgenden Datenmaterial: Hans-Eckart Scharrer, Dieter Gehrman, Wolfgang Wetter, Sicherung gegen Wechselkursrisiken unter den Bedingungen einer floatenden D-Mark, -Empirische Analyse der Verhaltensweisen deutscher Exporteure und Importeure-, Untersuchung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg im Auftrag des BMWI, Hamburg 1977; die Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse findet sich bei: Hans-Eckart Scharrer, Währungsrisiko und Währungsverhalten deutscher Unternehmen, in: "Wirtschaftsdienst", 57. Jg. (1977), S. 582-588

3 Hans-Eckart Scharrer, Währungsrisiko, a.a.O., S. 583

Tabelle 15 - Durchschnittliche Geschäftsabwicklungsdauer
im deutschen Außenhandel

Angaben für 1976 in % der befragten Unternehmen

	EXPORT		IMPORT
	Angebot bis Zahlung	Vertragsabschluß bis Zahlung	Vertragsabschluß bis Zahlung
0 - 3 Monate	5,8	19,2	24,9
über 3-5 Monate	27,1	34,5	37,1
über 6-12 Monate	29,1	20,1	14,7
über 12-24 Monate	11,4	6,6	3,8
über 24 Monate	8,5	5,7	0,4
ohne Angabe	18,1	13,8	19,0

Quelle: H.-E. Scharrer, D.Gehrmann, W.Wetter, a.a.O.,
S. 86 und 106

ten ab Vertragsabschluß. Innerhalb eines Jahres ab Vertragsschließung gehen die Exporterlöse bei 73,8 % der befragten Unternehmen ein, müssen 76,7 % der Importe bezahlt werden. Nur etwa 12 % aller Export- und 4 % aller Importgeschäfte benötigen zur Geschäftsabwicklung mehr als 12 Monate. Von besonderem Gewicht für deutsche Außenhändler ist demnach die Drei- bzw. Sechs-Monatsfrist.

Ohnehin geringe Gewinnmargen könnten durch Wechselkursschwankungen weiter reduziert werden und die Rentabilität des Auslandsabsatzes, mithin eine Wachstumsmöglichkeit der Unternehmen beeinträchtigen¹.

Nun haben aber Ex- und Importeure grundsätzlich die Möglichkeit, sich vor Verlusten durch den Abschluß von Kurssicherungsgeschäften² zu schützen. Dies gilt bei einer Absicherung über Devisen-Terminmärkte allerdings oft nur für kurze Fristen und gängige Währungen.

1 Letzte Konsequenz einer Kursentwicklung, die Kosten- und Preisunterschiede übersteigt, könnte die Aufgabe von Auslandsmärkten infolge mangelnder Konkurrenzfähigkeit sein. Eine solche Situation hat sich beispielsweise für das Volkswagenwerk in den USA ergeben und schließlich zu Produktionsstätten dort geführt.

2 vgl. dazu die Literaturhinweise in Teil II, Kap.3.2.1.

Tabelle 16 - Absicherungsverhalten der Fremdwährungs- bzw. -importeure

Kursabsicherung geschieht:	absolut ¹	in %
vollständig	93	17
nur für bestimmte Valuten	119	22
nur für Teilbeträge	80	15
nur für bestimmte Laufzeiten	56	10
überhaupt nicht	128	24
ohne Angabe	96	18
Summe der Nennungen	572	
Summe der Befragten	545	100
1 Einschließlich Mehrfachnennungen		

Quelle: Hans-Eckart Scharrer, Währungsrisiko, a.a.O., S. 586

Obwohl die Absicherungstätigkeit deutscher und ausländischer Unternehmen seit dem Übergang zu floatenden Kursen zugenommen hat¹, verzichten 24 % der befragten Unternehmen auf jegliche Kurssicherung. 47 % sichern sich nur teilweise (Zeile 2, 3 und 4) ab, nur 17 % gehen jedem Kursrisiko aus dem Weg.

Die nur geringe Zahl derjenigen Unternehmen, die sich gegen Kursschwankungen vollständig absichert, weist auf die hohe Gefährdung hin, die sich für Außenhändler mit offenen Fremdwährungsforderungen oder -verbindlichkeiten bei frei floatenden Kursen ergeben kann². Zwar sind Kursschwankungen auch im EWB möglich, selbst häufigere Paritätsänderungen lassen sich nicht

1 vgl. Danmarks Nationalbank, Report and Accounts for the Year 1972, S. 30 und 1974, S. 32; Sven Grassman, Currency Distribution and Forward Cover in Foreign Trade - Sweden Revisited 1973, in: Journal of International Economics, Vol. 6 (1976), S. 218

2 vgl. H.-E. Scharrer, D. Gehrman, W. Wetter, a.a.O., S. 295

ausschließen, allerdings ist die Verlustgefahr innerhalb des Blocks durch die Interventionsverpflichtung der Notenbank auf 2,25 % begrenzt.

Kursschwankungen können aber auch die Marktposition solcher Unternehmen schwächen, die Kurssicherung betreiben, denn Kurssicherung verursacht Kosten. Diese Kosten können ein erhebliches Ausmaß annehmen. So entstehen bei dem Terminverkauf einer Forderung, die halbjährlich in insgesamt fünf Jahren beglichen wird, bei einem Kursabschlag von (nur) 4 % per annum Gesamtkosten in Höhe von 10 % des Auftragswerts¹. Aber selbst für kürzere Fristen der Geschäftsabwicklung konnte festgestellt werden, daß "Kurssicherungen gegenüber den abgeschwächten EWG-Separatfloatern... bisweilen prohibitiv teuer [waren]".²

Auch wenn der Preis nicht der einzige oder ausschlaggebende Bestimmungsgrund für die Wettbewerbsposition auf internationalen Märkten ist, so kann doch unterstellt werden, daß durch Kursschwankungen verursachte Kosten (sei es durch Verluste, sei es aus Kurssicherungsgeschäften) bei zunehmender internationaler Konkurrenz insbesondere dann zu einer starken Beeinträchtigung der Rentabilität führen können, wenn die jeweilige Währung isoliert und in höherem Maße aufgewertet wird, als es Kosten- und Preisunterschieden entspricht.

Es ist das Verdienst des EWB, durch Begrenzung der möglichen Kursschwankungen die Notwendigkeit zur Absicherung von Fremdwährungspositionen und die Verlustgefahr bei Nichtabsicherung vermindert zu haben. So hat sich "beim Absicherungsverhalten gegenüber

1 vgl. A. Frauenfelder, Erschwerung des internationalen Güterausbaus, "NZZ" Nr. 259 vom 21. September 1974, S. 17

2 Hans Mayrzedt, Otto von Platen, Unternehmensbefragung über die praktische Tragweite der Wechselkurschwankungen für das Außenhandels-geschäft der Schweiz im Jahre 1973, in: "Außenwirtschaft", 29. Jg. (1974), S. 103 (215); vgl. dazu auch Dieselben, Die Bedeutung der Termineisenkurse für das Außenhandels-geschäft, in: "Außenwirtschaft", 30. Jg. (1975), S. 137-144

den Währungen des Europäischen Wechselkursverbundes ... [gezeigt] , [daß die] Unternehmen das Währungsrisiko innerhalb der "Schlange" nicht so hoch einschätzen wie bei floatenden Währungen, ... [und daß] das Ausmaß der Absicherung von "Schlange"-Währungen geringer [war] ".¹ In welchem Maße die größere Sicherheit der Kalkulationsbasis und das geringere Kostenrisiko dem Außenhandel der Blockstaaten zugute kommt, zeigt die Außenhandelsverflechtung der EWB-Länder untereinander und mit Drittstaaten (vgl. Tabelle 17). Die Bundesrepublik wickelt 23,1 % ihres Außenhandels innerhalb des EWB ab, Belgien/Luxemburg 40,9 %, die Niederlande 44,4 %, Dänemark 29,9 % und Norwegen 25,9 % , wenn man die Erfassung auf die heute im Block verbliebenen Länder beschränkt. Der Beitrag des Blockhandels zum Bruttoinlandsprodukt betrug in Belgien immerhin 40,4 %, in den Niederlanden 39,8 %, in Dänemark 16,7 %, in Norwegen 15,8 % und in der BRD 9,4 % (Summe der absoluten Ex- und Importe im Verhältnis zum BIP). Insgesamt können innerhalb der 'Minischlange' Güter und Dienstleistungen im Werte von 160,2 Mrd. US-Dollar auf der Basis fester Wechselkurse exportiert werden (1974-1976).

Die größere Sicherheit im grenzüberschreitenden Handel kommt aber nicht nur den daran beteiligten Unternehmen, sondern über den Zusammenhang von Handel, Wachstum und Beschäftigung auch der Gesamtheit der Wirtschaftssubjekte zugute.

1 Hans-Eckart Scharrer, Währungsrisiko, a.a.O., S. 586

Tabelle 17 - Außenhandelsverflechtung der EWK-Staaten untereinander und mit Drittstaaten
1974 - 1976 in Mrd. US-Dollar (\$) und in %

	BR Deut. - Irland				Belgien - Luxemburg				Frankr. Lande				Dänemark				Norwegen			
	Exporte \$	%	Importe \$	%	Exporte \$	%	Importe \$	%	Exporte \$	%	Importe \$	%	Exporte \$	%	Importe \$	%	Exporte \$	%	Importe \$	%
BR Deutschland	-	-	-	-	20,1	22,4	21,4	22,3	33,0	30,6	27,2	24,8	3,5	13,7	6,4	19,6	2,2	10,3	4,4	15,1
Belgien/Luxemburg	21,7	7,7	20,2	8,7	-	-	-	-	15,2	14,1	16,7	15,2	0,4	1,6	1,3	3,9	0,3	1,3	0,8	2,7
Niederlande	28,0	10,0	32,4	13,9	15,4	17,1	16,1	16,8	-	-	-	-	0,7	2,7	1,9	5,8	0,7	3,3	1,4	4,8
Dänemark	6,3	6,2	3,4	1,5	1,2	1,3	0,5	0,5	1,9	1,8	0,7	0,6	-	-	-	-	1,6	7,5	1,7	5,8
Norwegen	4,2	1,5	2,4	1,0	0,8	0,9	0,5	0,5	1,3	1,2	0,6	0,5	1,7	6,7	1,5	4,6	-	-	-	-
Summe	60,2	21,4	58,4	25,1	37,5	41,7	38,5	40,1	51,4	47,7	45,2	41,1	6,3	24,7	11,1	33,9	4,8	22,4	8,3	28,4
Schweden	9,9	3,5	5,3	2,3	1,8	2,0	1,7	1,8	2,3	2,1	2,1	1,9	4,0	15,7	4,6	14,1	3,4	15,9	5,5	18,8
Frankreich	34,5	12,3	27,4	11,8	18,1	20,1	16,3	17,0	7,9	7,3	7,8	7,1	0,9	3,6	1,2	3,7	0,7	3,3	1,0	3,4
Italien	21,4	7,6	20,3	8,7	4,0	4,4	3,7	3,9	5,6	5,2	3,7	3,4	1,2	4,7	0,9	2,8	0,4	1,9	0,5	1,7
Großbritannien	9,0	3,2	8,6	3,7	5,4	6,0	6,0	6,3	9,5	8,8	6,3	5,7	4,5	17,6	3,4	10,4	5,1	23,8	2,9	9,9
Irland	0,8	0,3	0,8	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,1	0,4	0,04	0,1	0,06	0,3	0,04	0,1
NSA	17,8	6,3	18,2	7,8	3,9	4,3	6,1	6,4	3,4	3,2	10,7	9,7	1,4	5,5	1,9	5,8	1,1	5,1	2,1	7,2
Gesamte Welt	281,2	100,0	232,6	100,0	89,9	100,0	95,9	100,0	107,8	100,0	110,0	100,0	25,5	100,0	32,7	100,0	21,4	100,0	29,2	100,0
BIP ¹	1261,71				188,34				242,90				104,35				83,16			
1	Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Preisen und Wechselkursen 1974 - 1976																			

Quellen: IMF, Direction of Trade, Annual 1970-1976
OECD, Main Economic Indicators, November 1977
Eigene Berechnungen

2.3. Der Außenhandel als ein Bestimmungsgrund wirtschaftlichen Wachstums

"Eine Beeinträchtigung des Wachstums der Weltwirtschaft ist zweifellos auch von den Turbulenzen an den internationalen Devisenmärkten ausgegangen".¹ Der Stabilität der Wechselkurse wird von vielen Politikern eine große Bedeutung für die Entwicklung der Wachstumsraten zugemessen: "Allzu große und rasche Wechselkursänderungen würden das Vertrauen untergraben, das noch immer die wichtigste Grundlage für Investition und Wachstum ist. Mehr außenwirtschaftliche Stabilität würde unsere Chance, eine höhere Wachstumsrate zu erzielen, während gleichzeitig der Strukturwandel akzeptiert und sogar gefördert wird, sehr verbessern."²

Die Bedeutung des Exports beruht (unabhängig von Wechselkursen) auf drei Effekten: - Es existiert eine "wachstumsstrategische Relevanz des Exports im Hinblick auf die Nachfrageentwicklung",³ da wegen der hohen durchschnittlichen Steigerungsraten die Ausfuhren einen beachtlichen Anteil an der inlandswirksamen monetären Gesamtnachfrage gewonnen haben.

- Exporte begründen einen Anreiz zu privaten kapitalstockerhöhenden Investitionen⁴, bewirken eine Ausnutzung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials

-
- 1 Helmut Schlesinger, Gefahren und Chancen für die Erholung der Weltwirtschaft, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 72 vom 29. September 1978, S. 3
 - 2 Hans Matthöfer, Ansprache bei der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank am 25. September 1978 in Washington, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 74 vom 4. Oktober 1978, S. 19
 - 3 Wolfgang Michalski, Außenhandel-Träger des wirtschaftlichen Wachstums, in: Wirtschaftsdienst", 50. Jg. (1970), S. 11; Jürgen Kromphardt, Wachstum und Konjunktur, Göttingen 1972, S. 167
 - 4 vgl. Alfred Stobbe, Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, Heidelberg und New York 1966, S. 111 ff.

und können zu einer Steigerung der Produktivität führen, da überwiegend Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes exportiert werden.¹

- Neben dieser Erhöhung des Produktionspotentials können sich positive Wachstumswirkungen ergeben, soweit der Wandel der Produktions- und Inputstruktur Reaktion auf Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfragstruktur ist². Zusätzliche Exporte und Auslandsinvestitionen haben ähnlich expansive Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung wie Inlandsinvestitionen. Es entstehen dieselben Multiplikatorwirkungen auf Produktion und Preisniveau³. Ein Vergleich der wachstumsrelevanten Größen hat gezeigt, daß der Export in den vergangenen 15 Jahren einer der wichtigsten Bestimmungsgründe für das hohe wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik war⁴.

Wenn auf Grund des Währungsverhaltens deutscher Unternehmen auf eine handelsfördernde Wirkung fester

1 vgl. Wolfgang Michalski, Außenhandel -Träger des wirtschaftlichen Wachstums, in: "Wirtschaftsdienst", 50. Jg. (1970), S. 11

2 So z.B. Produktivitätsfortschritte aus der Erhöhung des Anteils der Investitionsgüternachfrage an der Gesamtnachfrage, aus Rationalisierungseffekten infolge des Erreichens der optimalen Betriebsgröße; des weiteren positive Effekte für die Altersstruktur der Produktionsanlagen, large-scale-Effekte, Einkommenseffekte etc. vgl. dazu Wolfgang Michalski, a.a.O., S. 12 und die auf S. 90 dieser Arbeit angegebene Literatur

3 vgl. Paul A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre, Band II, 6. Auflage, Köln 1975, S. 380; allgemein zu dem Gebiet 'Außenhandelsmultiplikator' Wolfgang Stolper, Stand und ungelöste Probleme der Theorie des Außenhandelsmultiplikators, in: Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Hrsg. Klaus Rose, Köln und Berlin 1965, S. 248-266

4 vgl. Ebenda, S. 13 sowie Wird der Export wieder zum Konjunkturmotor?, ifo-Schnelldienst, Heft 24, 29. Jg. (1976), S. 13-20

Wechselkurse geschlossen werden kann, dann ist der volkswirtschaftliche Wert des EWB von dem Gewicht des Außenhandels für die Gesamtproduktion und die Beschäftigung abhängig.

"Als guter Indikator der Bedeutung des Außenhandels für eine Volkswirtschaft und auch der Außenhandelsabhängigkeit, z.B. der Beschäftigung, kann die Exportquote angesehen werden."¹

Tabelle 18 - Die Bedeutung der Ausfuhr für die Produktion in der Bundesrepublik Deutschland¹
1960 - 1977 in Mrd. DM

	1960	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Ausfuhr	58,3	173,3	205,4	266,7	262,2	300,0	316,9
Ausfuhrinduzierte Bruttoproduktion ²	110,8	318,3	376,8	492,0	483,8	553,1	584,7
Veränderungsrate in %	9,9 ^a	-	18,4	30,6	-1,7	14,3	5,7
Exportquote ³ in %	17,7	19,1	20,2	23,6	22,5	23,4	23,4
1 Zu den genauen Modalitäten der Berechnung vgl. DIW Wochenbericht 42/78 2 Export und exportinduzierte Vorleistungen 3 Anteile der exportinduzierten Bruttoproduktion an den Bruttoproduktionswerten insgesamt a Durchschnittliche Veränderungsrate in den Jahren 1960-1972							

Quelle: DIW, Wochenbericht Nr. 42 vom 19. Oktober 1978

Durch die Ausfuhr wird die direkte, durch die ausfuhrinduzierte Bruttoproduktion die direkte und indirekte Abhängigkeit aller Wirtschaftszweige² von

1 Horst Siebert, Außenhandelstheorie, 2. Auflage, Stuttgart und New York 1977, S. 4

2 vgl. zu den Quoten einzelner Wirtschaftszweige DIW Wochenbericht 42/78

den Exporten dargestellt. Von 1960 bis 1977 hat sich der Wert der Ausfuhr mehr als verfünffacht, von 1972 bis 1977 annähernd verdoppelt. Von einem Exportboom ist in den Jahren 1973 und 1974 mit Zuwachsraten von 18,5 bzw. 29,9 % zu sprechen. Die Rezession 1975 ließ das Exportvolumen um 1,7 % sinken.

Durch die Ausfuhr von Gütern und Diensten wurde in den betrachteten Jahren eine Gesamtproduktion bewirkt, die den Transport selbst um jeweils das 1,8-fache übertraf. Der Zuwachs der exportinduzierten Produktion von 1973 zu 1974 machte 60 % des Umsatzwachstums aller Wirtschaftszweige aus. "Dementsprechend hat der Rückgang ... im Jahre 1975 erheblich zur Stagnation der nominalen Umsatzentwicklung beigetragen."¹

Anhand von Exportquoten, Ausfuhr und ausfuhrinduzierten Vorleistungen im Verhältnis zur Gesamtproduktion wird der Grad der Ausfuhrabhängigkeit deutlich. Dieser stieg von 17,7 % in 1960 auf 23,4 % in 1976 und 1977, d.h. annähernd ein Viertel aller Güter und Dienste wird für die Ausfuhr produziert. Diese Quote wird von anderen westlichen Industrieländern, insbesondere von den Mitgliedsländern des EWB, weit übertroffen.

Tabelle 19 - Exportquoten der westeuropäischen Industrieländer
1976 in %

Land	Anteile der Exporte am BSP
Niederlande	58,0
Belgien	50,8
Norwegen	44,1
Schweiz	39,9
Österreich	36,6
Dänemark	34,3
Schweden	28,7
Großbritannien	27,4
Bundesrepublik	
Deutschland	26,7
Italien	25,0
Frankreich	21,0

Quelle: ifo-Schnelldienst, 31.Jg.,Nr.28 vom 4.Oktober 1978, S. 16

1 DIW, Wochenbericht 22/76, S. 219

Während in der BRD in 1976 der Anteil der exportierten Güter und Dienste am BSP bei 26,7 % lag, wurden in den anderen Mitgliedsländern ein wesentlich höherer Anteil erzielt. So belief sich die Exportquote in Belgien auf 50,8, in den Niederlanden auf 58,0 %, in Norwegen auf 44,1 und in Dänemark auf 34,3 %.

Diese Zahlen verdeutlichen, daß der durch feste Wechselkurse geförderte Außenhandel nicht nur für die daran beteiligten Unternehmen, sondern auch für das gesamtwirtschaftliche Wachstum von großer Bedeutung ist.

2.4. Die Exportabhängigkeit der Beschäftigung

Geringere Wachstumsraten des Exports beeinflussen aber, wie gezeigt, nicht nur das gesamtwirtschaftliche Wachstum sondern in gleichem Maße die Sicherheit der bestehenden und die Chancen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Tabelle 20 - Die exportinduzierte Beschäftigung in der BRD
1960 - 1977 in Mio. Personen

	1960	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Erwerbstätige für die Ausfuhr	2,0	2,4	2,6	2,9	2,7	2,8	2,8
Erwerbstätige für die ausfuhrind. Bruttoprod.	3,9	4,5	4,8	5,4	5,0	5,1	5,1
Beschäftigtenquotel in %	14,8	17,0	17,8	20,6	19,8	20,4	20,5
1 Anteil der insgesamt für die Ausfuhr Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen							

Quelle: DIW, Wochenbericht 42/78, S. 400 ff.

Während die Zahl der unmittelbar für den Export beschäftigten Erwerbstätigen von 1960 bis 1977 von 2,0 auf 2,8 Millionen stieg, waren 1977 mittelbar und unmittelbar etwa 5,1 Millionen Personen für die Ausfuhr tätig. Im Jahr des Exportbooms 1974 arbeiteten 5,4 Mio. Personen für den Export. Von dem Rückgang der Erwerbstätigenzahl in 1975 in Höhe von 836 000 (Vorjahresvergleich)¹ war ein gutes Drittel exportbedingt. Daraus ist zu schließen², daß sich die Arbeitslosenzahl in der BRD von 1974 auf 1975 nur um 183.000 statt um 492.000 erhöht hätte, wenn die gleiche Zahl von Erwerbstätigen wie 1974 in der Produktion für den Export Beschäftigung gefunden hätte.

Ebenso wäre die Zahl der Arbeitslosen bereits 1974 um 309.000 höher gewesen, hätte nicht die Produktion für den Export so stark zugenommen. "Die Ausfuhrentwicklung hat damit den Arbeitsmarkt im Jahre 1974 entscheidend gestützt".³ Seit 1974 allerdings ist die Zahl der für den Export Beschäftigten rückläufig.

Die Entwicklung der Beschäftigtenquote zeigt, daß ein immer höherer Anteil der insgesamt Erwerbstätigen mittelbar oder unmittelbar für den Export arbeitet. War dies 1960 noch jeder siebte (14,8 %), 1972 jeder sechste (17,0 %), so ist dies seit 1974 etwa jeder fünfte.

Diese Zahlen verdeutlichen das Gewicht, das dem Export für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zukommt.

1 vgl. DIW, Wochenbericht 22/76, S. 222

2 Sofern sich die Verminderung der Erwerbstätigenzahl in voller Höhe in einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen niederschlägt.

3 DIW, Wochenbericht 22/76, S. 222

2.5. Ergebnisse

Die Einengung der Schwankungsbreiten um festgesetzte Paritäten innerhalb des EWB sollte den internationalen Handels- und Kapitalverkehr fördern. Von der Reduzierung des Kurssicherungsbedarfs und der damit verbundenen Kosten wurde eine Ausweitung der Handelsvolumen und dadurch positive Effekte für das wirtschaftliche Wachstum und die Beschäftigung erwartet. Ein weiteres Ziel war die Wiederherstellung des Gemeinsamen Agrarmarktes als erster europäischer Teilintegration.

Zur Realisierung dieses Zieles sind allerdings dauerhaft feste Kurse aller Währungen der EG-Staaten erforderlich, weshalb der EWB mit seinen gegenwärtigen Mitgliedern eine Verwirklichung dieser Zielsetzung nicht leisten kann.

Die Frage, ob feste Wechselkurse die Bedingungen für am Außenhandel beteiligte Unternehmen verbessern, ist anhand des Währungsverhaltens deutscher Ex- und Importeure beantwortet worden. Der Wert eng begrenzter Kursschwankungen wird aus der Tatsache deutlich, daß sich nur jedes sechste Unternehmen gegen jegliches Kursrisiko absichert, alle anderen mithin Gefahr laufen, Verluste entsprechend der Kursänderung zu erleiden. Ursache dieser hohen Risikobereitschaft waren nicht zuletzt die teilweise prohibitiv teuren Kurssicherungen gegenüber frei schwankenden Währungen. Das geringere Kursrisiko innerhalb des EWB führte wie erhofft zu einer Reduzierung der Kurssicherung gegenüber 'Schlangenwährungen', somit zu einer Minderung der Kosten.

Ein volkswirtschaftlicher Nutzen dieses für die Unternehmen positiven Ergebnisses fester Kurse ergibt sich dann, wenn der Außenhandel für das wirt-

schaftliche Wachstum und die Beschäftigung tatsächlich die Bedeutung hat, die ihm zugeschrieben wird .

Die Entwicklung der Ausfuhren und der durch sie induzierten Produktion ließ deutlich werden, welche negativen Folgen sich aus einem starken Rückgang der Exporte für die Bundesrepublik ergeben könnten. In den übrigen Mitgliedsländern des EWB geht der Anteil des Exports am Bruttosozialprodukt noch weit über den in der Bundesrepublik hinaus.

Ein entsprechend hohes Gewicht hat der Export für die Beschäftigung. Seit 1974 arbeitet jeder fünfte Deutsche für den Export.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß das Festkurssystem des EWB trotz gelegentlichen Paritätsänderungen zu einer Reduzierung des Kurssicherungsbedarfs geführt, mithin den internationalen Handel gefördert hat. Durch das hohe Gewicht des Außenhandels für Wachstum und Beschäftigung erweist sich der EWB auch unter gesamtwirtschaftlichem Aspekt als vorteilhaft.

3. Die Auswirkungen des EWB auf die Stabilitäts- politik der Mitgliedsländer

3.1. Vorbemerkungen

Der Europäische Währungsblock war zunächst als Festkurssystem auch gegenüber dem Dollar geplant, wenn auch mit größeren Schwankungsbreiten als im Innenverhältnis. Diese Konstruktion war mit der Zielsetzung vereinbar, durch feste Kurse den internationalen Handel und dadurch das wirtschaftliche Wachstum wie die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes zu fördern. Immer stärker werdende Devisenzuflüsse in aufwertungsverdächtige Währungen führten zu einer zunehmenden Beeinträchtigung stabilitätspolitischer Bemühungen in 'preisbewußteren' Ländern. Konsequenz dessen war die Freigabe des Dollarkurses seitens der Blockländer zu Beginn des Jahres 1973.

So notwendig und sinnvoll diese Maßnahme unter stabilitätspolitischem Aspekt gewesen sein mag - dies bleibt im folgenden näher zu untersuchen - so widersprach die Freigabe doch dem Postulat fester Kurse zur Sicherung der Kalkulationsbasis und Reduzierung des Kurssicherungsbedarfs ex- und importierender Unternehmen.

Die sich aus diesem Konflikt ergebende Mindererfüllung eines Zieles im Zuge einer weitergehenden Realisierung des anderen stellt die politisch Verantwortlichen vor die Alternative, System und Zielsetzungen unter Inkaufnahme der Nicht- oder Mindererfüllung eines der beiden Ziele beizubehalten, oder aber durch Änderung des Ziel- oder Instrumentkatalogs Rivalitäten auszuschalten.

Die intensiven Bemühungen der deutschen und französischen Regierung, zu Beginn des Jahres 1979 ein 'neues' Europäisches Währungssystem in Kraft zu setzen¹, scheinen darauf hinzuweisen, daß der Han-

1 vgl. dazu Teil III, Kapitel 5

delsförderung zur Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation in den europäischen Staaten durch eine Vergrößerung der Zone stabiler Wechselkurse Priorität eingeräumt wird. An dieser Stelle bleibt zu überprüfen, inwieweit die Blockmechanismen die stabilitätspolitischen Bemühungen der Teilnehmerstaaten erleichtert haben.

3.2. Die Erhöhung des geldpolitischen Handlungsspielraums durch die Freigabe des Dollarkurses

Einigkeit besteht darüber, daß der EWB auf Dauer nur existieren kann, wenn sich die beteiligten Länder vor allem stabilitätspolitisch auf gleichem Niveau bewegen. Ein solcher Gleichschritt der Teuerungsraten war infolge der großen wirtschaftlichen Interdependenz in den europäischen Ländern im Gründungsjahr des EWB gegeben¹. Unterschiedlich starke stabilitätspolitische Bemühungen führten aber schon ab 1973 zu einer Auseinanderentwicklung der Preissteigerungsraten.

In der Freigabe der Wechselkurse nach außen bei gleichzeitiger Beibehaltung der engen Schwankungsbreiten im Innenverhältnis sah man ein geeignetes Instrument, um 'stabileren' Ländern die Wiedergewinnung der Herrschaft über die eigene Geldversorgung² zu ermöglichen, ohne die Länder mit höherem Preisanstieg aus dem Disziplinierungszwang fester Kurse zu entlassen.

1 vgl. 43. Jahresbericht der BIZ vom 1. April 1972 - 31. März 1973, Basel, S. 9

2 vgl. Otmar Emminger, Deutsche Geld- und Währungspolitik im Spannungsfeld zwischen innerem und äußerem Gleichgewicht (1948-1975), in: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Hrsg. Deutsche Bundesbank, Frankfurt 1976, S. 540

Tabelle 21 - Einflüsse auf die Bankenliquidität in der EWG¹
 1971 - 1973; Änderungen gegenüber dem vergan-
 genen Zeitraum in Mrd. Eur (1973: 1 Eur =
 3,21978 DM)

Zeit- raum	Land	Auslandsge- schäft der Zbk.	öffentliche Transakt.mit den Zbk.	Zbk-Einla- gen der Wirtschaft ²	Bargeld- umlauf	Zusammen ³
1971	D	+ 4,4	- 1,3	- 0,03	- 1,0	+ 2,2
	F	+ 2,7	+ 0,5	+ 0,01	- 0,3	+ 3,0
	I	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,3	- 1,1	+ 0,5
	NL	+ 0,8	+ 0,09	+ 0,0 ^a	- 0,1	+ 0,7
	B	+ 0,9	- 0,1	- 0,0 ^a	- 0,3	+ 0,6
1972	D	+ 4,2	- 0,2	- 0,6	- 1,6	+ 1,8
	F	+ 1,1	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,5
	I	- 0,8	+ 3,1	- 0,1	- 2,1	+ 0,1
	NL	+ 0,8	- 1,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,4
	B	+ 0,5	- 0,3	- 0,02	- 0,4	- 0,2
	DK	+ 0,07	- 0,2	+ 0,07	+ 0,08	+ 0,02
	GB ⁴	- 0,9	+ 2,0	+ 0,2	- 1,2	+ 0,1
1973 1.Vj.	D	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 4,5
	F	+ 0,5	+ 0,03	+ 0,03	+ 0,4	+ 0,96
	I ⁴	- 0,5	+ 3,1	- 0,2	+ 1,0	+ 3,4
	NL	+ 0,7	+ 0,2	- 0,1	+ 0,03	+ 0,83
	B	+ 0,6	+ 0,2	- 0,01	+ 0,06	+ 0,85
	DK	+ 0,1	- 0,6	+ 0,05	- 0,2	- 0,65
	GB ⁴	- 0,2	- 0,05	- 0,2	+ 0,2	- 0,25
1973 2.Vj.	D	+ 0,7	- 1,0	+ 0,07	- 0,5	- 0,73
	F	+ 0,2	+ 0,3	- 0,0	- 0,6	- 0,1
	I	-	-	-	-	-
	NL	- 0,9	+ 0,4	+ 0,08	- 0,3	- 0,72
	B	+ 0,1	+ 0,04 ^b	- 0,0	- 0,3	- 0,16
	DK	+ 0,03	+ 0,2	- 0,0	+ 0,06	+ 0,29
	GB	+ 0,8	- 0,3	- 0,04	- 0,3	+ 0,16

- 1 Berechnungen des SVR aus Bilanzen der betreffenden Zentralban-
ken
- 2 Nettoposition
- 3 Differenzen durch Runden der Zahlen
- 4 Bewertet mit der Eur-Parität vor Freigabe der Wechselkurse
- a Werte unter 10 Mio. Eur mit expansiver (+) oder kontrakti-
ver (-) Wirkung
- b Ohne weitergegebene Kredite

Quelle: Jahresgutachten 1973/74 des SVR, Deutscher Bundestag
 Drucksache 7/1273, S. 20

Inwieweit ersteres gelungen ist, sei anhand der Einflüsse auf die Bankenliquidität in der EWG und der Bestimmungsgründe der Zentralbankgeldmenge in der Bundesrepublik überprüft¹.

Tabelle 21 zeigt die unterschiedliche Bedeutung der Einflußgrößen auf die Bankenliquidität in der EWG. In dem erfaßten Zeitraum von 1971 bis zum ersten Vierteljahr nach der Wechselkursfreigabe im März 1973 wird der beträchtliche expansive Effekt des Auslandsgeschäfts der Zentralbanken deutlich.

Im Jahr 1972 waren wie schon im Vorjahr die Devisenzuflüsse aus Block- und Drittstaaten (=Auslandsgeschäft der Zentralbanken) "der wichtigste marktmäßige Bestimmungsfaktor der Bankenliquidität in den EWG-Ländern"². Im ersten Halbjahr 1972 wurden liquide Mittel in Höhe von 6,4 Mrd. Eur geschaffen³, geringe Rückflüsse bei ruhigen Devisenmärkten minderten diesen Betrag im zweiten Halbjahr um etwa 1,5 Mrd.. Von den durch Devisenankäufen geschaffenen 5 Mrd. Eur entfiel der größte Anteil (85 %) auf die Deutsche Bundesbank. Andere Zentralbanken mußten Devisen in erheblich geringerem Ausmaß ankaufen, in Italien und Großbritannien kam es sogar zu Mittelabflüssen, die die Bankenliquidität einengten. Die übrigen genannten Faktoren der Bankenliquidität haben im EWG-Bereich kontraktiv gewirkt. Die Liquiditätsverluste aus dem Anstieg des Bargeldumlaufs und aus den Kassenüberschüssen der öffentlichen Haushalte konnten den ex-

1 Mit Freigabe der Wechselkurse gegen Dritte änderte die DBBk ihr monetäres Konzept. War sie bis dahin bemüht, die Freien Liquiditätsreserven der Banken zu steuern, so wurde nun die Zentralbankgeldmenge als unentbehrlicher Bestandteil einer Ausweitung des gesamten Geldvolumens zum monetären Parameter. vgl. zur Beschreibung und Begründung des neuen Konzepts DBBk, Geschäftsbericht für das Jahr 1974, S. 26; DBBk, Geschäftsbericht für das Jahr 1975, S. 11; SVR, Jahresgutachten 1973/74, Stuttgart und Mainz 1973, S. 68 f. (Tz. 170-172); SVR, Jahresgutachten 1974/75, Stuttgart und Mainz 1974, S. 151 f. (Tz. 382); Manfred Willms, Sind 8 % Geldmengenwachstum adäquat?, in: "Wirtschaftsdienst", 56. Jg. (1976), S. 71-74

2 Jahresgutachten 1972/73 des SVR, S. 40 (Tz. 115)

3 vgl. Ebenda

pansiven Effekt der Devisenkäufe lediglich abschwächen, nicht aber kompensieren.

Auch im Jahr 1973 standen zunächst Devisenkäufe im Vordergrund der Liquiditätsschaffung. Die DBBk mußte im ersten Vierteljahr etwa 3,7 Mrd. Eur in den Markt geben, nur 500 Mio. weniger als im ganzen Jahr 1972. In den anderen Blockländern waren die expansiven Effekte des Auslandsgeschäftes deutlich geringer, in Italien und Großbritannien überwogen abermals Devisenverkäufe. Wie in 1972 mußte die DBBk den 'Löwenanteil' der Devisen aufnehmen (75 %). Nach der Aufhebung der Ankaufspflicht haben die Interventionen der Notenbanken für die Schaffung von Bankenliquidität an Bedeutung verloren. "Durch das Auslandsgeschäft der Zentralbanken entstanden im Floating-Block insgesamt keine liquiden Mittel mehr."¹ Es mußten nun allerdings Käufe von Block-Devisen getätigt werden, wenn auch in sehr viel geringerem Umfang als vor der Kursfreigabe. Von Dänemark und Großbritannien abgesehen überwogen in allen erfaßten Ländern die kontraktiven Wirkungen der Kassenüberschüsse, der Erhöhung des Bargeldumlaufs und der Zentralbankeinlagen der Wirtschaft, so daß es per Saldo zu einer Beschränkung der Bankenliquidität kam. Diese ging in der Bundesrepublik weit über das Maß der Partnerstaaten hinaus².

Mit der Reduzierung der Freien Liquiditätsreserven der Banken auf nahezu Null³ vollzog die Deutsche Bundesbank einen "Rollentausch der monetären Parameter."⁴ Fortan stand die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge im Mittelpunkt des Interesses. Um von einer Erleich-

1 Jahresgutachten 1973/74 des SVR, S. 19 (Tz. 42)

2 vgl. Ebenda

3 vgl. Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1973, S. 4

4 Manfred Willms, Sind 8 % Geldmengenwachstum adäquat?, a.a.O., S. 72

Tabelle 22 - Bestimmungsgründe der Zentralbankgeldmenge¹

Zeitraum	Entstehung (+) bzw. Vernichtung (-) von Zentralbankgeld				Zbk-Geld- menge	berei- nigte Zbk- Geld- menge ⁶
	Ausland ²	öffentl. Hand ³	Kreditin- stitute ⁴	Sonstige ⁵		
Milliarden DM						
1971 I	+ 6,3	- 4,6	- 2,0	- 0,9	- 1,2	- 1,3
II	+ 8,2	- 1,7	+ 2,2	+ 0,5	+ 9,2	+ 2,6
III	- 2,5	- 0,3	+ 4,0	- 0,9	+ 0,3	+ 1,5
IV	+ 2,5	+ 2,0	- 3,1	- 0,4	+ 1,0	+ 4,1
1972 I	+ 4,5	- 5,2	- 2,3	- 0,6	- 3,6	- 0,5
II	+ 4,1	+ 1,2	- 0,6	- 1,0	+ 3,7	+ 4,0
III	+10,7	+ 2,6	+ 3,3	- 2,1	+14,5	+ 2,7
IV	- 2,4	+ 4,4	+ 0,7	+ 1,5	+ 4,2	+ 4,6
1973 I	+20,4	- 4,4	- 3,5	- 1,6	+10,9	+ 3,2
II	+ 0,1	+ 0,1	- 4,6	+ 0,8	- 3,6	- 0,5
III	+ 7,1	- 3,3	+ 0,1	- 2,8	+ 1,1	+ 0,4
IV	- 0,5	+ 6,4	+ 0,9	- 1,6	+ 5,2	+ 4,0
1974 I	- 2,8	- 4,7	- 0,3	- 0,6	- 8,4	- 3,9
II	+ 5,4	- 0,4	- 3,7	+ 1,7	+ 3,0	+ 3,0
III	- 6,5	- 3,1	+ 9,3	- 3,7	- 4,0	+ 1,0
IV	+ 1,1	+ 5,6	- 2,5	- 2,1	+ 2,1	+ 5,5
1975 I	+ 4,7	- 0,9	- 6,1	+ 0,7	- 1,6	- 1,7
II	- 3,7	+ 2,2	- 0,6	+ 1,4	- 0,7	+ 1,5
III	- 2,4	- 4,7	- 0,6	+ 5,5	- 2,2	+ 2,6
IV	- 0,8	+ 5,2	- 0,4	+ 3,8	+ 7,8	+ 7,8
1976 I	+ 6,1	- 5,1	- 1,9	- 3,1	- 3,4	- 4,1
II	- 0,5	+ 4,0	+ 4,1	- 0,6	+ 7,0	+ 2,9
III	+ 3,3	- 4,8	+ 6,4	- 2,4	+ 2,5	+ 2,6
IV	- 0,6	+10,0	+ 3,5	- 6,2	+ 6,7	+ 6,6
1977 I	+ 0,7	- 3,9	- 0,7	- 0,7	- 4,6	- 3,5
II	- 1,2	+ 3,8	- 1,6	- 0,1	+ 0,9	+ 3,2
III	+ 0,4	- 1,7	+ 1,5	- 1,4	- 1,2	+ 3,7

- 1 Bargeldumlauf auf Zentralbankguthaben der Banken
- 2 Veränderungen der Auslandsforderungen der Bundesbank unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens zu anderen als transaktionsbedingten Veränderungen der Währungsreserven (hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Währungsreserven aufgrund von Paritätsänderungen)
- 3 Kredite und Forderungen der Bundesbank an öffentliche Haushalte abzüglich deren Einlagen
- 4 Refinanzierung saldiert mit dem Bestand an Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken
- 5 U.a. Änderungen im Bardepot und Offenmarkt-Transaktionen der Bundesbank mit Nichtbanken
- 6 Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatz-Änderungen

Quellen: Jahresgutachten des SVR 1974/75, S. 113
 1976/77, S. 87
 1977/78, S. 103

terung der Stabilitätspolitik durch die Wechselkursfreigabe im Rahmen des EWB sprechen zu können, müßte ein deutlicher Rückgang des Auslandseinflusses auf die Geldschöpfung stattgefunden haben. Tabelle 22 zeigt das Gewicht der verschiedenen Faktoren für die Schaffung bzw. Vernichtung von Zentralbankgeld in der Bundesrepublik im Zeitablauf. In ihr sind das Ausland, die öffentliche Hand und der Bankenbereich als Bestimmungsgründe der Zentralbankgeldmenge und die bereinigte Zentralbankgeldmenge als die für die inländische Expansion erforderliche Geldmenge¹ gegenübergestellt.

Der Zahlenvergleich zeigt, daß allein der Auslandssektor hohe Anforderungen an kompensatorische Maßnahmen der Bundesbank gestellt hat, solange die Wechselkurse fixiert waren, daß diese Anforderungen mit der Kursfreigabe aber erheblich gesunken sind. Im ersten Halbjahr 1971 wurde auslandsbedingt Zentralbankgeld in Höhe von 14,5 Mrd. DM geschaffen, DM 13,2 Mrd. mehr als benötigt (1,3 Mrd. DM). Ähnlich kraß ist das Mißverhältnis im dritten Vierteljahr 1972 gewesen, in dem die 'überschüssige' Geldmenge DM 8 Mrd. und vor der Kursfreigabe 1973, als diese 17,2 Mrd. DM betrug. Nachdem es von Anfang Februar bis März 1973 zu starken Devisenzuflüssen infolge von Stützungsverkäufen in Dollar gekommen war, wurde im März 1973 nach Auffassung der DBBk die entscheidende Voraussetzung für eine wirksame Geldpolitik geschaffen². Durch das sehr viel geringere Volumen der Devisenkäufe im EWB wurde der restriktive Kurs der Bundesbank nur noch in begrenztem Maße unterlaufen. Die Zentralbankgeldmenge expandierte von Januar bis April 1975 mit einer Jahresrate von 12,4 %, nach Freigabe der Kurse von Mai bis Dezember nur noch mit 5,7 %. Im Jahresvergleich konnte die Rate von 14,1 % in 1972 auf nur 7,9 % in 1973 reduziert werden. Angesichts der Halbierung der Zuwachsratespricht die Bundesbank von einem Abbau des Geld-

1 vgl. Jahresgutachten 1974/75 des SVR, S. 152 (Tz.383)

2 vgl. Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1973, S.3

überhangs und einer wirksamen Kontrolle der monetären Expansion¹. Der Rückgang der Preissteigerungsrate ab Anfang 1974 belegt den Erfolg der restriktiven Politik, der nicht zuletzt durch die starke Verringerung des Einflusses der Kapitalbewegungen außergemeinschaftlichen Ursprungs auf die Binnenliquidität möglich war². Das Gewicht der Kapitalbewegungen wird aus der Tatsache deutlich, daß von 1970-1973 nur 28 % der zugeflossenen Auslandsliquidität aus Leistungsbilanzsalden stammen, 72 % aber aus rein monetären Transaktionen³. Im Jahr 1974 konnte der binnenwirtschaftliche Kurs der Geldpolitik ohne außenwirtschaftliche Störungen beibehalten werden. Der freie Wechselkurs nach außen sicherte einen quasi-automatischen Ausgleich der Zahlungsbilanz. Denn trotz eines Leistungsbilanzüberschusses von DM 24 Mrd. sanken die Auslandsaktiva der Bundesbank um DM 2 Mrd., da Kapital in Höhe von DM 26 Mrd. (incl. Restposten) abfloß⁴.

Im Jahr 1975 wurde von der DBBk erstmals ein quantitatives Geldmengenziel als Orientierungsgröße vorgegeben. Das Soll von 8 % an Zuwachs der Zentralbankgeldmenge im Jahresvergleich wurde allerdings ebenso überschritten wie das Verlaufsziel von 8 % in 1976. Ausschlaggebend dafür waren die hohen Devisenzuflüsse im ersten Vierteljahr 1976, die das höchste Ausmaß seit dem Beginn des Floatens erreichten. Nach geringfügigen Abflüssen kam es im August 1976

1 vgl. Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1973, S. 5

2 vgl. 7. Gesamtbericht der Europäischen Gemeinschaften, a.a.O., S. 188

3 vgl. Susanne Schmidt, Kapitalverkehrskontrollen und ihre Wirkung, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts, Hamburg 1977, S. 51 f.

4 vgl. Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1974, S. 31 f.

abermals zu einer erheblichen, auslandsbedingten Schöpfung von Zentralbankgeld, die die Realisierung des angestrebten Geldmengenzieles unmöglich machte. Diese Zahlen und die Entwicklung der deutschen Preissteigerungsrate seit 1973 begründen die Vermutung, daß das Floating die Stärke des internationalen Inflationverbundes für den Bereich der Bundesrepublik vermindert hat¹. Es ist allerdings nicht gelungen und kann angesichts der Verflechtung der Bundesrepublik mit anderen Volkswirtschaften einerseits und den festen Kursen im EWB andererseits auch nicht gelingen, Geldpolitik frei von außenwirtschaftlichen Einflüssen zu betreiben². Eine Erleichterung der Stabilisierungspolitik durch die Freigabe vor allem des Dollarkurses hat aber ohne Zweifel stattgefunden.

Neben der Abschwächung des Inflationsimports auf dem Weg über Geldzuflüsse hat die Wechselkursfreigabe eine weitere preisdämpfende Wirkung. Floatende Kurse und ein bereits bestehender Stabilitätsvorsprung können eine stetige Aufwertung der Währung bewirken, die ihrerseits einen Anstieg der Preise für Importgüter verhindert oder mindert. Zudem müssen Exporteure auf ausländischen Märkten stärkere Preisdisziplin üben, Gewinne werden tendenziell sinken, Lohnsteigerungen deshalb weniger leicht akzeptiert³.

Dieser Effekt war für die Bundesrepublik als rohstoffabhängiges Land besonders deshalb vorteilhaft,

1 vgl. 45. Jahresbericht der BIZ, 1. April 1974
- 31. März 1975, Basel 9. Juni 1975, S. 12

2 vgl. Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1973,
S. 48

3 vgl. 46. Jahresbericht der BIZ, 1. April 1975
- 31. März 1976, Basel 14. Juni 1976, S. 30; Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1973, S. 22 f.;
47. Jahresbericht der BIZ, a.a.O., S. 40 ff.

weil Rohstoffe nach wie vor überwiegend in Dollar fakturiert werden und der Verfall des Dollarkurses durch 'Zwangs'-Interventionen nicht mehr aufgefangen zu werden brauchte¹. So führt die DBBK die Dämpfung des Preisanstiegs 1977 und 1978 auch auf die verminderten Einfuhrpreise infolge der Aufwertung und den verschärften inländischen Wettbewerb zurück².

3.3. Förderung der Preisstabilität durch das System fester Wechselkurse im EWB

Für die Bundesrepublik war die Freigabe der Kurse gegen Dritte wichtigster Teil (Kapitalverkehrsbeschränkungen bestanden fort) einer außenwirtschaftlichen Absicherung der restriktiven Geldpolitik. Die Beibehaltung fester Paritäten im Innenverhältnis und der daraus folgende Zwang zu weiterer Geldschöpfung im Rahmen der Devisenankäufe stellt eine Beeinträchtigung dieser Absicherung dar.

Für weniger stabilitätsorientierte oder weniger erfolgreiche Länder liegen die Gewichte anders. Für sie sind nach Auffassung der Befürworter fester Kurse diese gerade Voraussetzung einer fortschreitenden Stabilisierung des Preisniveaus³. Gründe dafür werden in dem Disziplinierungszwang fester Kurse und der Verhinderung einer importkosteninduzierten Preissteigerungswelle gesehen³.

1 vgl. zu der Entwicklung der Wechselkurse und Importpreise Kapitel 3.2.2., S. 91

2 vgl. Geschäftsbericht der DBBK für das Jahr 1977, S. 1

3 vgl. Helmut Schmidt, Auszüge aus dem Bericht des Bundesministers der Finanzen vor dem Deutschen Bundestag am 23. Januar 1974, in: "Europa-Archiv", 29. Jg. (1974), S. 182

4 vgl. dazu Teil II, Kapitel 3.3.2

3.3.1. Der Stabilisierungszwang fester Wechselkurse

Der Zwang zur Ergreifung stabilitätspolitischer Maßnahmen ergibt sich für die Blockländer aus ihrer Verpflichtung, die enge Schwankungsbreite um die jeweils geltenden Paritäten durch den Einsatz ihrer Währungsreserven zu garantieren. Relativ höhere Preissteigerungsraten können eine Abwertungstendenz auslösen, die drohende Illiquidität kann nur durch Verlassen des Blocks oder Angleichung des Preisanstiegs auf niedrigerem Niveau vermieden werden. Da zwar flexible Kurse einerseits stabileren Ländern die Chance zu erfolgreicher Restriktionspolitik geben, andererseits für weniger stabile Länder auch die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung (mit zusätzlichen negativen Effekten für die Beschäftigung) in sich bergen¹, zeigt der Entschluß, die Mitgliedschaft im EWB aufrechtzuerhalten, eine gestiegene Bereitschaft, feste Paritäten durch flankierende politische Maßnahmen zu sichern².

So stellt der SVR fest, daß das erreichte Maß der Harmonisierung der Zinspolitik und das Laisser-faire des Dollarkursverfalls das übertroffen habe, was die Interessen nationaler Politik erfordert hätten³. Das wirtschaftspolitische Verhalten Belgiens, Dänemarks und der Niederlande dokumentiert die Priorität des Widerstandes gegen den Druck auf die Währungen an den Devisenmärkten, "indem sie einen Anstieg der inländischen Zinsen in einem Maße zuließen oder förderten, wie es für diesen Zweck notwendig war."⁴

Die belgischen Behörden nahmen während der Währungsunruhen von März bis April und Juli bis Oktober 1976

1 vgl. Jahresgutachten 1974/75 des SVR, S. 166 (Tz. 429)

2 vgl. 47. Jahresbericht der BIZ, 1976/77, S. 65 ff. und S. 142

3 vgl. Jahresgutachten 1973/74 des SVR, S. 106 (Tz. 270)

4 47. Jahresbericht der BIZ, 1976/77, S. 65

nicht nur hin, daß Devisenverkäufe zu einer starken Anspannung an den Geldmärkten führten, sondern verschärften diese Wirkung noch durch die Einschränkung der Verfügbarkeit des Zentralbankkredits und höhere Pflichtreserven¹. Der Preisniveauanstieg sank in Jahresfrist von 12,7 auf 9,2 %.

Zur Abwehr der Spekulation und Beendigung der Abwertungstendenz der eigenen Währung betrieben die Niederländer im Herbst 1976 eine stark restriktive Geldpolitik mit dem Erfolg eines Rückgangs des Preisanstiegs von 10,2 auf 8,8 %.

Als die dänischen Währungsbehörden von Januar bis Juli 1976 25 % ihrer Devisenreserven durch Interventionen verloren hatten, erhöhten sie den Diskontsatz von 7,5 % auf 11 % trotz der bestehenden hohen Arbeitslosigkeit und möglichen negativen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum. Die Inflationsrate sank von 9,9 auf 9,0 %³.

Diese Länder konnten ihre Position im EWB durch eine Kombination von offiziellen Interventionen am Markt, durch drastische restriktive geldpolitische Maßnahmen und eine bescheidene Anpassung der Leitkurse erhalten⁴. Nun ist es auf Grund dieser Zahlen sicher nicht zulässig, von einem tatsächlich gegebenen Disziplinierungszwang fester Kurse zu sprechen. Da die möglichen Folgen für die Stabilität des Preisniveaus unter dem System flexibler Kurse nicht bekannt, zudem die Motive und die Handlungsfolgen weder isolierbar noch überprüfbar sind, können lediglich auf Zahlungsvergleichen beruhende Vermutungen geäußert werden. Eine solche Vermutung in diesem Fall ist die geäußerte Überzeugung, daß feste Kurse für bestimmte Länder des EWB die Stabilisierungschancen oder -erfolge geschaffen, mindestens aber erleichtert habe.

1 vgl. 47. Jahresbericht der BIZ, 1976/77, S. 65
und Jahresgutachten 1976/77 des SVR, S. 33
(Tz. 32 f.)

2 vgl. Ebenda

3 vgl. Ebenda

4 vgl. 47. Jahresbericht der BIZ, 1976/77, S. 142

3.3.2. Verhinderung einer abwertungsbedingten Inflationierung

"Ein .. wesentlicher Grund für die unterschiedliche Heftigkeit der Inflation liegt in der Wirkungsweise des Systems flexibler Wechselkurse."¹ Der durch Korrelationstests vielfach nachgewiesene Zusammenhang zwischen Wechselkurssystem und Inflation² wirkt nicht nur in der Weise, daß Inflationsraten die Kursentwicklung bestimmen. Ebenso "verstärkt eine Währungsaufwertung durch Verbilligung der Importe und Druck auf die Exportgewinne die direkten Wirkungen der Stabilisierungsbemühungen und trägt zu ihrem Erfolg bei. Wenn die heimischen Preissteigerungen andererseits den Außenwert der Währung sinken lassen, wird dies eher die Inflation noch nähren - und ein solcher circulus virtuosus kann dann nur mit drastischen politischen Maßnahmen durchbrochen werden."³

Das folgende Schaubild zeigt das starke Abhängigkeitsverhältnis zwischen Wechselkursen und Binneninflation. Der Vergleich der Ausfuhr-, Einfuhr- und Großhandelspreise in Beziehung zu der Entwicklung der Kurse ausgewählter Länder zeigt, daß die Staaten mit in den letzten Jahren stark aufgewerteter Valuta auch die geringsten Preissteigerungen zu verzeichnen hatten. In Italien und Großbritannien, deren Währungen stark abgewertet worden sind, war die Zunahme der Importpreise etwa fünfmal so hoch, der Anstieg der Großhandels- und Importpreise (in Landeswährung) etwa dreimal so hoch wie in der Bundesrepublik und der Schweiz.

Am Beispiel der Bundesrepublik wird dieser Zusammenhang besonders deutlich. Die Durchschnittswerte der

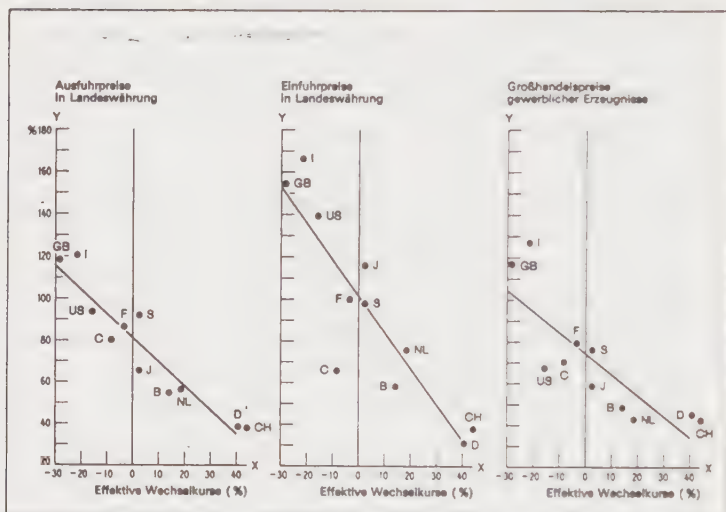
1 46. Jahresbericht der BIZ, 1975/76, S. 30

2 vgl. Donald S. Kemp, a.a.O., S. 13

3 vgl. 46. Jahresbericht der BIZ, 1975/76, S. 30

Schaubild 9 - Die Interpendenz zwischen Veränderungen effektiver Wechselkurse und ausgewählter Preise

Kumulative prozentuale Veränderungen
1968 - 1975



Quelle: 46. Jahresbericht der BIZ, 1975/76, S. 31

Einfuhr lagen im September 1973 nicht höher als 1962, während das Ausland von 1962 - 1972 Preissteigerungen für Industrierohstoffe in US-Dollar in Höhe von 120 % zu verkräften hatten¹. Diese Tendenz setzte sich auch in den letzten Jahren fort.

Durch ihre Bindung an die feste DM innerhalb des EWB erfahren auch weniger stabile Währungen einen Aufwertungseffekt gegenüber Dritten, wodurch der An-

1 vgl. Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1973, S. 23

stieg der Importkosten gebremst werden kann¹. Diese Länder können sich dadurch vor Entwicklungen schützen, wie sie in Italien und Großbritannien stattgefunden haben. So kam es beispielsweise in Italien zwischen Januar und April 1976 zu einem Anstieg der Einfuhrpreise um 25 %, der Großhandelspreise um 13 % und der Inflationsrate von 11 % zu Jahresbeginn auf 18 % im dritten Vierteljahr². Von besonderem Gewicht ist die relative Konstanz der Wechselkurse in solchen Ländern, in denen Währungsabwertungen infolge eines Systems der Indexierung zu einem unmittelbaren Anstieg der Preise führen. So würde beispielsweise eine zehnprozentige Abwertung des belgischen Franken einen sofortigen Preisanstieg von 3,4 % bewirken, über den Zeitraum von 1,5 Jahren würde sich die Inflationsrate auf 22 % belaufen³.

Auch wenn im EWB importinduzierte Preiseinflüsse nicht völlig durch Aufwertungstendenzen ausgeglichen werden konnten, so sind doch die Stabilisierungsbemühungen durch die festen Wechselkurse wesentlich erleichtert worden.

3.4. Ergebnisse

Der EWB als Festkurssystem mit nach außen floatenden Wechselkursen sollte in relativ preisstabilen Ländern die Bedingungen für eine erfolgreiche Geld-

-
- 1 Die Spirale Abwertung-Inflationierung-Abwertung müßte zum Stillstand kommen, wenn der Kurs ein Niveau erreicht hat, unter dem die Elastizität der Auslandsnachfrage größer eins ist, so daß die exportinduzierte Verbesserung der Kapazitätsauslastung den Stückkostenanstieg dämpft. vgl. Fritz Franzmeyer, Neue Wege, a.a.O., S. 28
 - 2 vgl. Jahresgutachten 1976/77 des SVR, S. 34 (Tz.36)
 - 3 vgl. ifo-Schnelldienst, Nr. 28/78, a.a.O., S. 28

politik verbessern und weniger 'stabile' Staaten vor importkosteninduzierten Preissteigerungen schützen und so die stabilitätspolitischen Bemühungen infolge des Disziplinierungszwangs fester Kurse unterstützen. Der EWB konnte einen wichtigen Beitrag zu einer Erhöhung des Realisierungsgrades dieser Zielsetzung leisten. Das Gewicht des Auslandsgeschäftes der Zentralbanken als wesentlichem Bestimmungsgrund der Bankenliquidität bzw. der Zentralbankgeldmenge konnte nach Freigabe des Dollarkurses wesentlich reduziert werden. Zwar gab es nach wie vor Devisenankäufe, doch ist der Interventionsumfang innerhalb des EWB geschrumpft, so daß die Erfolgsaussichten restriktiver Geldpolitik gestiegen sind.

Der Disziplinierungszwang fester Kurse hat in einigen Ländern zu einer Verschiebung der Prioritäten und entsprechenden restriktiven Maßnahmen geführt. Der Erfolg war eine stabilitätspolitische Annäherung der verbliebenen Blockstaaten auf - im gesamteuropäischen Vergleich - geringerem Preisniveau. Eine "europäische Stabilitätsinsel" stellt der Block allerdings nicht dar, weil sich mit Italien, Frankreich und Großbritannien wichtige Staaten durch Wechselkursfreigabe dem Stabilisierungszwang entzogen haben.

Von besonderer Bedeutung war die Konstanz der Wechselkurse für die Entwicklung der Importpreise in den Blockländern. Die enge Bindung an die stetig höher bewertete DM schützte neben der Bundesrepublik auch die EWB-Staaten vor Importkosten-Explosionen, wie sie Italien und Großbritannien in den letzten Jahren zu verzeichnen hatten.

4. Der Beitrag des EWB zur europäischen Integration

4.1. Vorbemerkungen

Die Absichten zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa nahmen im Stufenplan des Werner-Berichts konkrete Gestalt an¹. Entsprechend der Überzeugung, daß flexible Wechselkurse unvereinbar mit einer funktionierenden Währungsunion seien², war bereits für die erste Stufe eine Einengung der Bandbreiten vorgesehen. Von ihr versprach man sich einen Sachzwang zur Vereinheitlichung der monetären Politik³. Gleichzeitige Fortschritte in der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik und schließlich supranationale Entscheidungen gemeinschaftlicher Instanzen sollten aus der bestehenden Zollunion über die Wirtschafts- und Währungsunion eine politische Union werden lassen⁴. Aus der Parallelität der Fortschritte wurde infolge der raschen Verwirklichung der Bandbreiteneinengung eine währungspolitische Vorgabe, der Wechselkursverbund sollte Integrationsmotor sein: "The promoters of the Werner-Plan thought that policy coordination would come about automatically. Such automaticity, however, cannot be expected unless there is support from the general trend. In fact, the wind has been blowing in the opposite direction."⁵

In der Tat ist der Werner-Plan gescheitert⁶, der EWB

1 vgl. dazu Teil I Kapitel 1 und 3.4.

2 vgl. EntschlieÙung des EG Ministerrats vom 22. März 1971, a.a.O., S. 46

3 vgl. Mitteilung der Kommission an den Rat der EG vom 4. März 1970, a.a.O., S. 94 f.

4 vgl. DBBk, Internationale Organisationen und Abkommen, a.a.O., S. 226 ff.

5 Herbert Giersch, The Case for a European Parallel Currency, a.a.O., S. 78

6 vgl. Bericht der Studiengruppe 'Wirtschafts- und Währungsunion 1980', EG-Kommission, Brüssel, März 1975, S. 120

hat seine Aufgabe als Integrationsmotor nicht erfüllen können¹, "Europa ist heute auf dem Weg zur WWU nicht weiter als vor fünf Jahren. Wenn sich die Gemeinschaft bewegt hat, dann rückwärts."²

Dieses negative Urteil erklärt sich aus der Differenz dessen, was erreicht werden sollte und tatsächlich erreicht worden ist.

4.2. Die Schaffung eines eigenständigen europäischen Währungsraumes

In der Überzeugung, daß für die weitere wirtschaftliche Integration im Innern und die Geschlossenheit der Union nach außen die Verwirklichung einer Währungsunion Vorbedingung sei,³ schuf man im April 1972 einen Währungsverbund der sechs EG-Länder. Im Mai des Jahres traten diesem auch die neuen EG-Staaten bei. Die Existenz des EWB als EG-Institution dauerte allerdings nicht lange, Großbritannien, Irland und Italien schieden aus, Nicht-EG-Länder, Norwegen und Schweden wurden assoziiert. Nach dem Austritt Frankreichs und Schwedens ist ein 'Miniblock' verblieben. Die Europäische Gemeinschaft wurde dadurch in eine Gruppe von Ländern mit untereinander relativ festen

1 vgl. EG-Kommission, Euro-Schlange kann Probleme nicht lösen, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 19 vom 19. März 1976, S. 3

2 Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, EG-Kommission, Generalsekretariat, Nr. 4, 8. Jg., Brüssel 1975, S. 33, Ziffer 2201; Helmut Schmidt Gemeinsamer Markt hat sich seit 1972 zurückentwickelt, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 65 vom 31. August 1978, S. 1; Roy Jenkins, Jean-Monnet-Vorlesung in Florenz am 27. Oktober 1977, in: "Europa-Archiv", 33. Jg., Sonderdruck aus Folge 1 (1978), S. D 3

3 vgl. Bulletin der EG, Nr. 6, 8 Jg. Brüssel 1975, S. 8

und Länder mit frei schwankenden Kursen gespalten¹. Alle Pläne zur Überwindung dieser Spaltung sind bislang gescheitert, erst sechseinhalb Jahre nach Gründung des Verbundes gibt es einen neuen gesamt-europäischen Anlauf. Innerhalb des Europäischen Währungsblocks ist es zwar gelungen, die Wechselkursverhältnisse relativ stabil zu halten (vgl. Tabelle 23), dem längerfristigen Ziel einer vollständigen und irreversiblen Konveribilität der Währungen, der Beseitigung der Bandbreiten, der unwiderruflichen Festlegung der Paritätsverhältnisse und einer vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs konnten sich jedoch auch diese Länder nicht nähern.

Tabelle 23 - Entwicklung des Außenwerts der DM gegenüber verschiedenen Währungen
Ende 1972 = 100 1973-1978
jeweilige März-Notierung

	1973	1974	1975	1976	1977	1978
bfr	100,9	109,5	106,6	110,2	110,3	111,9
dkr	100,7	109,9	108,2	110,8	113,2	127,1
hfl	101,9	104,3	101,6	104,4	103,6	106,2
nkr	101,2	104,5	102,7	105,0	106,5	126,5
FF	100,8	115,9	114,1	113,7	131,2	145,9
skr	106,1	116,7	113,3	115,2	118,0	151,6
Lit	112,1	134,6	150,9	178,4	205,4	232,9
Est	107,9	123,3	134,9	151,8	184,1	194,7
EWB	101,5	107,8	105,1	109,8	108,2	111,0
EG	103,8	115,9	118,3	126,0	138,4	149,4

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank,
April 1978, S. 78

1 vgl. DBBk, Internationale Organisationen und Abkommen, a.a.O., S. 201

4.3. Koordinierung und Harmonisierung wirtschafts- politischer Ziele und Instrumente

Der währungspolitische Schritt der Bandbreiteneinengung sollte von parallelen Fortschritten in der Koordinierung der gesamten Wirtschaftspolitik begleitet werden, ohne die eine Wirtschafts- und Währungsunion nicht zu erreichen ist.

Derartige Fortschritte konnten nicht erzielt werden, im Gegenteil, dem "frommen Wunsch ... [sind] niemals Taten gefolgt ..."¹, die Wirtschafts- und Währungspolitik ist seit 25 Jahren nie so uneinheitlich, so gegensätzlich gewesen wie heute.²

Dieser Mißerfolg hat zahlreiche Ursachen. Entsprechend der Ratsentschließung vom 22. März 1971 koordinieren die Mitgliedsstaaten ihre Geld- und Kreditpolitik unter Beachtung der vom Rat festgelegten allgemeinen wirtschaftspolitischen Leitlinien. Diese sind zwar immer stringenter gefaßt worden, insbesondere durch die sog. Konvergenzrichtlinie vom 18. Februar 1974, enthalten aber keinerlei Regelungen über die Priorität wirtschaftspolitischer Ziele in Konfliktsituationen³. Zwingende Maßnahmen gibt es nicht, Empfehlungen werden nur mit Zustimmung des betreffenden Landes ausgesprochen, eine Anpassung der Politik geschieht nur insoweit, als sie mit den Interessen der einzelnen Länder übereinstimmt⁴. Entspricht die wirtschaftliche Entwicklung den Leitlinien nicht, werden diese

1 Bericht der Studiengruppe 'Wirtschafts- und Währungsunion 1980', a.a.O., S. 2

2 vgl. Ebenda, S. 1; eine ähnliche Beurteilung wird im 8. Gesamtbericht über die Tätigkeit der EG, Brüssel 1974, S. 120 und im 9. Gesamtbericht über die Tätigkeit der EG, Brüssel 1975, S. XIV getroffen

3 vgl. DBBk, Internationale Organisationen, a.a.O., S. 185

4 vgl. Ebenda

angepaßt, nicht aber die Maßnahmen. So bestand die Zielvorgabe für den Zeitraum von 1971-1975 in einem Anstieg der Verbraucherpreise von 2,3 bis 2,8 % und des realen Bruttosozialprodukts von 5 bis 5,5 %. Der tatsächliche Preisanstieg belief sich auf 9,1 %, das Wirtschaftswachstum auf nur 2,4 %¹.

Die entscheidenden Hemmnisse der Koordinierungs- und Harmonisierungsbedingungen sind in den unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Prioritäten zu sehen².

So ergeben sich stets Schwierigkeiten bei der gemeinschaftlichen Festlegung von geldpolitischen Zielen, weil das geldpolitische Konzept unter den Notenbanken umstritten ist, nationale Besonderheiten der Geld- und Kreditsysteme keinen einheitlichen Zieltyp erlauben, weil monetäre Ziele der wirtschaftlichen Lage und der entsprechenden Priorität Rechnungen tragen müssen³. Zudem befürchtet man⁴, daß wegen bestehender struktureller Unterschiede eine Vereinheitlichung monetärer Ziele eine Beeinträchtigung der Effektivität der Geld- und Kreditpolitik bewirken könnte.

"Geldpolitische Integrationserfolge konnten daher nicht erzielt werden."⁵ Dieses Urteil gilt auch heute noch, da die Währungsbehörden aus institutionellen, strukturellen und praktischen Gründen an unterschiedlichen währungspolitischen Zwischenzielen (Geldvolumens-Kredit- und Zinsziele) festhalten⁶. Seit 1975

1 vgl. DBBk, Internationale Organisationen, a.a.O., S. 187

2 vgl. Ebenda, S. 207

3 vgl. Ebenda, S. 210

4 vgl. Ebenda, S. 211

5 vgl. Ebenda, S. 209

6 vgl. Ebenda, S. 206 f.; Eine Gegenüberstellung geld- und kreditpolitischer Ziele und Instrumente findet sich u.a. im Jahresgutachten 1976/77 des SVR, S. 175-178 (Tz. 480-487) und bei Helge Majer und Adolf Wagner, Der internationale Konjunkturzusammenhang, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Tübingen 1974, S. 176 f.

existiert eine Gruppe 'Harmonisierung der währungs-politischen Instrumente', die die Rolle und Ziele der Währungspolitik der Mitgliedsstaaten prüft und Vorschläge zur Harmonisierung erarbeiten soll. Ergebnisse sind bislang nicht erzielt worden.

Gleiches gilt für die allgemeine Wirtschaftspolitik. Statt einer konjunkturpolitischen Abstimmung gibt es fortlaufende Konsultationen und unverbindliche Leitlinien¹, die als Orientierungsdaten für die Haushaltspolitik lediglich nationale Interessen widerspiegeln, als Maßstab für die Preisentwicklung freilich weitgehend irrelevant sind². Im Dezember 1972 vereinbarte der Rat der EG Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung. Die Wachstumsrate der Geldversorgung sollte bis Ende 1974 auf die des realen Bruttosozialprodukts zuzüglich eines als unvermeidlich angesehenen Preisanstiegs zurückgeführt werden. "Dieses Ziel konnte von keinem EG-Land auch nur annähernd verwirklicht werden."³ Als Bilanz der ersten Stufe auf dem Weg zur WWU stellte die Kommission der EG fest, -daß die Koordinierung der kurzfristigen Wirtschaftspolitik unzureichend, -die Harmonisierung der Steuern wenig befriedigend ist, -daß bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs keinerlei, auf dem Gebiet der Strukturpolitik kaum nennenswerte Fortschritte erzielt worden sind und -daß die Devisenmärkte ein differenziertes Bild ergeben⁴.

Dem Zusammenwachsen der Märkte durch die zunehmende

1 vgl. Fritz Franzmeyer, Neue Wege zur währungspolitischen Integration, a.a.O., S. 154

2 vgl. Bericht der EG-Kommission vom 30. April 1973, in: Bulletin der EG, Beilage 5/73, S. 6 ff.

3 DBBk, Internationale Organisationen, a.a.O., S. 207

4 vgl. Kommission der EG, 'Verwirklichung der WWU', a.a.O., S. 6 ff.

Handelsverflechtung¹ ist keine Harmonisierung der Politik gefolgt. Den Beweis für diese Feststellung liefert die unterschiedliche politische und wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedsstaaten².

4.4. Die wirtschaftliche Entwicklung in den EG-Staaten

"Den Koordinierungsanstrengungen ist es .. bisher nicht gelungen, eine hinreichend ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung in der Gemeinschaft herbeizuführen."³ Der Zusammenbruch des Weltwährungssystems, die Erdölkrise, die weltweite Inflation und Rezession einerseits, sowie das unterschiedliche Verhalten der gesellschaftlichen Gruppen und der daraus folgende Spielraum für die Wirtschaftspolitik andererseits haben zu wachsenden Divergenzen in der Entwicklung der Volkswirtschaften geführt⁴. So betrug die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von 1974-1976 in Großbritannien null, in Deutschland 2,5 % und in Frankreich 6 %, die Inflationsraten reichten in 1976 von 4,5 % in Deutschland bis zu 18 % in Italien. Die

1 vgl. dazu Mathias Lefeldt und Jens Warnecke, Handelsintensitäten im EWG-Raum, in: "Wirtschaftsdienst", 54. Jg. (1974), S. 408 ff.; Mathias Lefeldt und Albert Schneider, Entwicklung der Handelsintensitäten in der EG, in: "Wirtschaftsdienst", 57. Jg. (1977), S. 575-581; Fritz Franzmeyer und Bernhard Seidel, Wirtschaftspolitische Prioritätsunterschiede in der EG als Hemmnisse für die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion und Instrumente zu ihrer Überwindung, DIW, Sonderheft 96 (1973), S. 31 f.

2 vgl. Bulletin der EG, 8. Jg., Nr. 1 (1975), S. 16, Ziffer 1204

3 DBBk, Internationale Organisationen, a.a.O., S. 189

4 vgl. DBBk, Internationale Organisationen, a.a.O., S. 189; 10. Gesamtbericht über die Tätigkeit der EG, Brüssel 1976, S. 15 ff.; Mitteilung der Kommission der EG über die Aussichten der Wirtschafts- und Währungsunion vom 17. November 1977, in: "Europa-Archiv", Sonderdruck aus Folge 1, a.a.O., S. D 12

außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte haben zugenommen, einer Verschlechterung in Dänemark, Italien und Frankreich in 1976 standen ein anhaltendes Defizit in Großbritannien, gleichbleibende Überschüsse in Deutschland und eine wachsende Aktivierung der Zahlungsbilanz in den Niederlanden gegenüber. Die Arbeitslosenrate belief sich in Luxemburg auf 0,5 %, in Deutschland und den Niederlanden auf 4 % und in Irland auf 10 % (1976)¹. Diese unterschiedlichen Wirtschaftslagen konnten kaum angenähert werden, da die politischen, ökonomischen, sozialen und institutionellen Strukturen noch zu stark divergieren und dementsprechend unterschiedliche Prioritäten gesetzt werden². Da die unterschiedliche Schärfe innerer Konflikte³ mittelbar oder unmittelbar auf die Zahlungsbilanz und die Wechselkurse durchschlägt, eröffnen sich für die Mitgliedsstaaten auch ungleiche Chancen im Kampf gegen Preis- und Kostenauftrieb⁴. Eine Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung wird durch Erfolge der Inflationsbekämpfung, ausgeglichene Zahlungsbilanzen, eine größere Stabilität der Wechselkursbeziehungen und Verbesserung des Wachstums und der Beschäftigung in 'schwächeren' Ländern gekennzeichnet⁵. Das aber verlangt eine gemeinschaftliche Vorstellung von Art und Rangfolge der Zielsetzungen. Wenn sich aber, wie die Finanz- und Wirtschaftsminister der EG 1978 festgestellt haben, "in den Versuchen zu einer engeren Konvergenz der nationalen Wirtschaftspolitik ... kaum neue Aspekte [eröffnen]"⁶, dann

1 vgl. Bulletin der EG, 10. Jg., Nr. 5, Brüssel 1977, S. 40

2 vgl. DBBk, Internationale Organisationen, a.a.O., S. 281; Bulletin der EG, 8. Jg., Nr. 1, Brüssel 1975, S. 40

3 vgl. Fritz Franzmeyer, Neue Wege, a.a.O., S. 155

4 vgl. Bulletin der EG, 9. Jg., Nr. 11 (1976), S. 30, Ziff. 2201

5 vgl. Mitteilung der Kommission der EG über die Aussichten der WWU, a.a.O., S. D 14

6 Luxemburger Rat der neun Finanzminister, in: DBBk, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 33 vom 21. April 1978, S. 10

sind größere Erfolge bezüglich einer Annäherung der wirtschaftlichen Entwicklung nur von bindenden Entscheidungen auf Gemeinschaftsebene zu erwarten.

4.5. Wirtschaftspolitik auf EG-Ebene

"Die Wirtschafts- und Währungsunion bedeutet, daß die wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf Gemeinschaftsebene getroffen werden und daß infolgedessen die erforderlichen Befugnisse von nationaler Ebene auf die Ebene der Gemeinschaft übertragen werden."¹

Diesem Ziel ist man weder in der EG insgesamt noch innerhalb des EWB, in dem die Länder durch die Kursbindung zu gemeinsamer, mindestens aber zu koordinierter Politik gezwungen sein sollten, näher gekommen. "Die Interdependenz der Gemeinschaft in Handel, Finanzen, und Wechselkursen und Preisverhalten ist sehr intensiv, aber ... [da] System zwischenstaatlicher Zusammenarbeit und das erst im embryonalen Stadium vorhandene Instrumentarium der Gemeinschaft sind dieser Intensität nachweislich nicht gewachsen."² Die Vielzahl der Konferenzen und Konsultation in dafür geschaffenen Gremien hat gezeigt, daß Ergebnisse nur bei gleichgelagerten Interessen zu erwarten sind³. Zwar tritt dreimal jährlich der Rat zusammen und legt Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der Länder fest. Diese unterliegen aber den Wünschen der

-
- 1 vgl. Entschließung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten vom 22. März 1971, a.a.O., S. 45
 - 2 Roy Jenkins, Die Integration der Europäischen Gemeinschaft angesichts der Erweiterung, in: "Europa-Archiv", Sonderdruck aus Folge 1, a.a.O., S. 7 f.
 - 3 vgl. Fritz Franzmeyer, Neue Wege, a.a.O., S. 158

betreffenden Partner und sind nicht bindend¹. So sind beispielsweise die Richtlinien für die monetäre Expansion und die Haushaltspolitik von kaum einem Staat je eingehalten worden², sie sind kaum mehr als Anhaltspunkte für die allgemeinen Erörterungen³. Dies gilt auch für die quantitativen Zielvorgaben in den Gemeinschaftsprogrammen der EG zur Koordinierung der mittelfristigen Wirtschaftspolitik⁴.

Da sich die Länder der EG wegen starker Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung und den unterschiedlichen Prioritäten nicht über die später vorzunehmende Aufteilung der Kompetenzen zwischen nationalen und gemeinschaftlichen Entscheidungsinstanzen einigen konnten⁵, bleibt wegen der starken Verflechtung der Volkswirtschaften die "...Lücke zwischen dem, was die Länder der Gemeinschaft nicht mehr können und dem, was die Organe der Gemeinschaft noch nicht dürfen."⁶

4.6. Ein gemeinschaftliches Zentralbanksystem

Für die erste Stufe des Werner-Plans war die Errichtung eines Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit vorgesehen. Dieser wurde am 3. April 1972 geschaffen. Er sollte das Funktionieren der schrittweisen Verringerung der Bandbreiten gewährleisten, die Interventionen und den Saldenausgleich

1 vgl. DBBk, Internationale Organisationen, a.a.O., S. 186

2 vgl. Jahresgutachten 1973/74 des SVR, S. 108, (Tz. 279)

3 vgl. DBBk, Internationale Organisationen, a.a.O., S. 188

4 vgl. Ebenda, S. 186

5 vgl. Ebenda, S. 232

6 Jahresgutachten 1973/74 des SVR, S. 108 (Tz. 279)

im EWB fördern und eine gemeinsame Reservepolitik herbeiführen. Die Ratsentscheidung vom 22. März 1971 sah vor, daß sich der Fonds in das später zu schaffende gemeinsame Zentralbanksystem eingliedert¹.

Diesen Aufgaben ist der EFwZ in unterschiedlicher Weise gerecht geworden. Die Bemühungen zur Vergemeinschaftung der Reserven blieben erfolglos, ebensowenig konnte der Fonds "der Nukleus eines gemeinschaftlichen Zentralbanksystems"² werden, nicht zuletzt wegen der deutschen Vorbehalte (Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank). Positive Ergebnisse sind in der gestiegenen Zusammenarbeit zwischen den Notenbanken und in der Schaffung zahlreicher europäischer Beihilfesysteme zu sehen. Zu der währungs- und wechselkurspolitischen Kooperation gehören die tägliche Konzertation der Notenbanken der EG, Norwegens und der Schweiz, der seit 1975 (Rambouillet) die USA, Kanada und Japan angeschlossen sind. Im Rahmen der Konvergenzrichtlinie von 1974 einigte man sich auf Konsultationsverfahren bei Wechselkursänderungen, bereits 1971 kam es zu einer Entscheidung des Rates über die Verstärkung der Zusammenarbeit der Zentralbanken³. Ein Ausschuß der Zentralbankpräsidenten verfaßt wichtige Beratungsunterlagen und Maßnahmenkataloge und kann so die Haltung der EG in Währungsfragen maßgeblich beeinflussen⁴. Von großer Bedeutung sind des weiteren die täglichen Absprachen der Zentralbanken zur Regelung der Interventionen gegenüber dem Dollar (Glättung erratischer Schwankungen).

1 vgl. Ratsentschließung vom 22. März 1971, a.a.O., S. 50

2 DBBk, Internationale Organisationen, a.a.O., S. 198

3 vgl. Ebenda

4 vgl. Ebenda, S. 194

Den deutlichsten Niederschlag hat die währungspolitische Zusammenarbeit in den gemeinschaftlichen Beistandssystemen gefunden¹. So hat die sehr kurzfristige Finanzierung innerhalb des EWB zu allgemeiner Zufriedenheit funktioniert; im Februar 1970 wurde ein kurzfristiger Beistand der Notenbanken zur Überbrückung vorübergehender Zahlungsbilanzschwierigkeiten vereinbart, der zwar ohne währungs- und wirtschaftspolitische Auflagen gewährt wird, aber Konsultationen über die Wirtschaftslage des Schuldnerlandes auslöst; seit März 1971 existiert entsprechend den Regelungen des Art. 108, 2 c des EWGV ein auf zwei bis fünf Jahre befristeter finanzieller Beistand, der unter wirtschaftspolitischen Auflagen gewährt wird. Im Jahre 1975 wurde ein System der Gemeinschaftsanleihen geschaffen, mit dem sich die EG-Länder zugunsten eines Mitgliedslandes verschulden².

1 vgl. DBBk, Internationale Organisationen, a.a.O., S. 201-206

2 Negativ werden diese Beistandssysteme von denen beurteilt, die in ihnen keine Finanzierung wirtschaftlich erforderlicher Anpassungsmaßnahmen, sondern die Möglichkeit für deren Aufschiebung sehen. vgl. Fritz Franzmeyer, Neue Wege, a.a.O., S. 154

4.7. Ergebnisse

Der Europäische Währungsblock hat die Aufgabe, Motor für die weitere europäische Integration zu sein, nicht erfüllen können.

Das Vorhaben Wirtschafts- und Währungsunion stagniert seit 1972. Der Zeithorizont 1980 mußte aufgegeben werden, eine Einigung über den Beginn der vorgesehenen zweiten Stufe kam nicht zustande.

Anstelle eines einheitlichen Währungsraumes existiert ein in zwei Lager gespaltenes Europa, in dem Deutschland und einige kleinere Länder feste Wechselkurse aufrechterhalten, wichtige Länder wie Frankreich, Italien und Großbritannien aber frei schwankende Währungen haben.

Die währungspolitische Vorgabe der Bandbreiteneinigung hat eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik aller EG-Länder nicht herbeizuführen vermocht, da sich die genannten Länder dem Disziplinierungszwang fester Wechselkurse nicht durch Anpassungsmaßnahmen, sondern durch Verlassen des EWB entzogen haben. Eine Koordinierung und Harmonisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik, wie sie innerhalb des EWB ansatzweise gelungen ist, konnte im EG-Rahmen auch durch vielfältige Konsultationen und Vorgabe von wirtschaftspolitischen Leitlinien nicht erreicht werden.

Ergebnis dieses Mißerfolgs ist eine weiterhin divergierende Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften. Gravierende sozio-ökonomische und strukturelle Unterschiede haben einen unterschiedlichen Spielraum der Wirtschaftspolitik in Verfolgung verschiedener Prioritäten bewirkt.

Die in den EG-Ländern ungleiche Rangfolge wirtschaftspolitischer Zielsetzungen mag auch der entscheidende Grund dafür gewesen sein, daß eine Übertragung politischer Entscheidungen auf Gemeinschaftsinstanzen nicht stattgefunden hat.

Fortschritte auf währungs- und wechselkurspolitischem Gebiet konnten durch die gewachsene Zusammenarbeit der Zentralbanken und die Installierung gemeinschaftlicher Beistandssysteme erzielt werden. Trotz ansonsten guten Funktionierens konnte der Europäische Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit allerdings weder Ausgangspunkt eines gemeinsamen Zentralbanksystems sein, noch eine Vergemeinschaftung der Währungsreserven herbeiführen.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Der Europäische Währungsblock trat im April 1972 als System fester Paritäten mit engen Schwankungsbreiten zwischen den Währungen der EG-Mitgliedsstaaten in Kraft. Zur Sicherung der Bandbreiten ist ein umfangreiches Interventions-, Finanzierungs- und Saldenausgleichssystem geschaffen worden. Wegen starker Devisenzuflüsse infolge der Interventionen zur Stützung des abwertenden Dollars wurde das System im Frühjahr 1973 modifiziert, der Dollarkurs wurde freigegeben, es entstand ein europäisches Festkurssystem mit nach außen floatenden Währungen.

Aus einer Vielzahl von Dokumenten ist mittels der National Goal Analysis eine Zielhierarchie für den EWB aufgestellt worden, die aus drei unterschiedlich bedeutsamen Teilzielen und einem übergeordneten Hauptziel besteht. Dieses Zielsystem ist in sich nicht widerspruchsfrei, da z.B. die Flexibilität der Wechselkurse als eine Voraussetzung erfolgreicher Stabilisierungspolitik dem Postulat fester Paritäten zur Förderung der Integration, des Handels, Wachstums und der Vollbeschäftigung widerspricht.

Das Hauptziel des EWB ist die Bewahrung und Förderung der europäischen Integration, Teilziele sind die Stabilisierung der Kursrelationen, die Sicherung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs und die Erleichterung der Stabilitätspolitik.

Der EWB als Motor der weiteren europäischen Integration ist Ausdruck der 'monetaristischen' Position, die davon ausgeht, daß eine Einengung der Schwankungsbreiten Disziplinierungszwänge zur Koordinierung und Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken auslöst. Dadurch werde eine Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung herbeigeführt, die ihrerseits eine gemeinsame europäische Politik auf der Basis dauerhaft fester Wechselkurse ermögliche.

Die Stabilität der Wechselkurse ist Instrument und Ziel zugleich. Eine gleichmäßige Kursentwicklung zur Überwindung bestehender und Vermeidung zukünftiger Währungskrisen versprach man sich von der Beseitigung der Ursachen unerwünschter Kursschwankungen. Die destabilisierend wirkende Devisenspekulation zwischen Block- und Drittstaaten sollte durch die Freigabe der Wechselkurse nach außen, die Intra-Block-Spekulation durch den Einsatz umfangreicher Interventionsbeträge abgeschreckt werden. Eine Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung als Grundvoraussetzung stabiler Kurse erwartete man als Ergebnis des Harmonisierungszwangs der Bandbreiteneinengung.

Instrumentalen Charakter haben stabile Wechselkurse für die Sicherung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs als weiterem Ziel des EWB. Die Entbehrlichkeit oder Minderung kostenverursachender Kurssicherungsgeschäfte bei gleichzeitiger Erhöhung der Kalkulationssicherheit fördere die Expansion des Welthandels. Darin sehen die Befürworter fester Kurse die wesentliche Bedingung für den Abbau von Investitions- und Wachstumshemmnissen, was sich positiv auch für die Lage an den Arbeitsmärkten auswirke. Die Gefährdung der Preisniveaustabilität durch starke Devisenzuflüsse in Länder mit aufwertungsverdächtiger Währung war Anlaß für die Freigabe der Währungen von Drittländern. In ihr wurde die entscheidende Voraussetzung für die außenwirtschaftliche Absicherung erfolgreicher binnenwirtschaftlicher Stabilitätspolitik gesehen. Im Innern beharrten die Blockstaaten auf festen Kursen, um weniger stabilen Ländern die Ergreifung und Durchsetzung restriktiver Maßnahmen zu erleichtern und sie vor abwertungsbedingten Inflationsschüben zu schützen.

Den gestellten Anforderungen ist der Europäische Währungsblock in sehr unterschiedlicher Weise gerecht geworden.

Als Motor der europäischen Integration hat der EWB versagt. Es existiert weder ein gesamteuropäisches Festkurssystem, noch eine koordinierte oder gar supranationale Wirtschaftspolitik. Ungleiche wirtschaftspolitische Prioritäten und gravierende sozio-ökonomische und strukturelle Unterschiede haben zu einer weiterhin wachsenden Divergenz der volkswirtschaftlichen Entwicklung in Europa geführt. Aus einem europäischen Wechselkurssystem ist nach Austritten wichtiger Länder eine 'Minischlange' geworden.

Von relativem Erfolg waren die Bemühungen zur Stabilisierung der Wechselkursrelationen innerhalb des Blocks. Spekulationswellen und Paritätsänderungen konnten zwar nicht vermieden werden, immerhin gelang es aber, durch den phasenweise massiven Einsatz von Währungsreserven und binnenwirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen eine im Welt- und gesamteuropäischen Vergleich harmonischere Wechselkursentwicklung zu gewährleisten.

Diese relative Stabilität der Wechselkurse hat wie erhofft zu einer Reduzierung des Kurssicherungsbedarfs der am Außenhandel beteiligten Unternehmen geführt. Der dadurch bewirkte Abbau der Diskriminierung ausländischer Anbieter ist angesichts der eminenten Bedeutung des Exports für Wachstum und Beschäftigung auch unter gesamtwirtschaftlichem Aspekt von Nutzen gewesen.

Eine Erleichterung der Stabilitätspolitik konnte der EWB nur in begrenztem Maße erreichen. Zwar konnten die Preissteigerungsraten innerhalb des Verbundes auf niedrigerem Niveau in höherem Maße angeglichen werden als im übrigen Europa, von einem stabilitätspolitischen Gleichklang kann aber nach wie vor nicht gesprochen werden. Die Benelux-Staaten, Dänemark und Norwegen haben dem Stabilisierungszwang durch restriktive Maßnahmen entsprochen und vom Schutz der Importkosten-Explosion profitiert, Frankreich, Italien und

Großbritannien haben sich diesem Zwang durch Verlassen des Blocks entzogen. Eine Gefährdung stabilerer Länder wie der Bundesrepublik durch Devisenzuflüsse besteht auch nach Freigabe des Dollarkurses fort, wie es insbesondere zur Jahreswende 1977/78 und im Herbst 1978 deutlich geworden ist.

Die annähernd siebenjährige Geschichte des Europäischen Währungsblocks hat gezeigt, daß eine Realisierung der genannten Zielsetzungen in gesamteuropäischem Rahmen von dem Fortschreiten bei der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik abhängig ist. Nur effektive Maßnahmen in Verfolgung gleicher wirtschaftspolitischer Ziele können auch in Konfliktsituationen außen- und binnenwirtschaftliche Stabilität gewährleisten, ohne die integrationspolitische Erfolge nicht möglich sind.

Mit den deutsch-französischen Initiativen zur Wiederbelebung der europäischen Integrationsidee ist der Europäische Währungsblock erneut in den Mittelpunkt des Interesses getreten. Die Ziele der unter neuem Namen firmierenden erweiterten Schlange sind die gleichen geblieben, das technische System soll eine Modifizierung erfahren, deren Details noch umstritten sind. Der Erfolg des Europäischen Währungssystems (EWS) wird von eben den Faktoren abhängig sein, die auch die Entwicklung der Schlange geprägt haben: Von dem Maß an Übereinstimmung wirtschaftspolitischer Prioritäten und Maßnahmen sowie einer gleichermaßen effektiven Stabilisierungspolitik.

L E B E N S L A U F

Name: Arendt
Vornamen: Georg, Michael
geboren am: 27. Dezember 1949
in: Goslar
Familienstand: verheiratet
Staatsangehörigkeit: deutsch
Anschrift: Scheibenstr. 53, 4400 Münster
Eltern: Leo und Dora Arendt, geb. Thiemer
Beruf des Vaters: Pensionär

Ausbildung: 1956 - 1960 Katholische Volksschule
in Düsseldorf-Benrath
1960 - 1968 Städtisches neusprachl.
und naturwissenschaftl.
Gymnasium in
Düsseldorf-Benrath
28. Mai 1978 Abitur
1968 - 1970 Kaufmännische Lehre bei
der Deutschen Bank AG
in Düsseldorf
Juni 1970 Kaufmannsgehilfenprüfung
1970 - 1975 Studium der Volkswirt-
schaftslehre an der
Universität Münster
Oktober 1975 Diplomprüfung

Berufstätigkeit: Juli -
Oktober 1970 Personalabteilung der
Deutschen Bank in
Düsseldorf
Semester-
ferien Tätigkeit in den Zweig-
stellen und der Organi-
sationsabteilung der
Deutschen Bank in
Düsseldorf
1975 - 1976 Lehrtätigkeit (Volks-
und Betriebswirtschafts-
lehre) an der Bundes-
wehrfachschule in
Münster

